Seiten 12, 18

DER RABE RASF

Herausgegeben seit 1990 durch die GRÜNE LIGA Berlin e.V. – Netzwerk ökologischer Bewegungen



Coronakrise – soll es danach weitergehen wie vorher?

"Rewilding" – die Natur wieder wild machen

Seite 10

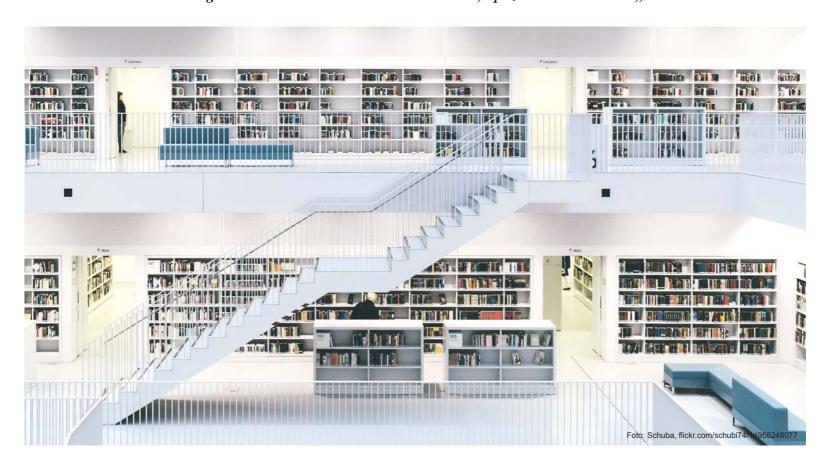
Tesla-Fabrik – grüne Klimawende oder Autos ohne Ende?

Seiten 6/7, 21

PVSt - Deutsche Post AG ZKZ 14194 - II (2020) - Entgelt bezahlt • GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33 • 31. Jahrgang, Nr. 215

"Wir brauchen mehr echtes Wissen"

Der Berliner Ökologe Jonathan Jeschke über invasive Arten, Spezialisten-Silos und "dunkles Wissen"



Viele meinen, wir leben in einer Wissensgesellschaft. Tatsächlich aber entsteht aus den vielen Daten und Informationen, die wir bekommen, zu selten echtes Wissen und

Verständnis, sagt Jonathan Jeschke vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) in Berlin. Der Ökologe ist außerdem an der FU Berlin Professor für "Ecological Novelty", für neuartige ökologische Phänomene wie zum Beispiel invasive Arten. Im Interview berichtet er von seinen Versuchen, das "dunkle Wissen" ans Licht zu holen. Und er macht deutlich:

Um die großen Fragen der Menschheit zu beantworten, ist es nötig, viel mehr fachübergreifend zu arbeiten.

Interview: Seite 4

DER RABE RASE

Die Berliner Umweltzeitung

Jetzt abonnieren!

Abo-Coupon Seite 11

Liebe Leserinnen, liebe Leser, Corona ändert vieles – aber in welche Richtung? Zwei längere Artikel in dieser Ausgabe versuchen erste Antworten zu geben: ab Seite 12 und Seite 18. Was Coronaviren mit Ökologie zu tun haben, wollen wir dann in der nächsten Ausgabe beleuchten.

Ein zweiter Schwerpunkt ist der Bau der Elektroautofabrik in Grünheide. Hier sind im Februar die Emotionen hochgekocht: Gelingt mit

Editoria

Tesla die dringend nötige Klimawende im Verkehr – oder verlängern die vielen E-Autos nur die ungerechte Aufteilung des öffentlichen Stadtraums, die auch ökologisch keine Zukunft hat? Bei uns haben sich vor allem kritische Stimmen gemeldet, denen wir ab Seite 6 Raum geben.

Aber auch die Schönheiten und der Schutz der Natur kommen nicht zu kurz. Neben den gewohnten "Jahreswesen" stellen wir auf Seite 10 ein neues Naturschutzkonzept vor.

Wegen der eingeschränkten Verteilmöglichkeiten konnten wir diesmal nicht so viele Exemplare drucken lassen. Bitte werfen Sie Ihre gelesene Zeitung nicht weg, sondern geben Sie sie vorsichtig weiter. Das ist ja auch viel ökologischer.

Wir wünschen Ihnen Gesundheit und viel Spaß beim Blättern. Über Kritik, Anregungen, Lob – an raberalf@grueneliga.de oder per Post – freut sich Die Redaktion

Aus dem Inhalt

Insekten 2
Bahn-Fernverkehr 3
Interview: Wissenschaftskritik 4
Tesla-Debatte 5, 21
Tesla-Ökobilanz 6
Grüne Liga Berlin 8
Turteltaube9
Wegwarte 9
Interview: Rewilding 10
Gentechnik-News
Corona und Gesundheit
Neuer Kurs in Mexiko
Interview: Ende Gelände 16/17
Corona und Wirtschaft
Wagenburg Osnabrück 20
Kesselberg in Not
Jugendstudie
Countdown 2030
Zucker-Workshop
Grünes Wachstum
Cranco vacrotam
Abo-Coupon
Leserbriefe
Rezensionen
Ralf kocht
Termine/Kleinanzeigen
Spartipp/Impressum
Umwelt-Adressen

Silberfischchen

Hummeln und Schmetterlinge sind schützenswert. Aber Spinnen und Motten?

ch möchte Ihnen eine Situation beschreiben, wie sie so oder ähnlich tausendfach jeden Tag bei uns in Deutschland zu erleben ist. Meine Frau hat eine schwere Augenkrankheit, wodurch bei ihr das Gefühl entsteht, dass wir verdrecken. So bat sie mich, doch das Bad etwas ausführlicher zu säubern. Also nahm ich mir mal die versteckten Ecken vor und begegnete sogleich einem Silberfischehen. Ich liebe diese Tierchen nicht sonderlich, sodass ich ihm den Garaus machte. Auch fanden sich Fusseln und Spinnennetze und natürlich auch ein Weberknecht. Ich musste etwas schmunzeln, wie er so in seinem Eckchen

vor sich hin zitterte, als ich ihm zu nahe kam. Mit einiger Mühe warf ich ihn aus dem Fenster, wobei ich ihn bestimmt verletzte. Es fanden sich auch die ersten sehr frühen Essigfliegen und eine Kleidermotte, sodass ich das Gefühl meiner Frau verstand. Auch die Lebensmittelmotten, die aus dem Schrank mit den Süßigkeiten flatterten, gingen mir auf den Geist.

Schädlich, lästig, eklig

Ich überlegte, mit welchem Mittel aus dem Drogeriemarkt ich der Plage Herr werden könne. Da geriet mir aus dem Raben Ralf das Unterschriftsblatt zur Europäischen Bürgerinitiative "Bienen und Bauern retten" in die Hand, und wie Schuppen fiel es mir von den Augen: Es gibt ja nicht nur ein Bienen-, sondern ein weltweites Insektensterben, dessen Ursache in meinem alltäglichen Verhalten in meiner Wohnung liegt. Ich wollte Insekten vertilgen, bekämpfen und ausrotten, weil ich sie als Schädlinge oder Lästlinge empfand. Es ekelte mich, dass sie meine Kekse anknabbern, in die Wolle Löcher fressen und um die Lampe ein dichtes Gewebe flechten. Gibt es wenigstens ein Mittel, dachte ich, das nicht alle Insekten schädigt, sondern nur diese eine Art vernichtet? Die Schmetterlinge, Hummeln und Schwebfliegen finde ich ja wundervoll und schützenswert.

Leider gibt es das eben nicht, und immer wenn ich ein Gift gegen bestimmte Insekten einsetze, vernichte ich Verwandte, Nützlinge oder Gegenspieler. Immer schädige ich auch die Bienen, raube den Fledermäusen die Nachtschmetterlinge, den Meisen die Spannerraupen und dem Igel die



Schnitt: Wolfgang Heger

Käfer und Schnecken. Jeder Chemieeinsatz zerstört das Netz aus Tieren und Pflanzen.

Und die Ernteverluste?

Diese Erfahrung bedeutet, dass wir unsere Lebens- und Produktionsweise radikal verändern müssen. Wie sollen wir aber mit Ernteverlusten von 30 bis 40 Prozent umgehen, mit zerfressenen Wollpullovern oder vermadeten Kirschen?

Manche predigen die Gentechnik, die es uns ohne Fruchtwechsel ermöglicht, zum Beispiel im Kampf gegen den Maiszünsler den Mais zu vergiften. Ein Irrtum, denn nach wenigen Generationen hat sich der Käfer dem Gift in der Pflanze angepasst und wir haben ein Ungetüm gezüchtet, das nun nicht mehr schadlos von der Meise oder der

Lerche

Die unermüdliche Amsel.
Ihre Schwester, die Drossel süß.
Der heimliche Vogel Pirol
(Der früher von Bülow hieß).
Die drei und die vielen andern:
Der klagende Wendehals
Und die gesegneten Schwalben,
Die Vögel des freiesten Falls ...
Die steigenden Vögel, die Lerchen.
Sie spinnen ihr zweitönig Lied,
Das sie, ein silberner Faden,
Aufwinds und wolkenwärts zieht.
Unterm Liede der schwindenden

Im Mai, hab ich einmal gedacht: Vielleicht ist die ganze Erde Um der Lerche willen gemacht.

Eva Strittmatter

Grasmücke verspeist werden kann.

Bei Gewächshauskulturen hilft in begrenztem Maße die Ausbringung von Nützlingen oder Pheromonfallen. Aber im Großeinsatz gibt es nur eine Rückkehr zu den alten Methoden der Landwirtschaft mit Fruchtfolge, kleineren Feldern, Feldrainen und der Förderung der Gegenspieler dieser "Schädlinge". Mit der heutigen Wirtschaftsweise des schnellen Erfolgs und Profits auf Großflächen mit riesigen Maschinen schaufeln wir auf die Dauer unser eigenes Grab. Die heute schon nachhaltig wirtschaftenden zehn Prozent Ökobauern haben einen

um etwa 15 Prozent geringeren Ertrag, wodurch Obst und Gemüse teurer werden, aber auch wertvoller. Dabei bleibt genug Ware in zweiter Qualität zu günstigerem Preis für die ärmeren Bürger.

Die mechanischen Methoden müssen zunehmen, um zum Beispiel Kohlraupen oder Kartoffelkäfer abzusammeln, die natürlich den Ertrag verringern. Ernteeinsätze werden wieder nötig und ich werde die Insekten in meiner Wohnung entweder leben lassen oder mit dem Staubsauger absaugen. Vielleicht erfindet jemand einen Staubsauger gegen Kartoffelkäfer oder sogar gegen Heuschreckenschwärme. Für mich ist jedenfalls Chemie tabu.

Wolfgang Heger



Anzeige



Der Fernverkehr – Stiefkind der DB AG

Was die Misere im Schienenverkehr mit der Bahnreform vor 25 Jahren zu tun hat

ährend der Vorbereitungen zur Bahnreform vor 25 Jahren gab es Prognosen der Bundesregierung, die eine Steigerung des Verkehrsvolumens der DB im Fernverkehr um 49 Prozent bis zum Jahr 2006 in Aussicht stellten. Tatsächlich jedoch gingen die verkauften Leistungen der Bahn nach der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zurück.

Vor allem die Vertreter der Bundesländer sahen die sich abzeichnenden Probleme damals realistischer. Die Länder sorgten dafür, dass das Grundgesetz im Zuge der Bahnreform um den Artikel 83e ergänzt wurde, der die Bundesregierung dungen erhielten, verloren vor allem die strukturschwachen Gebiete ihre Fernbahnverbindungen. Etwa 220 Bahnhöfe wurden vom Fernverkehr abgehängt. Das im Personenfernverkehr bediente Netz wurde – trotz der etwa 500 Kilometer Neubaustrecken – um 3.200 Kilometer reduziert. Rund 5,5 Millionen Bürger verloren ihren Anschluss an den Fernverkehr.

 Die betroffenen Länder mussten mit den zuvor gesetzlich geregelten Bundesleistungen entsprechende Ersatzzüge des Nahverkehrs bestellen, ohne dafür mehr Bundesmittel zu erhalten. Damit reduzierten sich ihre • Oder auch an der Reduktion von Service und Reisekultur?

Alle diese Entwicklungen zusammen haben massive Enttäuschungen verursacht – und das, wo doch die "Behörde" DB gerade deshalb in eine AG umgewandelt wurde, um mehr Nutzen für die Kunden zu schaffen!

Erst im Jahr 2009 brachte der Bundesrat schließlich einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der die grundgesetzwidrige Fehlentwicklung umkehren sollte. Darin war gefordert, jedes Oberzentrum mit mehr als 50.000 Einwohnern mindestens sechsmal täglich in beiden Richtungen zu bedienen. Seinerzeit wurden – vor allem durch den Abbau des Interregio-Systems – nur zwei Drittel dieser Orte bedient.

Erster Gesetzentwurf versandet

Der Verfasser zeigte in einem Gutachten (www.kurzlink.de/bodack) für den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags mit dem Entwurf eines entsprechenden Liniensystems, dass mit acht neuen Linien und sieben Linienverlängerungen der Forderung des Gesetzentwurfs gut Rechnung getragen werden könnte. Dafür müssten fast 20.000 Zugkilometer geleistet werden, bei denen ein voraussichtliches Defizit von 70 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten wäre. Das geschätzte Investitionsvolumen zur Beschaffung der notwendigen Züge belief sich auf 300 Millionen Euro: Beträge, die wahrhaftig nicht des Bundeshaushalt gefährden können.

Das Gesetz scheiterte. Es gab viele Proteste, doch die DB reduzierte den Fernverkehr ungehindert weiter und beseitigte schließlich auch wichtige Fern- und Nachtzüge in die Nachbarländer. Die Länder beschwerten sich über die unzureichenden Bundesmittel für den Nahverkehr ... Doch außer Klagen und Polemik geschah wieder jahrelang nichts, um dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen und eine angemessene Erschließung des Landes sicherzustellen.

Neuer Gesetzentwurf wird sabotiert

Auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz beschloss der Bundesrat am 17. Februar 2017 einen neuen Gesetzentwurf. Er sieht vor, dass die Bundesregierung einen Schienenpersonenfernverkehrsplan erstellt und mit den Bundesländern abstimmt. Dabei sollen die Oberzentren mindestens siebenmal täglich im Fernverkehr bedient und somit auch strukturschwächere Regionen erschlossen werden.

Keine sechs Wochen später entgegnete die Bundesregierung, sie erfülle die Gemeinwohlverpflichtung des Grundgesetzes durch die Finanzierung des Ausbaus der Schienenwege. Seither

verweigert sie die Beratung dieses Gesetzentwurfs im Bundestag.

Ist dies ein weiterer Verstoß gegen die Verfassung, indem die Exekutive, die Bundesregierung, einem verfassungsgemäßen Organ der Legislative, dem Bundesrat, die Einbringung eines Gesetzentwurfs verweigert? Der Verfasser schrieb deswegen an den Bundesverkehrsminister und erhielt die Antwort, die Bundesregierung lasse ja den "Deutschlandtakt" entwerfen.

Dies ist tatsächlich der Fall, allerdings stehen darin zahlreiche Fernverkehrslinien, von denen niemand weiß, ob, wann und von wem sie wirklich gefahren werden. Denn die Rechtsform der Aktiengesellschaft verbietet der DB Fernverkehr AG Geschäfte, die finanzielle Verluste verursachen: Damit würden sich die Vorstände der Veruntreuung schuldig machen!

Schreiben an die Abgeordneten des Bundestages erbrachten nur automatische Eingangsbestätigungen.

Für den Fernverkehr auf der Schiene gibt es daher nur schön-farbige Linienpläne auf Papier und im Internet. Was von ihnen tatsächlich Realität wird und wann, steht in den Sternen. Ebenso wenig verbindlich sind alle Erklärungen, man wolle die Fahrgastzahlen auf der Schiene verdoppeln.

Karl-Dieter Bodack

Der Autor ist Ingenieur und Designer und war in Führungspositionen bei der Bahn sowie als Professor für Integriertes Produktdesign an der Hochschule Coburg tätig. Bekannt wurde er als "Vater" der von 1988 bis 2006 fahrenden beliebten Interregio-Züge.

Zum Weiterlesen: Karl-Dieter Bodack, "Ein Leben mit Spuren. Als Anthroposoph bei der Deutschen Bahn", Info3 Verlag, Frankfurt am Main 2019, 336 Seiten, 144 Abbildungen, 24 Euro, ISBN 978-3-95779-103-0



Bistrowagen im Interregio, 1990er Jahre.

Foto: Simon P. Smiler, commons.wikimedia.org/?oldid=244222025

zu einer Politik verpflichtet, mit der "dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehrbetreffen, Rechnung getragen wird. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt."

Viele Städte abgehängt

Im Grundgesetz wird damit klar gefordert, dass die Bundesregierung dafür Sorge trägt, dass die DB AG dem Wohl der Allgemeinheit dienende Fernverkehrsverbindungen anbietet, und dies in einem Gesetz regelt. So steht es seit mehr als zwei Jahrzehnten im Grundgesetz! Die Realität zeigt das krasse Gegenteil: eine grundgesetzwidrige Reduktion der Fernverkehrslinien, die zahlreiche Großstädte und Oberzentren von jeglichem Schienenpersonenfernverkehr abgeschnitten hat – Chemnitz, Bremerhaven, Leverkusen oder Offenbach sind nur einige der größten darunter.

Die Folgen sind in mehrfacher Hinsicht gravierend:

 Während Berlin, München, Frankfurt am Main, Hamburg und andere boomende Regionen mehr VerbinNahverkehrsleistungen in anderen Regionen.

- Die prognostizierten Steigerungen im Fernverkehr, befeuert durch Milliarden-Investitionen des Bundes in Neubaustrecken, wurden verfehlt, weil der Mehrverkehr auf den Neubaustrecken weitgehend durch Verluste im Interregio- und Intercity-Verkehr aufgefressen wurde.
- Die durchaus nennenswerten Zuwächse im Schienenpersonennahverkehr stammen teilweise aus Verlagerungen des reduzierten Fernverkehrs, sind also gar keine Zuwächse auf der Schiene.

Massive Enttäuschungen

Über die Ursachen dieses beispiellosen Abbaus von Bahnleistungen lässt sich trefflich streiten:

- Sind es die relativ hohen Fahrpreise, bedingt durch politische Steuerauflagen und überhöhte, weil gewinnerzeugende Infrastrukturgebühren?
- Ist es der Abbau von umsteigefreien Fernverbindungen (wie sie im Interregio-Netz angeboten waren), der die älter werdende Bevölkerung vom Bahnreisen abhält?
- Liegt es am Verfall der Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Bahn?



"Wir brauchen mehr echtes Wissen"

Der Berliner Ökologe Jonathan Jeschke über invasive Arten, Spezialisten-Silos und "dunkles Wissen"

Professor Jeschke, Sie sind eigentlich Ökologe, aber seit einigen Jahren beschäftigen Sie sich auch mit Nicht-Wissen oder "Knowledge in the Dark". Wie sind Sie darauf gekommen, und was ist "Knowledge in the Dark" überhaupt?

Jonathan Jeschke: Das Ganze ging aus von einem Gefühl der Frustration: Als Wissenschaftler produziert man viele Daten und Informationen, aber das führt selten zu einem echten Wissenszuwachs in der Gesellschaft oder in anderen Wissenschaftsdisziplinen. Wissen basiert zwar auf Daten und Informationen. Die müssen aber miteinander verknüpft und reflektiert werden, um zu tatsächlichem Wissen zu werden und uns zu befähigen, die Welt besser zu verstehen und klügere Entscheidungen zu treffen.

Heute wächst die Menge an Daten und Informationen weiter rasant an, aber unser Wissen hat vergleichsweise wenig zugenommen. Diese Lücke zwischen potenziellem und tatsächlichem Wissen nennen wir "Knowledge in the Dark" oder kürzer "Dark Knowledge", also "Wissen im Dunkeln" oder "dunkles Wissen".

Hat es diese Lücke nicht schon immer gegeben?

Ja, sie ist aber größer geworden. Ein bekanntes Zitat des US-amerikanischen Autors John Naisbitt stammt aus dem Jahr 1982: "Wir ertrinken in Informationen, aber hungern nach Wissen." Das stimmt heute noch mehr als damals. Als ich vor zwanzig Jahren mit meiner Doktorarbeit beschäftigt war, musste ich zum Lesen und Kopieren von Publikationen immer noch in die Bibliothek. Dabei fiel mir auf, wie viele Publikationen in den Regalen aufgereiht stehen-und wie wenig darin gelesen wird.

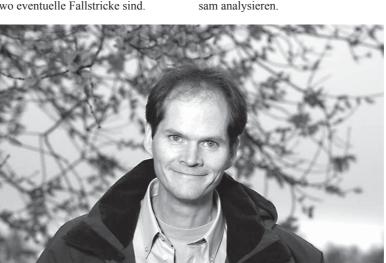
Inzwischen wird noch viel mehr publiziert, jetzt vor allem online, aber wir haben natürlich nicht mehr Zeit zum Lesen als früher. Wir ertrinken in Publikationen, von denen die meisten kaum gelesen werden. Wir leben angeblich in einer Wissensgesellschaft, aber eigentlich weiß man heute erstaunlich wenig, vor allem wenn es um die großen Herausforderungen der Menschheit geht. Das liegt gerade auch am Spezialistentum, am zunehmenden "Silodenken", das ich problematisch finde.

Warum?

Als Ökologe beispielsweise beschäftigt man sich häufig mit Themen, die interdisziplinär bearbeitet werden müssten. Für Lösungsvorschläge komme ich nicht weit, wenn ich mir nur die Biologie anschaue und den Menschen ignoriere.

Es ist aber extrem schwierig, das wirklich anders zu machen, weil man

im eigenen Expertenwissen gefangen ist. Sobald man über Fachgebietsgrenzen zusammenarbeitet, wird einem bewusst: Ich verstehe die anderen nicht! Das betrifft sowohl die Sprache als auch die Grundannahmen, auf denen andere Disziplinen beruhen, oder die Methoden, mit denen gearbeitet wird. Deshalb kann man nur schwer erkennen, wo eventuelle Fallstricke sind.



Jonathan Jeschke forscht seit 2014 am Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) und an der Freien Universität Berlin (FU).

Foto: David Ausserhofer

Ich merke das jedes Mal, wenn wir uns für ein fachübergreifendes Projekt mit anderen Gruppen zusammentun: Am Anfang sind wir erst mal damit beschäftigt, eine gemeinsame Sprache zu finden. Und manchmal führt ein unterschiedlicher Sprachgebrauch sogar zu einer richtigen Sprachverwirrung.

An welches Beispiel denken Sie

An den Begriff "invasive Arten". In der Öffentlichkeit wird er meist für gebietsfremde Arten verwendet, die negative Auswirkungen haben. Viele Biologen hingegen verstehen darunter Arten, die gebietsfremd sind, sich etabliert und ausgebreitet haben – über die Auswirkungen auf die Ökosysteme machen sie mit dieser Bezeichnung noch keine Aussage. Es ist natürlich verwirrend, wenn ein bestimmter Begriff für unterschiedliche Personen andere Bedeutungen hat.

Welche weiteren Probleme sehen Sie in den Naturwissenschaften, speziell in der Ökologie?

Bestimmte Themen werden extrem abgegrast, andere dagegen vernachlässigt – der sogenannte Matthäus-Effekt, nach dem Satz aus dem Matthäus-Evangelium: "Wer hat, dem wird gegeben." Zum Beispiel gibt es viel Forschung zu Pflanzen und Wirbeltieren an Land. Über Süßwasserlebewesen wissen wir dagegen viel zu wenig.

Bedenklich sind außerdem Modeerscheinungen, die dazu führen können, dass Forschende manche Daten interessanter finden als andere und die interessanten dann eher veröffentlichen. Solche Effekte machen es schwierig zu verstehen, was wirklich vorgeht. Das fördert ebenfalls "Dark Knowledge".

Noch stärker vernachlässigt wird

die Verknüpfung von Themen. Auch

wir am IGB untersuchen Themen wie

Lichtverschmutzung oder Klimawandel

zu selten in gemeinsamen Projekten. Wir

versuchen aber zunehmend, das besser

zu machen. Ein gutes Beispiel dafür ist

die Stadtökologie, wo wir verschiedene

menschliche Einflussfaktoren gemein-

Was kann man tun, damit mehr Wissen aus dem Dunkeln geholt wird?

Ein wichtiger Punkt ist "Open Science", "Offene Wissenschaft". Daten, Methoden und Publikationen öffentlich zugänglich zu machen ist zwar nur ein Aspekt, aber ein sehr wesentlicher. Denn nur, wenn ich freien Zugriff auf Daten und Informationen habe, kann ich sie auch nutzen.

Wir brauchen neue Ansätze, um Informationen in frei verfügbaren Datenbanken darzustellen, und die gibt es auch schon, zum Beispiel das Portal "Open Knowledge Maps". Wir haben selbst auch Ideen in diese Richtung entwickelt und 2018 eine erste Version unserer Webseite "Hi-Knowledge" vorgestellt, wo Themen miteinander verknüpft werden. Diesen Ansatz wollen wir in Zukunft gemeinsam mit Partnern wie "Open Knowledge Maps" und "Wikidata" weiterverfolgen und verbessern

Dann wird es möglich sein, schnell und intuitiv Zugang zu speziellen Informationen zu bekommen, etwa welcher Experte ebenfalls an einem Thema arbeitet, für das ich mich interessiere, oder welche Pflanzenarten hinsichtlich eines bestimmten Themas bereits untersucht wurden.

Was muss sich im Kampf gegen, "Dark Knowledge" noch ändern?

Wichtig ist sicher auch, Forschende und wissenschaftliche Institutionen breiter zu bewerten als heute üblich. Was derzeit fast ausschließlich zählt, sind Publikationen, Zitiertwerden und eingeworbene Gelder. Ob eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler gut bei der Wissensvermittlung und in der Lehre ist, also das eigene Wissen nutzbringend weitergibt oder in die Öffentlichkeit hineinträgt, spielt kaum eine Rolle. Dabei sind das Faktoren, die Wissen schaffen und die uns als Gesellschaft voranbringen.

Wichtig finde ich, unterschiedliche Stärken von Forschenden zu fördern und nicht alle immer nach den gleichen Kriterien zu evaluieren. Das führt sonst zu einer Verarmung der Wissenschaft.

Sie haben an der FU Berlin eine Professur für "Ecological Novelty", für neuartige ökologische Phänomene wie zum Beispiel invasive Arten. Sie sind also auch selbst Lehrender. Was versuchen Sie den Studierenden mitzugeben?

Ich finde es wichtig, ihnen Dinge zu vermitteln, die sie benötigen, um erfolgreich als Ökologin oder Ökologe zu arbeiten, innerhalb oder außerhalb der Forschung – und sich bewusst zu sein, wie wichtig es ist, Studien und Hypothesen zu hinterfragen, Daten und Informationen sinnvoll zu organisieren und mit anderen zu teilen. Ich bin auch manchmal an Schulen zu Gast und halte öffentliche Vorträge. Dann gehe ich, je nach Veranstaltung, auch auf Facetten von Dark Knowledge ein.

Angenommen, es gelingt tatsächlich, Dark Knowledge zu reduzieren – was würde sich ändern?

Dann würde mehr Wissen aus den derzeitigen Spezialisten-Silos allgemein verfügbar sein. In der Wissenschaft gelänge es, effektiver zusammenzuarbeiten und große Fragen der Menschheit besser zu beantworten. Das funktioniert nur interdisziplinär. Lasst uns gemeinsam mehr echtes Wissen schaffen!

Das Gespräch führte Wiebke Peters.

Gekürzt. Ausführliche Fassung: www.igb-berlin.de (Suche: Naisbitt)

Weitere Informationen: www.jeschke.tk Tel. (030) 641815

Titelfoto (Ausschnitt): Schuba, flickr.com/schubi74/14958248077

Leben im Untergrund

Der Europäische Maulwurf ist Wildtier 2020

an sieht ihn nur selten und trotzdem zeigen die Erdhügel verräterisch die Anwesenheit des Europäischen Maulwurfs (Talpa europaea). Das walzenförmige Säugetier durchgräbt mit seinem bis zu 13 Zentimeter langen und 45 bis 90 Gramm schweren Körper das Erdreich Europas. Seine Körperform erscheint zunächst plump, aber der Maulwurf kann sich zügig fortbewegen. Dabei schaufelt er mit seinen grabwerkzeugartigen Vorder- und Hinterpfoten riesige Tunnelsysteme, die eine Länge von bis zu zwei Kilometern erreichen. Sein dichter Pelz hat keinen Strich, was es dem kleinen Tier einfach macht, sich in engen Gängen in alle Richtungen zu bewegen.

Obwohl der Maulwurf sich eindeutig auf das Leben unter der Erde spezialisiert hat, ist er überraschenderweise in der Lage zu schwimmen. Maulwürfe sind Einzelgänger, vermeiden Begegnungen untereinander und verteidigen ihr Revier beharrlich, nur zur Fortpflanzung finden sie sich zusammen

Blind wie ein Maulwurf?

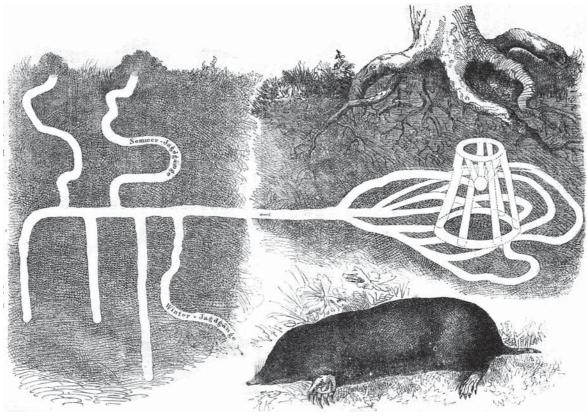
Die kleinen und von Fell bedeckten Augen des Maulwurfs geben Grund zur Annahme, er sei blind. Tatsächlich kann er aber Hell-Dunkel- Schattierungen wahrnehmen - und ist ansonsten durch seine Vielfalt an anderen Sinnen nicht von seiner Sehkraft abhängig. Enorm viele Tasthaare (Vibrissen) im Schnauzenbereich und am Schwanz helfen ihm, sich in seiner Umgebung zu orientieren. Der Schwanz übernimmt dabei eine Funktion, die der eines Blindenstocks ähnelt, denn der Maulwurf lässt ihn bei seinen Tunnelgängen rotieren und tastet auf diese Weise die Seiten des Ganges ab. Trotz der fehlenden äußeren Ohrmuscheln hört der Maulwurf ausgezeichnet. Mit der langen, spitzen Schnauze erschnuppert er jede Feinheit.

Neben diesen Fähigkeiten weist der Maulwurf eine ganz spezielle anatomische Besonderheit auf: das "Eimersche Organ". Es kommt allein bei Maulwürfen vor und besitzt fünfmal so viele Nervenfasern wie die menschliche Hand. Durch dieses Tastorgan ist es dem Maulwurf möglich, Muskelbewegungen von Beutetieren und leichte Erschütterungen wahrzunehmen.

Jäger der Erde

Dank der technischen Finessen seines Körperbaus und seiner Sinnesausprägungen beweist sich der Maulwurf als erstklassiger Jäger. Zu seiner Beute zählen Regenwürmer, Insekten und ihre Larven, Schnecken und kleine Wirbeltiere.

Sich unter der Erde fortzubewegen verbraucht sehr viel Energie. Um diesen Verlust auszugleichen müssen Maulwürfe täglich bis zu 100 Prozent



Der Maulwurf und sein Bau - Zeichnung von 1876

Grafik: Theodor Franz Zimmermann, "Illustrierter Leitfaden der Naturgeschichte des Thierreiches" von Gustav von Hayek, Gerold Verlag, Wien 1876 (gemeinfrei)

ihres eigenen Körpergewichts an Nahrung aufnehmen. Nur durch mehrere Beutezüge pro Tag kann dieser reichliche Energiebedarf gedeckt werden. Frisst der Maulwurf zehn Stunden nichts, verhungert er. Deswegen gräbt er Jagdröhren, die quer zur Zugrichtung der Beute ausgerichtet sind. Mit regelmäßigen Kontrollgängen dieser Röhren sind alle vier bis fünf Stunden Mahlzeiten gewährleistet.

Da der Stollengräber keinen Winterschlaf hält, legt er sich Vorratskammern an, um die kalten Monate überleben zu können. Beispielsweise beißt er Regenwürmern das Kopfsegment ab, wodurch diese gelähmt sind und gelagert werden können.

Als Schädling verkannt

Nicht nur seine natürliche Beute muss sich vor den scharfen Klauen und der Gewandtheit des Maulwurfs in Acht nehmen. Jeder unerwünschte Gast wird rigoros aus dem Revier vertrieben. In der Buch- und Zeichentrickfilmreihe "Der kleine Maulwurf" ist ein Maulwurf mit einer Maus befreundet, in der Realität aber jagen Maulwürfe Wühlmäuse und halten diese von ihren Gängen fern.

Das sollte den Maulwurf für den einen oder anderen Gärtner schon sympathischer werden lassen. Leider wird der kleine Gräber aber wegen der aufgeworfenen Erdhügel meist verscheucht – und das, obwohl ein Maulwurf im Garten durchaus Vorteile hat. Die Maulwurfshügel zeigen, dass der Boden gesund ist, und die aufgewühlte Erde ist optimal zum Gärtnern, da sie unkraut- und wurzelfrei ist. In dem nährstoffreichen Boden wachsen Pflanzen besonders gut.

Auch die Idee zu den erwähnten Büchern und Filmen ist einem Maulwurfshügel entsprungen: Als der tschechische Zeichner Zdeněk Miler 1956 beim Spazierengehen über einen solchen stolperte, hatte er die entscheidende Inspiration. In mehr als 80 Ländern

hat "Der kleine Maulwurf" Liebhaber gefunden, und auch in unseren Gärten sollte der Maulwurf endlich als Freund und Helfer erkannt werden.

Rebecca Lange

Weitere Informationen: www.nabu.de/maulwurf Buchtipp: Josef Alois Novotný, Zdeněk Miler: Der Maulwurf in der Stadt, Leipziger Kinderbuchverlag, 80 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 978-3-89603-393-2



Karikatur: Paul Pribbernow

Ein Tesla macht noch keine Verkehrswende

Umwelt- und Entwicklungs-Initiativen kritisieren Elektroauto-Offensiven der Autoindustrie

elten zuvor wurde ein Industrieprojekt in Deutschland mit so großer Geschwindigkeit angeschoben wie die "Gigafactory" des US-Elektroautobauers Tesla im brandenburgischen Grünheide. Mitte November 2019 kündigte Tesla-Chef Elon Musk an, in Grünheide bauen zu wollen - für Ende März 2020 (nach Redaktionsschluss) war schon der Spatenstich geplant. Doch es bestehen große Zweifel, ob Tesla oder auch VW und andere Autohersteller mit ihren E-Offensiven wirklich an der nachhaltigen Mobilität der Zukunft bauen.

CO₂, Fläche, Rohstoffe

Zwar haben Elektroautos einen kleineren CO₂-Fußabdruck. Bei 100 Prozent erneuerbaren Energien hätten sie einen "Klimavorteil" von 50 Prozent gegenüber Verbrenner-Autos, weil CO₂-Emissionen nur noch bei

der Herstellung der Fahrzeuge anfallen würden. Doch die Verkehrs- und Flächenprobleme in den Städten blieben bestehen, wenn die 47 Millionen Autos in Deutschland bloß durch 47 Millionen E-Autos ausgetauscht würden. Allein in Berlin wird für parkende Autos eine Fläche von der dreifachen Größe des Tempelhofer Feldes benötigt. Nachhaltiger wäre es, diesen Raum für den Ausbau des ÖPNV und von Fuß- und Radwegen zu nutzen.

Und die Karosserien, die Technik und viele weitere Teile von E-Autos bestehen – wie bei Verbrennern – aus Metallen, die Deutschland zu 99 Prozent importieren muss. Beim Abbau dieser Rohstoffe kommt es regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung.

15 klima-, umwelt- und entwicklungspolitische Initiativen haben deshalb auf Initiative des Vereins PowerShift die nachfolgende Erklärung mit dem Titel "Ein Elektromotor macht noch keine Verkehrswende" veröffentlicht. Nico Beckert

Anzeige -

Lebensmittelmotten Kleidermotten Pflanzenschädlinge Milben

natürlich bekämpfen mit Blp-Produkten





Vorbild Kopenhagen: Platz für Fahrräder statt Autos.

Foto: Mikael Colville-Andersen, flickr.com/16nine/24250550451 (CC BY 2.0)

Erklärung zur Tesla-Gigafactory

Die deutsche und internationale Automobilindustrie hat uns – zusammen mit anderen fossilen Industrien – in die Klimakrise geführt. Autogerechte Städte und Verkehrssysteme sind Ausdruck einer "imperialen Lebensweise", das heißt sie beruhen auf der Ausbeutung ökologischer und sozialer Ressourcen im globalen Süden. Konzerne wie VW, Daimler, Ford, BMW oder Toyota machen Profite auf Kosten von Mensch und Klima.

Dagegen kämpfen wir und fordern eine konsequente Verkehrswende. Der Verkehrssektor darf nicht weiter zur Aufheizung des Klimas und zur rücksichtslosen Ausbeutung von Rohstoffen beitragen. Wir wollen eine gerechte, ökologische Mobilität für alle – hier und überall. Damit stellen wir uns auch klar gegen rassistische und klimafeindliche Positionen, die "deutsche Diesel und Benziner" verteidigen und die Klimakrise ignorieren.

Auch Tesla setzt auf die Massenproduktion von Autos – allerdings mit batterieelektrischem Antrieb. Dem Tesla-Chef Musk sind der öffentliche Fern- und Nahverkehr sowie der Radund Fußverkehr genauso zuwider wie gewerkschaftliches Engagement in seinen Fabriken. Tesla will teure, übermotorisierte Luxuswagen und dann viele Millionen etwas kleinerer Autos für den Massenmarkt verkaufen. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen steht Tesla in den USA für eine gewerkschaftsfeindliche Linie und massive Verstöße gegen Arbeitsrechte.

Platz für alle

Der Austausch von 47 Millionen Verbrenner-Autos in Deutschland durch 47 Millionen E-Autos ist keine Verkehrswende. In urbanen Großräumen – und schnellstmöglich auch auf dem Land – muss die Zeit des motorisierten Individualverkehrs mit dem Auto zu Ende gehen. Wir wollen "Städte und Straßen für alle" und eine konsequente Verkehrswende weg vom Privat-Pkw.

Tesla und die deutschen Autokonzerne gaukeln vor, dass ein Antriebswechsel weg vom Verbrennungsmotor hin zum Elektromotor schon ausreicht. Dies wird dazu führen, dass zu viele und zu rasante E-Autos weiterhin Menschen töten und verletzen, öffentlicher Raum zugeparkt wird sowie riesige Flächen und Ressourcen für ihre Herstellung verschwendet werden.

Der massenhafte Bau schwerer, übermotorisierter E-SUVs und E-Pkws widerspricht einer klima- und global gerechten Verkehrswende. Die Herstellung aller Autos – egal ob Benziner, Diesel- oder Elektroautos – verbraucht Rohstoffe, die häufig unter ökologisch und sozial unverantwortlichen Bedingungen in den Ländern des globalen Südens abgebaut werden. Menschen werden für den Abbau der Rohstoffe vertrieben, das Klima belastet, Grundwasser und Flüsse vergiftet, Aktivistinnen und Aktivisten bekämpft.

Bei der Herstellung und beim Laden der Autos werden zudem hohe Mengen an Energie benötigt, die zum Teil durch schmutzigen Atom- oder Braunkohlestrom bereitgestellt werden. Am Strommix ändert sich nichts zum Guten, wenn für neue Produktionsstätten und Verbräuche nicht auch zusätzlicher Ökostrom produziert wird. Gleichzeitig werden große Mengen an wertvollem Wasser benötigt. Dieser Verbrauch kann zu einer Gefährdung der Natura-2000-Gebiete und der sicheren Wasserversorgung für die Menschen in der Region führen.

Konversion

Als Ergänzung des Umweltverbundes (Rad, Fuß, ÖPNV) braucht es sehr viel weniger Autos. Diese müssen elektrisch betrieben, angemessen motorisiert, klein, leicht und möglichst als Sharing-Fahrzeuge effizient genutzt werden. Ihre Herstellung muss auf Basis recyclingfähiger, fair beschaffter Materialien erfolgen. Die Konversion aller Automobilfabriken in Deutschland muss zu zukunftsfähigen Produkten führen. Dazu gehören E-Busse, E-Kleinfahrzeuge, E-Lieferfahrzeuge und E-(Lasten-) Fahrräder.

Wir fordern eine konsequente Verkehrswende im Einklang mit den Pariser Klimazielen, die Abkehr vom Privat-Pkw und einen konsequenten Rück- und Umbau der Automobilindustrie auf Basis von 100 Prozent erneuerbaren Energien. Wir fordern eine Rohstoffwende mit einer weitreichenden Kreislaufwirtschaft, absolut sinkendem Rohstoffverbrauch und fairen Lieferketten-keine Zulassung und Förderung von Automobilproduktion, die diesen Zielen zuwiderläuft.

Berliner Entwicklungspolitischer

Ratschlag/Eine Welt Stadt Berlin, Naturfreunde Berlin, PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- und Weltwirtschaft; Am Boden bleiben, Attac Deutschland, Berlin 21, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Christliche Initiative Romero, Common Future, Grüne Jugend Berlin, Grüne Jugend Brandenburg, GRÜNE LIGA, Grüne Radler, Ende Gelände Berlin, Explane Berlin, Forum Ökologie und Papier, GegenStrömung/Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie, Gerechte 1komma5 – der Klimaplan von unten, Interventionistische Linke Berlin, IUM Institut für urbane Mobilität, Konzeptwerk Neue Ökonomie, Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Linken Brandenburg, Linksjugend Solid Berlin, Lunapark 21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, NABU Kreisverband Fürstenwalde, Ortsverein Karutzhöhe, ROBIN WOOD, Salva la Selva (Spanien)

Kontakt und weitere Informationen: Peter Fuchs, PowerShift e.V., E-Mail: peter:fuchs@power-shift.de, Tel. (030) 27875736, www.power-shift.de

Tesla produziert keinen Klimaschutz

Ein Blick auf die Ökobilanz der geplanten "Gigafactory" in Grünheide

m 12. November 2019 verkündet Tesla-Chef Elon Musk, in Brandenburg seine vierte "Gigafactory" für Elektroautos bauen zu wollen. Von zunächst 3.000 Arbeitsplätzen ist die Rede und von einer halben Million Autos, die hier pro Jahr produziert werden sollen. Geplant ist die Montage des Kompakt-SUV Model Y und des Model 3, mit dem der Durchbruch auf dem Massenmarkt gelingen soll. Schon im Juli 2021 es losgehen.

Der Bundeswirtschaftsminister ist begeistert und die neue Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen bietet sofort günstige Konditionen: Tesla soll ein rund 300 Hektar großes Waldgebiet in Grünheide bei Berlin für knapp 41 Millionen Euro erhalten. Ein Kaufpreis von 13,50 Euro pro Quadratmeter, während im angrenzenden Gewerbegebiet Freienbrink der Richtwert bei 40 Euro liegt. Die Linke in Brandenburg befürchtet, dass ein Pokerspiel stattfindet zwischen Tesla und der Landesregierung, bei dem am Ende die Menschen in Brandenburg verlieren könnten, und schlägt vor, die Flächen nicht zu verkaufen, sondern über Erbpacht zu reden.

Ohne Baugenehmigung wurden bereits die Kiefern gerodet – der Umweltverband Grüne Liga Brandenburg scheiterte mit einer Klage. Für Tesla werden zack, zack Tatsachen geschaffen – vielleicht auch ein Präzedenzfall. Spitzenpersonal der Grünen wirft sich genauso wie CDU-Wirtschaftsminister ins Zeug für diese "Zukunftsinvestition", die "von großer Bedeutung für mehr Klimaschutz" sei.

Mit Elon Musk ökologisch wirtschaften?

Es mutet absurd an, wenn "Gigafactorys" als Heilsbringer zur Versöhnung von Ökologie und Ökonomie gepriesen werden, obwohl die Wachstumsversprechen kapitalistischer Massenproduktion ihre Schattenseiten längst offenbaren.

Lassen wir außer Acht, dass Tesla-Chef Elon Musk eine Marktwirtschaft der speziellen Art praktiziert, die mit öffentlichen Förderungen und Vorauszahlungen der Kunden Profite generiert. Lassen wir außer Acht, dass Tesla die weltgrößte Batteriefabrik in den Sand der Wüste von Nevada setzt und mehr Lithium-Ionen-Akkus produzieren will als alle anderen zusammen. Lassen wir außer Acht, dass die dort angepeilten



Produktionszahlen 126.000 Tonnen Graphit brauchen – was die Nachfrage nach Graphit in batterietauglicher Qualität auf einen Schlag auf das Zweieinhalbfache steigen ließe.

Lassen wir auch noch außer Acht, dass entweder die Zahl der Pkw weiter

Guinea 80.000 Menschen umgesiedelt, verlieren fruchtbares Land und den Zugang zu Trinkwasser. Entschädigungen erhalten sie nicht. Die Bundesregierung gab eine Kreditbürgschaft dafür, obwohl sie um die Menschenrechtsverletzungen weiß. Das Bauxit aus Guinea landet in



Elektromobilität funktioniert in Berlin seit 120 Jahren.

Foto: Thomas Wolter/Pixabay

steigt oder die Arbeitsplätze bei Tesla zulasten der Arbeitsplätze an anderen Produktionsstandorten gehen-und dass die Gewerkschaft IG Metall Gründe hat zu der Befürchtung, dass Tesla Mitbestimmungsrechte umgeht und auf billige, willige Arbeitskräfte aus dem nahen Polen schielt. Lassen wir schließlich außer Acht, dass das US-Wirtschaftsmagazin "Forbes" davon träumt, dass die Börsenkurse weiter explodieren, wenn die Google-Holding Alphabet Tesla kauft und das Ganze mit 2.500 Milliarden Dollar etwa so viel wert wäre wie Amazon und Apple plus ein halbes Microsoft zusammen (und fragen wir nicht, wem das nützt).

Kein Auto ist gut für Umwelt und Klima

Nehmen wir nur dieses in den Blick: Ein großer Teil der Umweltzerstörung durch das Auto passiert vor dem ersten gefahrenen Kilometer. 1,3 Tonnen Metall und andere Rohstoffe stecken in einem Mittelklassewagen. Für viele dieser Rohstoffe bezahlen die Armen, bezahlen die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Erzeugerländern mit der Zerstörung ihrer Umwelt und ihrer Gesundheit, mit Kinderarbeit und mit Menschenleben. Der "Fluch der Rohstoffe" bezieht sich nicht nur auf Erdöl. Er ist Ergebnis und Ausdruck tiefer sozialer Ungerechtigkeit, ohne die die Autogesellschaft nicht möglich ist.

Wie die Umweltorganisation PowerShift unlängst aufdeckte, werden für den Ausbau einer Bauxit-Mine in Deutschland als Aluminium in Autos. Im Jahr 2017 kamen 93 Prozent der deutschen Bauxit-Importe aus Guinea.

Im Jahr 2017 veröffentlichte die Zeitschrift "Wirtschaftswoche" eine eindrucksvolle Dokumentation mit dem Titel "Für dein Auto". Ein journalistisches Team hat dort zusammengetragen, welche Verheerungen die Automobilproduktion für Menschen und Natur in verschiedenen Teilen der Welt bewirkt: Vertreibung und Zerstörung für Kupfer in Peru, vergiftete Flüsse für Eisenerz in Brasilien, tote Arbeiter für Platin in Südafrika, schlimmste Kinderarbeit für Kobalt im Kongo, Krankheit und Siechtum für Graphit in China.

Ein VW Golf hat heute 1,4 Tonnen Gewicht. Für seine Herstellung wurden vier Tonnen Luft verschmutzt, 19 Tonnen Abraumgestein verursacht und 232 Tonnen Wasser verbraucht. Das Tesla-Flaggschiff S wiegt über zwei Tonnen. Über das neue Modell aus Brandenburg schreibt eine Fachzeitschrift: "Das Modell Long Range mit Allradantrieb und der Top-Reichweite von maximal 505 Kilometern nach WLTP zum Preis von 58.620 Euro ist zunächst der günstigste Einstieg in die deutsche Model-Y-Welt. In dieser Ausführung beschleunigt das Elektro-SUV innerhalb von 5,1 Sekunden aus dem Stand auf Tempo 100 und fährt maximal 217 km/h schnell". Ein Leichtgewicht ist es nicht.

Und wie steht es um die CO₂-Emissionen? Volkswagen gab vor einigen Jahren in einer kleinen Grafik die Emissionen von E-Golf und klassischem Golf an. Dort ließ sich

ablesen, dass der klassische Golf 1.6 vier Tonnen CO2 bei der Produktion emittierte. Als Durchschnittswert für alle seine Fahrzeuge nennt VW 6,5 Tonnen. Der Verkehrsclub Österreich geht für den Golf von 5,3 Tonnen aus, das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg von ähnlichen Werten. Beim E-Auto - ohne Akku betrachtet - sind es etwa 20 Prozent weniger, weil ein Teil des Innenlebens wie Tank, Anlasser und Auspuff wegfällt. Gehen wir von durchschnittlich 4,5 Tonnen Produktions-Emissionen pro Fahrzeug aus. (Die Energiewende macht jeden Produktionsschritt sauberer). Beim E-Auto ohne Akku sind es entsprechend vier Tonnen.

"Das ist Energie- und Ressourcenverschwendung"

Zum Vergleich: Durchschnittliche Berufspendler fahren arbeitstäglich knapp zehn Kilometer. Mit einem Diesel, der sieben Liter verbraucht und 16,5 Kilogramm CO₂ pro 100 Kilometer ausstößt, kommen dabei vier Tonnen CO₂ in zehn Jahren zusammen. Oder: Wenn Tesla 500.000 neue Autos im Jahr produziert, bedeutet das zwei Millionen Tonnen CO₂—ganz egal, wie klimafreundlich das Fahren ist.

Wolfgang Lohbeck arbeitete viele Jahre lang für Greenpeace. Im Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" antwortete er auf die Frage nach Tesla: "Was diese Firma herstellt, ist die dümmste und obszönste Variante der Elektromobilität. Einen Drei-Tonnen-Wagen zu bewegen, noch dazu mit extremen Beschleunigungswerten, das kann nicht ökologisch sein ... das ist Energieverschwendung, das ist Ressourcenverschwendung, das ist Platzverschwendung, und das ist asozial." Genauso ist es.

Emissionsfreie und klimagerechte Mobilität findet zu Fuß oder mit dem Fahrrad statt. Und dazu wäre der Ausbau von (O-)Bus und Bahn dran – als gerechte Elektromobilität. Viele Tausend sinnvolle Arbeitsplätze gibt es dort allemal. Sabine Leidig

Die Autorin ist seit 2009 Bundestagsabgeordnete für die Linke und Mitglied im Verkehrsausschuss. Weitere Informationen: www.taz.de/!t5009860

— Anzeige



April / Mai 2020

DER RABE RALF

Anzeigen

Im Coronavirus-Modus sserkontor.de Team der Grünen Liga Berlin weiter erreichbar, Geschäftsstelle geschlossen

wasserkontor.de
nachhaltige Produkte rund ums wasser

gesund & lecker trinken
lassen Sie sich beraten

Bötzowstr.29 \$\tilde{2}44737670
MO-Fr 10-13&16-19 libr Sa 10-18 libr

Die Geschäftsstelle der GRÜNEN LIGA Berlin in der Prenzlauer Allee 8 ist für Besucherinnen und Besucher zunächst bis zum Ende der Osterferien am 19. April geschlossen – das Team arbeitet weiter. Bitte nehmen Sie Kontakt über E-Mail oder Anrufbeantworter auf.

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Internetseite oder über soziale Medien. Dort können Sie sich auch über den aktuellen Stand zu Veranstaltungen der GRÜNEN LIGA Berlin informieren.

Gunnar Hamel

E-Mail: info@grueneliga-berlin.de Internet: www.grueneliga-berlin.de twitter.com/grueneliga_b facebook.com/grueneligaberlin instagram.com/grueneliga_b



Foto: Gunnar Hamel











Das Buch auf Grundlage der beliebten Rabe-Ralf-Serie in einer erweiterten Neuauflage des Packpapierverlags: 55 Pflanzenporträts aus dem wilden "Nutzgarten" Natur auf über 200 rundum ökologisch hergestellten Seiten.

Elisabeth Westphal, Ernährungsberaterin und Ökomarktleiterin der Grünen Liga, gibt Tipps, wie man Wildpflanzen oder Pflanzenteile umsichtig "erntet" und damit die Gesundheit fördert.

204 Seiten für 16 Euro bei der Grünen Liga Berlin in der Prenzlauer Allee 8, auf dem Ökomarkt am Kollwitzplatz donnerstags von 12 bis 18/19 Uhr oder bei www.packpapierverlag.de

Jagd auf das Symbol der Liebe

Die Turteltaube ist der Vogel des Jahres 2020

ie Turteltaube, lateinisch Streptopelia turtur, gilt weltweit als Symbol für Glück, Liebe, Hoffnung und Frieden. Der Name kommt von dem "Turr, turr, turr", das sie von sich gibt und das auch der Ursprung für das Wort "turteln" ist. Als romantisch gilt die Turteltaube auch deshalb, weil sie die gesamte Paarungszeit zu zweit und mit demselben Partner verbringt.

Exotische Färbung

Der vom Naturschutzbund ausgewählte "Vogel des Jahres 2020" hat eine rundliche Gestalt und ist mit 25 bis 28 Zentimetern Körperlänge kaum größer als eine Amsel. Seine Flügel sind schlank und spitz und haben eine Spannweite von 45 bis 50 Zentimetern.

Äußerlich sind Männchen und Weibchen kaum zu unterscheiden. Beide haben ein blaugraues und dunkelbraunes bis schwarzes Gefieder, die Spitzen ihres Schwanzes und ihre Halsinnenseite sind weiß gefärbt. Der Vogel wirkt exotisch durch die rötliche Färbung an Kehle, Brust und Lidern.

Turteltauben sind Zugvögel und verbringen den größten Teil des Jahres in Afrika, auf dem Weg dorthin oder zurück. Nur zwischen Ende April und Ende August suchen sie ihr Brutgebiet zum Beispiel in Deutschland auf, um dort einen Partner zu finden und zweimal zwei Eier auszubrüten.

Bedrohte Art

Zum "Vogel des Jahres" wurde die Turteltaube gewählt, weil sie stark bedroht ist. Der Bestand ist in Deutschland seit 1980 um eirea 90 Prozent zurückgegangen, weltweit um fast 80 Prozent. Das liegt zum einen an der intensiven Landwirtschaft, die die Lebensräume des Vogels zerstört, die sich meist an Wald- und Feldrän-

dern befinden. Dort kann er gut brüten und findet reichlich Nahrung für seinen ausschließlich pflanzlichen Speiseplan.

Aufseinem Weg von und nach Afrika wird der Vogel legal und illegal bejagt. Jährlich sterben dadurch zwischen 1,4 und 2,2 Millionen Turteltauben. Erlaubt ist die Jagd in insgesamt zehn EU-Ländern. Eines davon ist Malta, das



Turteltauben sind kleiner und graziler als Stadttauben.

Foto: Andy Morffew, flickr.com/andymorffew/14523007098 (CC BY 2.0)

als einziges EU-Mitglied lange Zeit die Erlaubnis hatte, die Jagd auf den Vogel das ganze Jahr über aufzunehmen.

Der Sinn der Jagd war früher der Ausgleich des Fleischmangels in dem Land. Heute ist das Turteltaubenschießen für die 10.000 Jäger und Jägerinnen eher eine Sportart und Freizeitbeschäftigung, die gleichzeitig die Wirtschaft ankurbelt – durch den umfangreichen Erwerb von Waffen und Munition und die Vermietung von Jagdanwesen.

Im Frühling werden auf Malta Wachteln geschossen, wobei der Jagd auch einige Turteltauben zum Opfer fallen, die sich dort in der Zugzeit aufhalten. Zwar wurde die Erlaubnis, auch im Frühling zu jagen, seit der festgestellten Bedrohung des Vogels vorübergehend aufgehoben, jedoch wird das illegale Töten der Tiere nicht rechtlich verfolgt.

Wer etwas tun will, kann eine Petition des

NABU gegen die legale Jagd der Vögel in der EU unterzeichnen oder regionale wie weltweite Projekte für Turteltauben unterstützen

Paula Rinderle

Weitere Informationen: www.nabu.de/turteltaube Tel. (030) 2849840

Mädchen im blauen Kleide

Die Wegwarte ist Heilpflanze des Jahres 2020

Mit nackten Füßchen am Wegesrand, Die Augen still ins Weite gewandt, Saht ihr bei Ginster und Heide Das Mädchen im blauen Kleide?

So beginnt das Gedicht "Die Wegwarte" von Isolde Kurz. Doch der Gemeinen Wegwarte oder Zichorie (Cichorium intybus) ist nicht nur ein Gedicht gewidmet, sie wurde auch vom Verein NHV Theophrastus zur Heilpflanze des Jahres 2020 gekürt. Der Verein wählt jedes Jahr eine Heilpflanze des Jahres - angefangen 2003 mit dem Weißdorn - mit dem Ziel, die Naturkeilkunde zu fördern. Auf die Frage, warum es dieses Mal die Wegwarte ist, meint Konrad Jungnickel, der Vorsitzende des Vereins: "Bedeutsam ist, dass die Pflanze durch ihren wirklich zähen Überlebenswillen auch an Extremstandorten gedeiht. Diese Energie spiegelt sich in ihrer Wirkung wider."

Die Gemeine Wegwarte wird bis zu 1,20 Meter hoch, hat eine bis weit in den Boden reichende Wurzel, blüht vom Juni bis zum ersten Frost in einem leuchtenden Violett-Himmelblau und hat nach Löwenzahn aussehende, aber spitzere Blätter.

Weltweit gibt es acht Arten, wobei nur die Gemeine Wegwarte in Europa heimisch ist. Heute ist diese weit verbreitet und auch in Westasien



"Echte Zichorie"

Zeichnung: Jacob Sturm, aus Johann Georg Sturm, "Deutschlands Flora in Abbildungen", 1796

und Nordafrika häufig anzutreffen, wo man sie an Wegrändern, Äckern, Bahndämmen und Flussuferwällen findet.

Die Wegwarte oder Zichorie ist schon sehr lange als Heil- und Nahrungsmittel bekannt. Erstmals Erwähnung findet sie in ägyptischen Papyrustexten aus dem 4. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung. Es wurden sogar Reste von ihr in Tutanchamuns Grab gefunden.

In Mitteleuropa wurde ab dem 18. Jahrhundert aus den getrockneten Wurzeln der Wegwarte ein koffeinfreier Kaffeeersatz – Zichorienkaffee oder Preußischer Kaffee – gebraut, den man heute noch kaufen oder ganz leicht selbst herstellen kann.

Preußischer Kaffee

Das Kraut der jungen Wegwarte bereichert mit seinen Aromen Wildkräutersalate und Gewürzmischungen. Außerdem können Blüten und Wurzeln der Pflanze, getrocknet und als Tee zubereitet, gegen Verdauungsstörungen angewendet werden. Der Tee wirkt zudem appetitanregend, beruhigend, blutreinigend und entzündungshemmend. Darüber hinaus scheint die Wegwarte bei vielen anderen Beschwerden zu helfen. Schon Hippokrates sprach ihr eine kühlende Wirkung zu, der Schweizer Arzt Paracelsus empfahl sie zur Entgiftung und zur Behandlung der Lepra. Sebastian Kneipp nutzte sie für Auflagen bei schmerzhaften Entzündungen.

Allerdings ist zu beachten, dass ein Aufguss der Wegwarte nicht für jeden Menschen bekömmlich ist. In seltenen Fällen kann es zu Hautreizungen kommen. Es empfiehlt sich in jedem Fall, pro Tag nicht mehr als zwei Tassen des Tees zu trinken, um die heilende Kraft der Wegwarte zu entfalten.

Radicchio und Chicorée

Die durch Züchtung entstandenen Kulturformen der Gemeinen Wegwarte, Radicchio und Chicorée, sind aus vielen Küchen nicht mehr wegzudenken. Vor allem der Chicorée ist nicht nur ein vielseitiges und geschmacklich aufregendes Wintergemüse, sondern auch besonders vitamin- und mineralstoffreich.

In China und den USA wird der sogenannte Futterchicorée als Weidepflanze für Rinder und Schafe kultiviert und gewinnt als widerstandsfähige Alternative zu Grünfutterpflanzen wie der Luzerne zunehmend an Bedeutung. Die mehrjährige Pflanze hat eine sehr tiefe Wurzel, mit der sie Trockenphasen gut übersteht. Im Hinblick auf eine Anpassung der Grünlandwirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels wird sie bereits hoch gehandelt.

Ella Sengewald, Sarah Scheufler

Weitere Informationen: www.nhv-theophrastus.de

Die Natur wieder wild machen

"Rewilding" – ein dynamisches Konzept für den Naturschutz der Zukunft?

ie Natur muss geschützt werden! Aber wie? Der klassische Naturschutz will vor allem einen guten Status quo erhalten, während das sogenannte Rewilding die ständige Veränderung ermöglichen will. Kann dieser Ansatz helfen, wieder mehr Wildnis in Deutschland zuzulassen?

Tiere gestalten die Landschaft

Das Konzept des "Rewilding", das vor etwa 20 Jahren in Nordamerika aufkam, findet inzwischen auch in Europa immer mehr Verfechter. Durch die Wiederansiedelung von Schlüsselarten sollen dynamische Prozesse in Gang gebracht werden.

Wisent, Wildpferd und Auerochse streiften einst über den ganzen europäischen Kontinent. Solche Megaherbivoren, also große Pflanzenfresser, sollen nach dem Willen der Organisation "Rewilding Europe" bald zurückkehren. Entsprechende Nachzüchtungen sind bereits in den Niederlanden, Rumänien und Spanien unterwegs.

Als Gegengewicht zu den Pflanzenfressern braucht es Spitzenprädatoren. Das sind Raubtiere, die ganz oben in der Nahrungskette stehen, wie Wölfe und Bären. Sie dezimieren nicht nur die Zahl der Beutetiere, sondern verändern mit ihrer Anwesenheit vor allem deren Verhaltensmuster.

Die Aktivitäten der großen Tierarten gestalten die Landschaft um. Während an der einen Stelle Bäume zurückgedrängt werden, können sie vielleicht an anderer Stelle wieder wachsen. Idealerweise entsteht dabei ein anpassungsfähiges Ökosystem, das nicht durch Menschen gemanagt werden muss. Am Ende profitieren nicht nur die Schlüsselarten, sondern ganz vielfältige Arten von Bäumen über Insekten bis zu Pilzen.

Natürlich beschränken sich die Tiere nicht auf die ihnen zugewiesenen Flächen. So kann es in dichter besiedelten Gebieten zu Konflikten mit dem Menschen kommen. Der Yellowstone-Nationalpark in den USA ist etwa halb so groß wie das Bundesland Sachsen. Über Schutzgebiete dieser Größenordnung verfügt Deutschland nicht, dafür herrschen Kulturlandschaften vor. Das heißt aber nicht automatisch, dass es keine Natur gibt.

Naturschutz mit der Sense

Einige traditionelle Landnutzungsformen zeichnen sich ebenfalls durch eine große biologische Vielfalt aus. Der Ansatz des klassischen Naturschutzes ist es, helfend einzugreifen, statt Flächen sich selbst zu überlassen. Ein Beispiel sind Streuobstwiesen. Sie gehören zu den artenreichsten Biotopen Deutschlands – etwa 5000 Tier- und

Pflanzenarten wurden bereits auf Streuobstwiesen gezählt. Hochstämmige Obstbäume mit Höhlen und Totholz bieten Unterschlupf für Fledermäuse und Vögel. Insekten profitieren von der Vielfalt der Wildpflanzen.

Ohne eine schonende Bewirtschaftung durch den Menschen gehen diese Lebensräume jedoch verloren. Die Wiesen müssen extensiv beweidet oder gemäht werden, um nicht mit Büschen zuzuwachsen. Die Obstbäume müssen gepflanzt und gepflegt werden. Der Ansatz, die Natur komplett sich selbst zu überlassen, wie es das Rewilding vorsieht, kann klassische Naturschutzkonzepte somit nicht ersetzen – aber ergänzen.

Zu wenig Wildnis

Wildnis, also vom Menschen weitgehend unbeeinflusste Naturlandschaft, macht in Deutschland nur 0,6 Prozent der Landesfläche aus. Die Bundesregierung hat sich in ihrer "Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt" zum Ziel gesetzt, diese Fläche auf zwei Prozent zu erhöhen. In der Initiative "Wildnis in Deutschland" haben sich 19 Naturschutzorganisationen wie NABU, BUND, Greenpeace und Grüne Liga zusammengeschlossen, die die Wildnisziele mit Flächenprojekten,

Öffentlichkeitsarbeit und Fachwissen unterstützen.

Manuel Schweiger koordiniert dieses Netzwerk und ist außerdem Leiter des Deutschlandprogramms der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt. Im Gespräch mit dem Raben Ralferklärt er, welche Anregungen Rewilding für den Naturschutz in Deutschland liefern kann und wieso Deutschland im internationalen Vergleich hinterherhinkt.

Der Rabe Ralf: Herr Schweiger, Sie setzen sich für mehr Wildnis ein. Ist das Konzept des Rewilding aus Ihrer Sicht auf Deutschland übertragbar?

Manuel Schweiger: Der Begriff Rewilding wird sehr unterschiedlich gebraucht. Wir verwenden den Begriff bewusst nicht und distanzieren uns auch ein Stück weit davon. Er wird sehr stark von Gruppen besetzt, die vor allem die Wiedereinführung von großen Tieren - besonders Pflanzenfressern – verfolgen. Es stimmt, dass diese Tiere viel Dynamik in Gebiete hineinbringen. Aber unser Ansatz ist andersherum: Wir müssen erst einmal Lebensräume schaffen, in denen überlebensfähige Populationen ohne das Zutun des Menschen ihren Platz finden. Im Idealfall kommen die Tiere dann von selbst. Das sehen wir bei den Wisenten und den Elchen, die sich nun langsam von Osten her in Deutschland von allein ausbreiten. Für diese Tiere solles geeignete Rückzugsräume geben.

Wie würden Sie den Ansatz für Deutschland beschreiben?

Rewilding besagt ja auch, dass wir wieder mehr dynamische Prozesse in die Landschaft bringen müssen. Diesen Aspekt unterstützen wir als Initiative "Wildnis in Deutschland". Dieses Mehr an Dynamik reicht von mehr Wildpflanzen auf dem Acker bis hin zu den großen Wildnisgebieten, für die wir uns stark machen.

Manuel Schweiger

Foto: Jeldrik Schröer/ZGF

Die Feststellung, dass Natur etwas Dynamisches ist, ist tatsächlich noch relativ neu im Naturschutz. Das sieht man an der FFH-Richtlinie, der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU für das europaweite Schutzgebiets-Netzwerk "Natura 2000". Diese Richtlinie verfolgt einen statischen Ansatz für den Naturschutz: Es geht immer darum, ein Habitat oder eine Art in einen bestimmten Zustand zu erhalten.

Die Intention, die Natur zu schützen, ist richtig. Aber gerade in Zeiten des Klimawandels wird uns vor Augen geführt, dass wir der Natur Spielräume geben müssen. Gleichzeitig kennt auch der klassische Naturschutz schon seit Jahrzehnten Maßnahmen, wie sie der Ansatz des Rewilding umschreibt, zum Beispiel die Renaturierung von Bächen. Wenn es wirklich um Wildnis geht, also Gebiete, aus denen sich der Mensch weitgehend zurückzieht und wo die Natur sich frei entfalten darf, dann sprechen wir lieber von Wildnisentwicklung als von Rewilding.

Die Bundesregierung will bis 2020 auf zwei Prozent der Landesfläche Wildnisgebiete schaffen. Ist das viel?

Das Ziel ist also absolut sinnvoll. Viele Verbände sagen, es müsste ei-

gentlich noch mehr sein. Wenn wir uns international vergleichen, gehören wir eher zu den Schlusslichtern. Andere, ärmere Nationen tun viel mehr für ihre Naturlandschaften. Es ist wichtig, große zusammenhängende Gebiete zu sichern, um auch den Naturgewalten Raum geben zu können. Eintausend Hektar sollten es schon sein: Das ist ein Kreis von dreieinhalb Kilometern Durchmesser. Diese Flächen im dicht besiedelten Deutschland überhaupt zu finden und dann die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass hier die Natur frei walten darf: das sind schon langwierige Prozesse.

Sind wir denn auf einem guten Weg?

Es gibt jetzt ein neues Förderprogramm vom Bund: den Wildnisfonds. Jedes Jahr werden 10 Millionen Euro für den Kauf und die Sicherung von neuen Wildnisflächen bereitgestellt mit einer 100-Prozent-Förderung auf den Kaufpreis. Das ist eine Forderung, die von unserem Netzwerk gestellt wurde und die helfen wird, dem Ziel näher zu kommen. Mit dem Geld ist es künftig einfach, die Flächeneigentümer zu überzeugen. Vor allem die Bundesländer, die Kommunen und die privaten Eigentümer sind

gefragt – und da muss man zum Teil dicke Bretter bohren.

Aber wir haben die Unterstützung der Öffentlichkeit: Die Mehrheit will mehr Wildnis in Deutschland. Wir wollen nicht, dass dieses Ziel nur in irgendwelchen Akten verschwindet.

Wildnisgebiete sind auch eine Attraktion für Menschen. Gibt es da ein Risiko, dass zu viele Menschen in die Wildnis kommen?

Also, der Run auf die Wildnis ist ziemlich groß. Im Gegensatz zu der sonst vorherrschenden Naturentfremdung ist in den Nationalparks ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. Einige Schutzgebiete erreichen schon kritische Punkte, was den Besucheransturm angeht. Aber das zeigt doch auch, wie groß das Bedürfnis nach Wildnis in der Gesellschaft ist! Wir brauchen unbedingt mehr davon.

Vielen Dank für das Gespräch! Text und Interview: Sarah Buron

Weitere Informationen: www.wildnis-in-deutschland.de Tel. 069 / 94344633 www.rewildingeurope.eu www.bmu.de/ws4527

Infodienst Gentechnik

Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft

Wenn Gentech-Pflanzen auswildern

Gentechnisch veränderte Pflanzen können ihr Erbgut an verwandte Wildpflanzen weitergeben oder selbst auswildern. Welche Gefahren das mit sich bringt, wird aber bei der Zulassung dieser Pflanzen zu wenig untersucht. Auf diese Lücke hat das industrieunabhängige Forschungsprojekt Rages hingewiesen und fordert Konsequenzen: Was entkommen kann, darf nicht freigesetzt werden.

Im Rahmen von Rages haben europäische Wissenschaftler die Risikoabschätzung für gentechnisch veränderte Pflanzen durch die EU-Lebensmittelbehörde EFSA unter die Lupe genommen. Parallel dazu wurden systematisch die Studien zu den ungewollten Nachkommen gentechnisch veränderter Pflanzen in freier Wildbahn zusammengetragen. Dabei zeigte sich, dass bei diesen Nachkommen auch unerwartete Effekte auftraten, die bei den ursprünglichen Gentech-Pflanzen nicht beobachtet wurden, zum Beispiel eine größere Anzahl von Samen oder Pollen oder höhere Stressresistenz. Eine Ausbreitung der neuen Pflanzen könnte zur Destabilisierung von Ökosystemen

EU-Turbo-Genehmigungen?

Die EU-Kommission will neue gentechnisch veränderte Pflanzen schneller zulassen. Das soll in einem Handelsabkommen stehen, das die EU und die USA in Kürze unterzeichnen wollen. Die Kommission will damit US-Präsident Trump beruhigen und verhindern, dass es zu Strafzöllen auf europäische Autos kommt, schreibt das US-Magazin Politico. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt.

Laut Politico wollen die USA, dass in der EU Genehmigungen für neue

Anzeige

Gesundheit in der Krise Aktuelle Herausforderungen im Gesundheitssystem



www.gen-ethisches-netzwerk.de

Gen-ethischer Informationsdienst || Zeitschrift für Informationen & Kritik zu Fortpflanzungs- & Gentechnologie || Nr. 252 || Februar 2020 || 8,50 Euro gentechnisch veränderte Organismen innerhalb von zwei Jahren erteilt werden. Das Magazin zitiert auch den Greenpeace-Agrarpolitikexperten Marco Contiero. Contiero befürchtet, dass die EU-Kommission die deutsche Autoindustrie mit einer "Turbo-Gentechnik-Zulassung" verteidigen und das dann als "Green Deal" verkaufen will.



Wie Unternehmen die EU-Zulassung umgehen

Der Politologe Ulrich Hartung hat analysiert, wie das US-Unternehmen Cibus in den Jahren 2011 bis 2015 versuchte, eine Anbaugenehmigung für seinen mit neuer Gentechnik veränderten Raps zu bekommen. Dazu umging Cibus gezielt die EU-Ebene und wählte sechs nationale Behörden aus – und zwar in Ländern, in denen es hochrangige politische Unterstützung für Agrogentechnik und bedeutende Biotechnologiesektoren gibt. Wichtig sei auch gewesen, dass diese Behörden ziemlich abgeschottet nach außen arbeiten.

Im Falle des deutschen Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) kam laut Hartung noch hinzu: Die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS) hatte bereits 2012 ein Gutachten zur Einstufung neuer gentechnischer Verfahren vorgelegt und dabei für deren weitgehende Freigabe plädiert. Deshalb sei die von Cibus beauftragte Agentur davon ausgegangen, dass im Falle einer Anfrage das BVL die ZKBS um eine Stellungnahme bitten und diese positiv ausfallen würde.

Betrugslabor lieferte Studien für Glyphosat-Zulassung

Das große Tierversuchslabor LPT in Hamburg, das Studien für die Chemieund Pharmaindustrie erarbeitete, steht unter massivem Betrugsverdacht. Für die Zulassung von Glyphosat hatte es 24 Studien mit großem Gewicht geliefert, die auch den internationalen Oualitätssicherungsstandard GLP erfüllten. Im vergangenen Oktober berichtete das ARD-Nachrichtenmagazin "Fakt" über Betrugsvorwürfe, die dann von ehemaligen Mitarbeitern bestätigt wurden. Demnach hat das Labor seit 2005 mehrfach Studien für Zulassungsverfahren gefälscht, indem Tiere ausgetauscht oder Daten abgeändert wurden.

Vera Fischer, Leo Frühschütz Informationsdienst Gentechnik

Ausführliche und aktuelle Texte: www.keine-gentechnik.de

DER RABE RALF

Ich bestelle den RABEN RALF

- ab der nächsten Ausgabe
- ab Monat
- / 2 0
- Abonnement 25,- €
- Förderabonnement 40.- €



für ein Jahr (Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht vor Ablauf des Abo-Jahres schriftlich gekündigt wird)

Datum/Unterschrift

Name. Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Zahlungsmöglichkeiten:

per Rechnung

Ich erhalte jährlich eine Rechnung und überweise den Betrag auf das dort angegebene Konto

per Lastschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer Lastschrifteinzugsermächtigung/SEPA-Mandat

Einwilligung zum SEPA-Lastschriftmandat

Jahresbeitrag:

Abo 25,- Euro

Förderabo 40,- Euro

Kontoinhaber in:

IBAN

Datum/Unterschrift Kontoinhaber in:

VERSCHENKEN!



Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:



GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Redaktion DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
raberalf@grueneliga.de
Telefon 030 / 44 33 91 - 47 Fax 030 / 44 33 91 - 33

Corona ändert alles?

Zwischen Panik und Verharmlosung: Wem glauben und was tun?

ie Weltgesundheitsorganisation WHO hat am 11. März die Corona-Pandemie ausgerufen. Das Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlicht die täglich steigenden Fallzahlen für Deutschland. Die Bundesregierung versucht, die Geschwindigkeit der Corona-Ausbreitung mit noch nie dagewesenen drastischen Maßnahmen zu beschränken. Fachlich wird sie dabei beraten von dem Virologen Christian Drosten. Für seine Verdienste in der Erforschung von Grippeviren und deren Nachweis wurde Drosten 2005 das Bundesverdienstkreuz verliehen. 2007 bekam er eine Professur am Universitätsklinikum Bonn, 2017 übernahm er eine Professur und die Leitung der Virologie an der Charité Universitätsmedizin Berlin. Schon im Januar 2020 entwickelte er einen Test für das neuartige Corona-Virus - genau genommen für das Virus Sars-CoV-2, das die Lungenkrankheit Covid-19 verursacht, denn Coronaviren gibt es viele.

Mit einem Podcast, einer Online-Sendereihe, informiert Drosten beim NDR seit dem 26. Februar an jedem Wochentag die Öffentlichkeit über neue Erkenntnisse zu Corona, am Folgetag erscheint das dazugehörige Manuskript. Der Experte geht dabei auch auf die Fragen von Hörerinnen und Hörern ein. Seine freundliche Sachlichkeit überzeugt, vor allem weil er nicht behauptet alles zu wissen, sondern auch eigene Fragen und hypothetische Annahmen offen anspricht. Das schafft Vertrauen.

Der Lungenfacharzt, frühere Leiter eines Gesundheitsamts und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg streitet die Gefährlichkeit von Corona ab. Im Flensburger Tageblatt schreibt er am 29. Februar: "Dem Corona-Hype liegt keine außergewöhnliche medizinische Gefahr zugrunde. Er verursacht aber eine erhebliche Schädigung unserer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch leichtfertige und unberechtigte Quarantänemaßnahmen und Verbotsregelungen."Die Aufmerksamkeit für Corona komme daher, dass darauf getestet wird, aber: "Wir haben jeden Winter eine Virus-Epidemie mit Tausenden von Todesfällen und mit Millionen Infizierten auch in Deutschland." Wodarg: "Lösung des Corona-Problems: Panikmacher isolieren." Er ist Vorstandsmitglied von Transparency International, die Antikorruptions-Organisation distanziert sich jedoch von seinen Aussagen. Die katastrophalen Zustände in italienischen Kliniken scheint Wodarg auszublenden. Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf vergleicht ihn sogar mit Klimaleugnern.

Abweichende Auffassungen

Abgesehen von dem Artikel im Flensburger Tageblatt und einem kurzen Auftritt im ZDF bei Frontal 21 am 10. März findet Wodarg in seriösen Medien kaum Gehör. Ein kurzer Film von ihm, den das Berliner Unternehmen Oval Media online stellte, verzeichnet am 20. März mehr als 1,5 Millionen Aufrufe. Wodarg spricht, als wisse er genau, was richtig ist—und das besser als alle anderen. Mittlerweile taucht er in dubiosen Online-Medien und Videokanälen auf, "Troika" aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds insbesondere von den Mittelmeerländern erhebliche Sparmaßnahmen im sozialen Bereich verlangte. Der größte Kahlschlag hatte allerdings bereits stattgefunden: Von 1978 bis 2008 waren mehr als zwei Drittel aller



Covid-19 betrifft Menschen in aller Welt, allerdings sehr unterschiedlich.

Grafik: Miroslava Chrienova/Pixabay

die sich mehr oder weniger deutlich der "Wahrheitssuche" und dem Aufdecken von vermeintlichen Verschwörungen verschrieben haben, und scheint sich immer mehr zu verrennen. In den Weiten des Internets gibt es eine Reihe weiterer "Coronaleugner", darunter einige ebenso gebildete und erfahrene Menschen wie Wodarg, die sich gegenseitig in ihrer eingeschränkten Weltsicht bestätigen.

Gleichzeitig berichten immer mehr Ärztinnen und Ärzte aus Italien, vor allem aus der besonders betroffenen Lombardei, von katastrophalen Zuständen. Die Betten mit Beatmungsgeräten auf den Intensivstationen der Krankenhäuser reichen nicht aus, so dass eine Triage durchgeführt werden muss, eine Auswahl der Kranken nach Alter und Überlebenschancen, wobei man die Ältesten und Kränksten sterben lässt. Sie sterben einsam, Angehörige dürfen nicht zu ihnen. Auch Beerdigungen dürfen nicht mehr durchgeführt werden, mittlerweile muss das Militär mithelfen, die Toten abzutransportieren.

Es gehört schon viel Ignoranz dazu, angesichts dieser Berichte zu behaupten, es sei doch alles nicht so schlimm. Gleichzeitig stimmt es, dass das Problem nicht allein durch das Corona-Virus entstanden ist. Das Gesundheitssystem in Italien – und auch in anderen europäischen Ländern – wurde systematisch kaputtgespart, wie viele andere öffentliche Infrastrukturen ebenfalls. Nach der Finanzmarktkrise 2008 wurden öffentliche Gelder zur Bankenrettung verwendet, während die

Krankenhausbetten abgebaut worden. Von den verbliebenen 313 Betten auf 100.000 Personen gab es 2013 noch 275 (in Deutschland: 621, Zahlen laut WHO).

Kaputtgespart und kommerzialisiert

Auch in Deutschland, das wesentliche Verantwortung für die europäischen Spardiktate trägt, wurden Einschnitte im sozialen Sektor vorgenommen. Schon zuvor begann die Privatisierung von Krankenhäusern und die Gründung von börsennotierten Krankenhaus-Konzernen. Die Krankenhausfinanzierung wurde auf wirtschaftliche Profitabilität umgestellt. 2004 wurden die sogenannten DRGs (Diagnosis Related Groups) eingeführt: Krankenkassen bezahlen nicht mehr die Leistungen, die zum Nutzen der Erkrankten erbracht werden, sondern Fallpauschalen.

Der Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach (SPD) war damals mitverantwortlich für die Einführung der DRGs, die Menschen zu Kostenfaktoren im Effizienzwettbewerb zwischen den Krankenhäusern machte. Als die Bertelsmann-Stiftung im Juli 2019 eine Studie vorlegte, wonach von den 1.400 Akutkrankenhäusern in Deutschland mehr als 800 geschlossen werden sollten, weil sie zu klein und ineffizient seien, widersprach Lauterbach halbherzig. Zwar sei der Grundtenor der Studie richtig, aber die Berechnungen

überzogen. Einige Wochen zuvor hatte er bereits getwittert: "Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite, Klinik schließen sollten. Dann hätten wir in anderen Kliniken genug Personal, geringere Kosten, bessere Qualität und nicht so viel Überflüssiges." Auch der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, spricht sich grundsätzlich für Krankenhausschließungen, Fusionen und eine "Bereinigung der Kliniklandschaft" aus.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wünschte sich noch im Februar dieses Jahres "mehr Mut bei der Debatte um Krankenhausschließungen". Nun beteuert er immer wieder, das Gesundheitssystem sei auf die Herausforderungen durch Corona gut vorbereitet. Allerdings mangelt es schon jetzt an Schutzausrüstungen für medizinisches Personal. Vorsorge für Katastrophensituationen ist in der Krankenhausfinanzierung nicht vorgesehen. So sind die Intensivstationen auch ohne Corona schon zu 80 Prozent ausgelastet und es fehlt Personal. Dass Spahn angesichts der Pandemie die gerade erst eingeführten Pflegepersonaluntergrenzen wieder aufgehoben hat, kritisiert das Bündnis "Krankenhaus statt Fabrik". Es fordert ein Ende der Gewinnorientierung und das Vorhalten von Kapazitäten für Notsituationen.

Wie war das damals mit der Schweinegrippe?

Gesundheit ist ein großes Geschäft, und auch an Corona werden viele sehr gut verdienen, das benennt Wodarg. Karl Lauterbach betonte am 18. März in einer Videobotschaft, er schätze seinen Parteikollegen Wolfgang Wodarg sehr, nun erzähle dieser jedoch "blanken Unsinn". Die Westdeutsche Zeitung berichtete am 17. März, Lauterbach habe daran erinnert, "dass Wodarg schon einmal ähnlich vorgegangen war: 2009, als er gegen die WHO-Empfehlung zur Impfung gegen die Schweinegrippe Front machte". Die Zeitung zitierte den Politiker: "Damals hatte Wodarg Glück." Wodargs Kritik an der interessengeleiteten Panikmache wegen einer vermeintlich bedrohlichen Seuche bestätigte sich damals.

Die Schweinegrippe-Pandemie war im Frühjahr 2009 von der WHO ausgerufen worden. Zuvor hatte diese einen Pandemie-Plan entwickelt, an dem auch industriefinanzierte Lobbyorganisationen mitwirkten. Die Pandemie-Kritierien wurden abgesenkt. "Gäbe es die moderne molekulare Medizin nicht, mit ihren Genanalysen, Antikörpertests und Referenzlabors" schrieb der "Spiegel" am 8. März 2010, dann hätte die Schweinegrippe "die Welt erobert, und kein Arzt hätte etwas davon gemerkt". Doch es sei anders gekommen, so das Magazin: "Systematisch haben

Seuchenwächter, Medien, Ärzte und Pharmalobby die Welt mit düsteren Katastrophenszenarien eingestimmt auf die Gefahr neuer, bedrohlicher Infektionskrankheiten."

Am 4. Januar 2010 wurde die Pandemie für beendet erklärt. Weltweit hatte sie 18.400 Tote gefordert - deutlich weniger als die 25.100 Toten der Grippewelle im Winter 2017/18 in Deutschland. "Für die Hersteller von Impfstoffen und Neuraminidasehemmern haben sich die von der WHO verbreiteten Pandemieleitlinien als wahres Konjunkturprogramm erwiesen", berichtete das "Arznei-Telegramm" unter Berufung auf die Tageszeitung FAZ vom 21. April 2010. "1,1 Milliarden Dollar Umsatzsteigerung im ersten Quartal 2010 allein bei der Firma Novartis gehen auf Verkäufe von Schweinegrippeimpfstoffen zurück. Der Reingewinn des Konzerns stieg in diesem Zeitraum um rund die Hälfte."

Der damalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg war Vorsitzender des Gesundheitsausschusses in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er initiierte eine öffentliche Anhörung und einen Bericht, der im Juni 2010 vorgelegt wurde. Die Parlamentarische Versammlung war alarmiert über den Umgang mit der Pandemie durch die WHO und die Gesundheitsbehörden auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene. Die Prioritäten der öffentlichen Gesundheitsdienste seien verzerrt, und in ganz Europa seien öffentliche Mittel verschwendet worden. In der Bevölkerung seien ungerechtfertigte Ängste geschürt worden. Gravierende Mängel in der Transparenz über Entscheidungsprozesse hätten Bedenken hinsichtlich des Einflusses der Pharmaindustrie geweckt.

Für das Grippemittel Tamiflu wurden damals Milliarden öffentliche Mittel an die Herstellerfirma Roche bezahlt. Später stellte sich Tamiflu als wirkungslos heraus, die Daten, mit denen eine Wirkung nachgewiesen werden sollte, waren geschönt. Bei der Impfung gegen die Schweinegrippe mit dem Wirkstoff Pandemrix kam es zu erheblichen Nebenwirkungen wie allergischem Schock und Narkolepsie (Schlafkrankheit), betroffen waren vor allem Kinder und Jugendliche. Um das Mittel schnell einsetzen zu können war es nicht ausreichend getestet worden. Dem Hersteller Glaxo-Smith-Kline wurde vorgeworfen, er habe Meldungen über Nebenwirkungen vertuscht.

Vorsorge für Pandemien oder für Profite?

In der aktuellen Corona-Pandemie wird fieberhaft an der Entwicklung eines Impfstoffes gearbeitet. Bis es so weit ist, werden noch viele Monate vergehen, denn die Überprüfungs- und Zulassungsverfahren sind anspruchsvoll.

Am 18. März schlägt Christian Drosten eine vereinfachte Zulassung eines Impfstoffs vor: "Wenn wir das Ganze schaffen wollen als Gesellschaft, in einer Art, dass wir wirklich nicht eine erhöhte Todesrate akzeptieren wollen in der älteren Bevölkerung, dann müssen wir wahrscheinlich regulative Dinge außer Kraft setzen, was Impfstoffe angeht. Und schauen, wo können wir einen

könne. Das Szenario soll offensichtlich dazu dienen, der weiteren Privatisierung und neoliberalen Umstrukturierung des weltweiten Gesundheitswesens einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Die Empfehlungen aus dem Projekt zielen auf eine schon vorsorglich verstärkte Zusammenarbeit von Regierungen und privaten Unternehmen in öffentlichprivaten Partnerschaften (ÖPP, oder



Viele sind verunsichert – Wissen und eine solidarische Haltung helfen dagegen.

Foto: V. Peremen/Pixabay

Impfstoff herbeizaubern, der schon relativ weit entwickelt ist." Nebenwirkungen müssten in Kauf genommen werden und der Staat solle dafür haften. Drosten begründet das mit den Zahlen zu Erkrankungen und Todesfällen in einer Studie aus Großbritannien, die er im gleichen Podcast kritisch diskutiert, wobei er dann jedoch zum Schluss kommt, dass er an die darin ermittelten Zahlen glaube.

Wenige Monate, bevor die WHO die Corona-Pandemie ausrief, hatte das "Center for Health Security" (CHS) der US-amerikanischen Johns-Hopkins-Universität im Oktober 2019 ein Szenario für eine weltweite Grippe-Pandemie erstellt. Gründer und Finanziers des CHS sind neben der WHO eine Reihe privater Stiftungen. Das Szenario unter dem Namen "Event 201" wurde in Kooperation mit zwei mächtigen Partnern durchgeführt: dem World Economic Forum (WEF)—der Schweizer Stiftung, die das jährliche Weltwirtschaftsforum in Davos ausrichtet - und der Bill & Melinda Gates Stiftung - die steuersparend aus den Gewinnen des Software-Giganten Microsoft gefüttert wird.

Das Szenario spielte eine Corona-Epidemie mit weltweit 65 Millionen Toten durch. Mittlerweile ist ein Hinweis auf der Website angebracht, dass es sich nicht um eine Vorhersage der derzeitigen Pandemie gehandelt habe und dass aus dem Szenario nicht auf die aktuelle Corona-Pandemie geschlossen werden PPP für Public-private-Partnership). Gemeinsam mit internationalen Organisationen soll die Erforschung von Impfstoffen vorangetrieben werden und gemeinsam sollen Methoden entwickelt werden, um Falschinformationen zu bekämpfen. In diesem Sinne soll die Zusammenarbeit mit Medienunternehmen gesucht werden, um sie im Falle einer Pandemie schnell mit den gewünschten Botschaften und Informationen, die gemeinsam mit der WHO zusammengestellt werden, zu überfluten. Falsche Botschaften sollen auch technisch unterdrückt werden.

Solche ÖPPs wurden am 11. November 2019 auf der Fachtagung "Winwin oder Win-lose?" in Berlin diskutiert. "Win-win" ist die Kurzbezeichnung für etwas, das allen Beteiligten nützt. Oft ist es jedoch eher ein Propagandabegriff, der unterschiedliche Interessen zulasten der Schwächeren kaschieren soll um etwas durchzusetzen, bei dem im Sinne von "Win-lose" die einen gewinnen und die anderen verlieren. Zur Konferenz eingeladen hatte die "Deutsche Plattform für Globale Gesundheit", die sich für Gesundheit als Daseinsvorsorge und für gleiche Gesundheitschancen weltweit einsetzt. Globale Partnerschaften, wie sie auch als UN-Nachhaltigkeitsziel Nummer 17 (SDG 17) formuliert sind. werden von der Plattform kritisch gesehen, wie Mareike Haase von der Hilfsorganisation Brot für die Welt ausführte: "Denn bei all der Verpartnerung wird wenig Augenmerk auf die unterschiedlichen Interessen, Rollen und Mandate der Beteiligten gelegt." In diesen "Multi-Akteurs-Initiativen" könnten Unternehmen wie Nestlé oder Coca-Cola sich öffentlichkeitswirksam gegen Krankheiten engagieren und gleichzeitig ihre eigenen Interessen vertreten. Haase wies auf die herausragende Stellung der Bill & Melinda Gates Foundation hin (Rabe Ralf Februar 2019, S. 21), eine Stiftung, die unter anderem die WHO, die Berliner Charité und auch Medien wie Spiegel Online und The Guardian mitfinanziere.

Die Macht globaler Konzerne

Anna Holzscheiter, Professorin an der TU Dresden und Leiterin einer Forschungsgruppe für globale Gesundheit am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), brachte es in ihrem Einführungsvortrag auf den Punkt: "Ich denke, wir sind uns alle einig darüber, dass gerade in der globalen Gesundheitspolitik, die Verflechtungen zwischen den großen privaten Stiftungen Gates, Wellcome Trust, Open Society Foundation und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Medien und der Wissenschaft so dicht geworden sind, dass man von einem unsichtbaren Netz von Abhängigkeiten und Dominanz sprechen kann."

Die privaten Akteure finanzieren nicht nur, sie setzen auch Themen und Begriffe. Ganz selbstverständlich geht es dann um Ökonomisierung und "Effizienz", Gesundheitsfragen werden entpolitisiert. Dies, so Anna Holzscheiter, "drückt sich auch aus im Vokabular des Ökosystems, das mittlerweile die Kuschelrhetorik von win-win und PPP ersetzt hat". Als "Not-for-profit-Akteure", die angeblich nicht auf Gewinnerwirtschaftung ausgerichtet sind, setzen diese Privaten ihre vermeintlich alternativlosen marktbasierten Lösungen durch - ohne demokratische Legitimation.

Die Kritik von Wolfgang Wodarg an der WHO ist keineswegs abwegig. Dass vor allem die Gates-Stiftung hier eine wesentliche Rolle spielt, bestätigt auch Christian Drosten, wenn er in seinem Podcast am 18. März berichtet, dass sein Institut Forschungsmittel von der Bill & Melinda Gates Foundation bekommt. Wodarg gehört dem Kuratorium des Thinktanks "Institut Solidarische Moderne" (ISM) an, in dem sich progressive Mitglieder von SPD, Grünen und Linkspartei zusammengefunden haben, die eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene anstreben. Auf der Website des ISM schreibt er: "Wir brauchen keinen Gesundheitsmarkt. der Seuchen erfindet und aus Krankheit Profit schlägt, keine privaten Militärfirmen, die von Konfliktherden leben. Öffentliche Daseinsvorsorge muss den Schutz vor Gewalt, Not, Krankheit, und Ausgrenzung so gut organisieren, dass mit Hilflosigkeit keine Geschäfte zu machen sind." Subsidiarität sei dabei ein wichtiges Prinzip.

Subsidiarität bedeutet, dass Entscheidungsbefugnisse auf der jeweils unmittelbarsten, untersten Ebene angesiedelt sind, beispielsweise in den Bezirken oder Kommunen. Höhere staatliche Ebenen sind nur berechtigt Entscheidungen zu treffen, wenn dies auf unteren Ebenen nicht möglich ist. Insofern ist Subsidiarität ein wesentliches Prinzip der basisdemokratischen Organisation des Zusammenlebens und das Gegenteil von obrigkeitsstaatlichem Zentralismus. Wodarg: "Subsidiarität lässt den Menschen ihre Würde. Sie global zu denken und zu wagen erscheint mir für nachhaltige soziale Gemeinschaften unverzichtbar."

Sind Ausgangssperren angemessen?

Wolfgang Wodarg scheint eine tragische Figur zu sein, jemand mit großen Verdiensten, der in der Corona-Krise mit einer vernünftigen politischen Haltung und berechtigter Skepsis kein Gehör findet. Der Virologe Hendrik Streeck, als Direktor des Instituts für Virologie an der Universität Bonn der Nachfolger von Christian Drosten, hat die Infizierten und Erkrankten im besonders betroffenen nordrheinwestfälischen Landkreis Heinsberg erforscht. Im Interview mit der FAZ am 16. März räumt er ein: "Der neue Erreger ist gar nicht so gefährlich." Die Todeszahlen in Deutschland würden zwar steigen "aber nicht um solch apokalyptisch hohe Zahlen, wie sie zum Teil in Umlauf sind." Er meint sogar: "Es könnte durchaus sein, dass wir im Jahr 2020 zusammengerechnet nicht mehr Todesfälle haben werden als in jedem anderen Jahr." Sagt er damit nicht das gleiche wie Wolfgang Wodarg? Am 21. März twittert Streeck: "Meine Einschätzung war und ist immer noch gleich. Es ist eine Gratwanderung: Man darf die Covid-19-Pandemie weder dramatisieren noch bagatellisieren."

Im Interview mit dem Magazin "Stern" warnt Streeck am 19. März: "Natürlich müssen wir aufpassen, dass wir Distanz wahren und so die Ausbreitung des Virus verlangsamen. Aber wir tun gerade alles, um unserem Immunsystem zu schaden: Wir gehen weniger an die Sonne, bewegen uns kaum noch, ernähren uns womöglich auch noch schlecht. Wir müssen den Leuten doch die Möglichkeit geben, sich fit zu halten, gesund zu bleiben und ihr Immunsystem zu stärken. Darum bin ich ganz entschieden gegen eine Ausgangssperre."



Sehr sinnvoll: Händewaschen

Foto: Luciano Teixeira/Pixabay

Skeptisch gegenüber Ausgangsperren hat sich auch der Präsident des Weltärztebundes und langjährige Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, am 18. März im Interview mit dem Bonner General-Anzeiger geäußert: "Wer so etwas verhängt, muss auch sagen, wann und wie er es wieder aufhebt. Da wir ja davon ausgehen müssen, dass uns das Virus noch lange begleiten wird, frage ich mich, wann wir zur Normalität zurückkehren? Man kann doch nicht Schulen und Kitas bis Jahresende geschlossen halten." In Italien habe das auch nichts

Meinungen, Maßnahmen und Perspektiven

Die Medien kennen kaum noch ein anderes Thema als Corona. Besonders die Zahlen ziehen fast magisch die Aufmerksamkeit auf sich, als seien darin Offenbarungen verborgen, Aussagen über das Leben und die Zukunft. "Der WHO zufolge ist der Verlauf bei 15 Prozent der Infizierten so schwer, dass eine zusätzliche Versorgung mit Sauerstoffnötig wird" meldete das ZDF am 7. März. Dies kann nur als verantwortungslose Panikmache bezeichnet



Abstand halten fällt einigen leicht, anderen sehr schwer.

Grafik: Gerd Altmann/Pixabay

genützt, es sei "eine politische Verzweiflungsmaßnahme, weil man mit Zwangsmaßnahmen meint, weiter zu kommen, als man mit der Erzeugung von Vernunft käme." Christian Drosten weist in seinem Podcast am 19. März darauf hin, dass Ausgangssperren nicht wissenschaftlich begründbar seien: "Sondern das ist eine politische Entscheidung, auch unter einem emotionalen Eindruck von einer sehr hohen Zahl von Verstorbenen. Und von einem so langsam in die Knie gehenden Versorgungssystem".

werden. Verlässliche Zahlen liegen nicht vor, bei der regelmäßig genannten Zahl der Infizierten handelt es sich nur um diejenigen, bei denen das Virus nachgewiesen wurde, denn es wird ja nicht flächendeckend getestet. Christian Drosten bezifferte unter Bezug auf die Studie aus Großbritannien diejenigen, die beatmet werden müssten, auf rund 1,3 Prozent der Infizierten – mit dem Hinweis, dass dies Schätzungen seien.

Einigkeit zeichnet sich ab in der Einschätzung, dass dieser Ausnahmezu-

stand noch sehr lange dauern wird. Es bleibt keine andere Wahl als die politisch verfügten Maßnahmen zu befolgen. Die Erkrankung mit Covid-19 verläuft meist leicht oder bricht gar nicht aus, aber zum Schutz von älteren und kranken Mitmenschen ist es sicherlich sinnvoll, Ansteckungen zu vermeiden. Jedoch ist es wichtig, die vielen Informationen kritisch zu hinterfragen, weder alles zu glauben noch Abweichendes vorschnell zu Fake News zu erklären. Das Bundesgesundheitsministerium twitterte am 14. März: "Achtung, Fake News: Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit/die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt nicht! Bitte helfen Sie mit, die Verbreitung zu stoppen." Wenige Tage später kamen die Einschränkungen.

Diese Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung gehen mit einer nie dagewesenen Abschaffung demokratischer Freiheiten einher – und werden von der Bevölkerung überwiegend gutgeheißen. "Wenn man es nicht besser wüsste, ließe sich das Procedere der letzten Tage wie das Drehbuch einer rechtspopulistischen Machtübernahme lesen", schrieb der Historiker René Schlott am 16. März in der Süddeutschen Zeitung.

Das gesellschaftliche Leben verlagert sich immer mehr in digitale Welten. So nachvollziehbar dies einerseits ist, so gefährlich ist es gleichzeitig. Noch mehr Daten als bisher können von globalen Konzernen gesammelt und ausgewertet werden. Die Digitalisierung der Bildung – von der Bertelsmann-Stiftung schon lange gefordert-bekommt einen Schub, der vermutlich nach Corona kaum mehr vollständig zurückgedreht werden kann. Die CO2-Emissionen werden durch das Herunterfahren von Flugverkehr und Industrieproduktion vorübergehend sinken, könnten durch die Zunahme des Energieverbrauchs beim Datentransfer aber auf lange Sicht steigen. Das Ausmaß der sozialen Spaltung innerhalb des Landes und die nationalistische Abschottung dringen erst nach und nach ins Bewusstsein.

Nach den Zeiten von Corona wird vermutlich vieles nicht mehr so sein wie vorher. Wie jede Krise wird auch diese dem Kapitalismus einen enormen Modernisierungsschub verpassen – wenn nicht deutlich gegengesteuert wird. Umso wichtiger ist es, die Meinungsfreiheit als Kernstück der Demokratie zu erhalten. Elisabeth Voß

Dieser Beitrag wurde am 21. März 2020 fertiggestellt.



Warten auf den Wandel

Mexikos Präsident versprach das Ende des Neoliberalismus. Doch seine Infrastrukturpolitik lässt daran zweifeln

ann die neoliberale Epoche per Dekret beendet werden? Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO genannt, scheint davon auszugehen. "Aus dem Nationalpalast erklären wir formell

das Ende der neoliberalen Politik", sagte der 66-Jährige vor gut einem Jahr bei der Vorstellung des Entwicklungsplans für seine sechsjährige Amtszeit. Vier Monate zuvor hatte López Obrador das Präsidentenamt angetreten, nachdem er im Juli 2018 die Wahlen mit der historischen Mehrheit von 53 Prozent der Stimmen für sich entscheiden konnte.

Bei den zwei vorausgegangenen Urnengängen 2006 und 2012 scheiterte AMLO noch aufgrund von Wahlmanipulation und Hetzkampagnen in den Medien. Doch angesichts der wirtschaftlichen Krise, der anhaltenden Gewalt und der grassierenden Korruption im Land fanden seine sozialdemokratischen Positionen im Jahr 2018 immer mehr Anklang bei der von ihrer politischen Klasse frustrierten Bevölkerung. Auch heute stehen die Mexikanerinnen und Mexikaner weiter hinter AMLO.

Großprojekte versprechen Wirtschaftsaufschwung

Doch während die Zugstimmungswerte zu dem von López Obrador versprochenen Wandel ungebrochen hoch sind, zeichnen sich auch klare Widersprüche im Regierungsprojekt von AMLO und seiner Partei "Bewegung Nationale Erneuerung" (Morena) ab, die das angekündigte Ende des Neoliberalismus als bloßes Lippenbekenntnis erscheinen lassen. Exemplarisch dafür stehen die von AMLO vertretene Entwicklungspolitik und seine damit verbundene Haltung zu den indigenen Gruppen.

Denn um das Versprechen vom wirtschaftlichen Aufschwung Wirklichkeit werden zu lassen, setzt die mexikanische Regierung in Allianz mit der Unternehmerelite vor allem auf Infrastruktur-Großprojekte, mit denen Randregionen des Landes in die nationale und internationale Wertschöpfungskette eingebunden werden sollen.

Besonders drei Projekte stechen heraus. Erstens die mehr als 1.500 Kilometer lange Zugstrecke "Tren Maya", die die verarmten südöstlichen Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo dem Massentourismus zugänglich machen soll. Zweitens der "Corredor Transístmico", eine Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik an der Meerenge

des Isthmus von Tehuantepec durch den Ausbau von Zugstrecken, Logistikzentren und Häfen, wodurch Mexiko zu einer Schaltstelle des internationalen Handels werden soll. Und drittens das "Proyecto Integral Morelos", das aus Morena und setzten auf die Einrichtung eines "Indigenen Regierungsrates", um die einzelnen indigenen Bewegungen auf dem gesamten Staatsgebiet besser zu vernetzen. Die alternative Kampagne der Sprecherin des Rates, María de



Protest gegen die "Projekte des Todes"

Foto: Daliri Oropeza, flickr.com/daliri/48905203852 (CC BY-NC-SA 2.0)

versorgen soll. Bereits unter den neoliberalen Vorgängerregierungen wurde immer wieder die Möglichkeit der wirtschaftlichen Erschließung des Südens diskutiert. Dass nun ausgerechnet ein sozialdemokratischer Präsident im Verbund mit nationalen und internationalen Großunternehmen an der ökonomischen Umstrukturierung ganzer Regionen arbeitet, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Gleichzeitig macht erst die Popularität des Präsidenten derartige Vorhaben möglich, denn große Teile der mexikanischen Linken stehen nach wie vor fest hinter AMLO.

Wärmekraftwerken und Erdgasanlagen

besteht und Zentralmexiko mit Energie

"Tren Maya" stößt auf wachsende Kritik

Doch während in der mexikanischen Verwaltung mit Hochtouren an der Realisierung der Megaprojekte gearbeitet wird, werden die Gegenstimmen immer lauter. Vor allem sind es die zapatistische Bewegung und die im Congreso Nacional Indígena (CNI) organisierten Indigenen Mexikos, die gegen den Tren Maya und andere von ihnen als "Projekte des Todes" bezeichneten Großprojekte der Regierung protestieren.

Schon während des Wahlkampfs stellten sich die Zapatisten und der CNI klar gegen AMLO und seine Partei Jesús Patricio Martínez, besser bekannt als Marichuy, brachte der antikapitalistisch-indigenen Bewegung in Mexiko erheblichen Aufwind, obwohl die nötigen Unterschriften für eine unabhängige Präsidentschaftskandidatur Marichuys bei Weitem nicht erreicht wurden.

Zwar darf nicht vergessen werden, dass der Einfluss der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) und des CNI bei aller Medienreichweite gesamtgesellschaftlich gering ist. Doch ihre Kritik trifft einen wunden Punkt und findet immer mehr Beachtung. Die Kernfragen lauten: Welches Entwicklungsmodell kann Mexiko aus der ökonomischen und sozialen Krise führen und damit auch eine Verbesserung der Sicherheitslage bringen? Wer entscheidet, ob und wie ein Entwicklungsprojekt realisiert wird? Und wer profitiert eigentlich am Ende?

Indigene Aktivisten bedroht

Im Laufe des vergangenen Jahres zeigte sich außerdem, dass die Regierung bei der Umsetzung der genannten Projekte nicht gerade zimperlich vorgeht. Während López Obrador im Wahlkampf noch versprochen hatte, Teile des umstrittenen Energievorhabens Proyecto Integral Morelos angesichts des Widerstandes der betroffenen indigenen Gemeinden auszusetzen, änderte er nach seinem Amtsantritt schnell seine Meinung. "Hört zu, ihr

Linksradikalen, ihr seid für mich nichts anderes als Konservative", sagte er im Februar 2019 bei einer Veranstaltung im Bundesstaat Morelos angesichts von Protesten. Einige Tage später wurde der bekannteste Aktivist gegen das

Energieprojekt, der 36-jährige Samir Flores, von Unbekannten vor seinem Haus erschossen. Der Mord an dem Delegierten des CNI ist nach wie vor nicht aufgeklärt.

Auch beim Tren Maya nimmt es die mexikanische Regierung mit gesetzlichen Standards nicht allzu genau. Bei einer Konsultation der betroffenen indigenen Gemeinden im vergangenen Dezember stimmten zwar 92 Prozent für den Bau des Touristenzuges, allerdings nahmen nicht einmal drei Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil. Zuvor hatte es massive Kritik an der Informationspolitik der Regierung gegeben, die in den Broschüren für die Konsultation nur positive Aspekte des Projekts betonte, die Gefahren und Risiken jedoch unerwähnt ließ. Zudem gab es in der Woche vor der Abstimmung Morddrohungen gegen den indigenen Aktivisten und

Tren-Maya-Kritiker Pedro Uc. Das UN-Menschenrechtsbüro in Mexiko äußerte Zweifel an der Einhaltung nationaler und internationaler Menschenrechtsstandards

Weiter-so-Politik provoziert Proteste

Angesichts der sich zuspitzenden Konflikte rund um die Megaprojekte ist absehbar, dass die Infrastrukturpolitik zu einem der Hauptprüfsteine der Regierungszeit López Obradors wird. Noch mag der Widerstand von EZLN und CNI als gering erscheinen, doch ist es nicht auszuschließen, dass sich um die indigenen Organisationen eine linke Opposition gegen AMLO etabliert, der sich auch andere Teile der gesellschaftlichen Linken anschließen und die auch andere Aspekte der Regierungspolitik angreift. Denn spätestens Ende des Jahres werden auch die Linken, die AMLO unterstützen, erste handfeste Ergebnisse der Regierung erwarten. Wenn es bis dahin bei dem neoliberalen Weiter-so bleibt, dürfte es auch in Mexiko wieder zu sozialen Protesten kommen, die sich gegen weit mehr richten als gegen die Infrastrukturpolitik.

Alexander Gorski

Weitere Informationen und Erstveröffentlichung: www.lateinamerika-nachrichten.de (Länder – Mexiko) 16 April / Mai 2020 AKTIONEN

"Zu Demos gehen reicht nicht"

Ende-Gelände-Aktivist Paul über zivilen Ungehorsam und seine Mitgliedschaft bei den Grünen

₹ nde November 2019 hat die Kli-◀ mabewegung "Ende Gelände" **d**den Kohleabbau im Lausitzer und Leipziger Braunkohlerevier blockiert, daneben gab es eine Massendemonstration. Mehrere Tausend Menschen begaben sich in weißen Maleranzügen in die Kohlegruben, um ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und gegen Braunkohleabbau zu setzen. Rosa Röhm traf sich für den Raben Ralf mit dem Ende-Gelände-Aktivisten und Grünen-Parteimitglied Paul, um herauszufinden, was es eigentlich bedeutet, zivilen Ungehorsam zu leisten. Weil Paul anonym bleiben will, wird hier nur sein Vorname genannt.

Paul, du hast an der Ende-Gelände-Aktion in der Lausitz teilgenommen. Worum ging es dort und was waren die wesentlichen Schritte von der Planung bis zur Durchführung?

Paul: Die Aktion Ende November richtete sich gegen Braunkohleanlagen in der Lausitz und gleichzeitig im Leipziger Land, also im mitteldeutschen Braunkohlerevier. Dabei wurde die Braunkohleinfrastruktur besetzt, das heißt: Tagebau, Fahrwege und Schienen. Das hat dazu geführt, dass Kraftwerke zum Beispiel runtergeregelt werden mussten und der Braunkohleabbau zeitweise nicht stattfinden konnte. Wir waren sehr erfolgreich und haben alle unsere Ziele erreicht.

Die Planung zu erläutern ist schwierig, denn Ende Gelände ist so organisiert, dass nicht jeder alles weiß. Ich war nicht so stark in die Planung involviert, habe eher so Sachen wie eine Bettenbörse mitorganisiert oder in meinem Freundeskreis ein bisschen Aufklärungsarbeit und Werbung für die Aktion gemacht.

Was ist eine Bettenbörse?

Bei dieser Aktion gab es kein zentrales Aktionscamp, sondern wir haben uns aufgeteilt, um verschiedene Braunkohleanlagen besetzen zu können. Gestartet sind wir dezentral von Leipzig, Berlin und Dresden mit Bussen und der Bahn. Diejenigen, die von außerhalb angereist sind, mussten deshalb in den Städten mit Schlafmöglichkeiten versorgt werden. Am Ende wurden die 40 privaten Betten, die wir organisiert hatten, gar nicht alle gebraucht, weil die Leute zum Beispiel in Turnhallen untergebracht werden konnten.

Was macht für dich den zivilen Ungehorsam als Form der politischen Aktion aus und wie unterscheidet er sich von anderen Klimaprotestformen?

Diese Form des zivilen Ungehorsams, der Teil der Ende-Gelände-Proteste ist, macht aus, dass wir einerseits ankündigen, dass wir bestimmte strafrechtliche Grenzen überschreiten werden – und das dann auch tun. Und dafür im Zweifelsfall auch Gerichtsverfahren in Kauf nehmen.

Gleichzeitig haben wir eine Strategie der massenhaften Identitätsverweigerung, um gerade Aktivistinnen und Aktivisten, die stärker von Repression dann auch schlechtes Wetter und andere Schwierigkeiten aushält.

Ende Gelände wird häufig vorgeworfen, dass es bei den Aktionen zur Gewalteskalation kommen könnte ...



30. November 2019: Ein "Finger" von Ende Gelände zieht in die Grube.

Foto: Georg Kurz, flickr.com/133937251@N05/49152356243 (CC BY-NC 2.0)

betroffen sind, zu schützen. Ich bin von Repressionsmaßnahmen wie zum Beispiel juristischer Verfolgung normalerweise nicht so stark betroffen, aber verhalte mich solidarisch mit den anderen und verweigere auch die AnIch war schon bei mehreren Aktionen dabei und habe sie jedes Mal als deeskalierend erlebt. Okay, wir bekommen Gewalt ab, wir durchbrechen auch Polizeiketten oder gehen dorthin, wo die Ordnungsbehörden uns nicht



Im Tagebau Vereinigtes Schleenhain südlich von Leipzig

Foto: Peter Tkáč, flickr.com/133937251@N05/49163827043 (CC BY-NC 2.0)

gabe meiner Identität bei der Aktion.

Das Besondere gegenüber anderen Klimaprotesten ist, dass man wirklich mit seinem Körper aktiv den Abbau von Kohle unterbindet, sich zwischen den Zug und das Braunkohlekraftwerk stellt, oder wohin auch immer – also nicht nur mit seiner Meinung, mit seinem Demoschild in Aktion tritt, sondern mit seiner ganzen Person. Und dafür

haben wollen. Sie wollen uns mit Gewalt fernhalten oder vertreiben. Aber von den Aktivisten und Aktivistinnen geht nie Gewalt aus. Selbst in den schlimmsten Situationen verhalten sich alle ruhig und besonnen und schlagen nicht zurück, treten nicht zurück, schützen sich allerhöchstens selbst. Und wenn sie festgenommen werden, dann wehren sie sich nicht und gehen mit der Polizei mit.

Das besagt ja auch der Aktionskonsens von Ende Gelände. Aber was würde passieren, wenn sich jemand trotzdem anders verhält?

Es wird an jeder Stelle klar kommuniziert: Von uns geht keine Gewalt aus, wir gehen in die Aktion und jeder, der mit uns geht, muss sich auch dem Aktionskonsens von Ende Gelände unterordnen. Würde eine Person als gewalttätig auffällig werden, würden – zumindest so, wie ich mir das vorstelle – alle Umstehenden die Person sofort zur Vernunft rufen. Ich kann das aber so nicht sagen, denn das ist noch nicht passiert.

Was hat dich persönlich dazu bewegt, an dieser Form des politischen Widerstandes teilzunehmen und nicht nur an Demos?

Also, ich gehe auch zu den Demos (lacht). Aber Ende Gelände ist in meiner Wahrnehmung die progressivste Klimabewegung, die es in Deutschland gibt. Dort werden sehr viele Fragen, die hinter dem Klimawandel stehen, ebenfalls angesprochen und mitverhandelt, und es ist für mich als relativ linke Person ein sehr guter Raum, dort tätig zu werden.

Der Klimawandel stellt eine so radikale Bedrohung für unsere Gesellschaft dar, dass wir als Zivilgesellschaft, als Aktivisten und Aktivistinnen auch radikaler werden müssen – offensichtlich – als nur zu einer Demo zu gehen. Wir haben gerade erlebt, dass Siemens, obwohl halb Australien abbrennt, trotzdem noch Bahnausrüstung für neue Kohlegruben verkauft und sich auch durch Demonstrationen, offene Briefe und all das nicht davon abbringen lässt. Die werden das nur unterlassen, wenn man sie aktiv daran hindert.

Und du siehst diese Verantwortung in der Zivilgesellschaft und setzt keine Hoffnungen in die Politik oder andere Kräfte, die eingreifen könnten?

Ganz offensichtlich hat der Druck auf die Politik, der ja in den letzten Jahren stark zugenommen hat, wenig bewirkt außer schönen Worten. In meiner Wahrnehmung bedeutet das, wir müssen die Kosten für das fossile System hochtreiben. Es stellt einen enormen Stressfaktor für Kohlekraftwerksbetreiber und Kohlegrubenbesitzer dar, dass da so ein paar tausend Leute mit Maleranzügen immer mal wieder bei ihnen vorbeischauen können. Sie müssen ihren ganzen Produktionsprozess anhalten, zusätzliche Sicherungsanlagen und Werkschutz bezahlen, das macht alles teurer. Irgendwann ist es nicht mehr rentabel.

Gleichzeitig ist so eine Aktion immer wieder ein starkes Zeichen in der Öffentlichkeit, die auch den Stellenwert hervorhebt, den für uns die Bekämpfung des Klimawandels hat. Und ich habe durchaus die Hoffnung, dass wir

irgendwann die Politik zum Handeln bringen – denn die Politik muss ja am Ende etwas tun.

Bei der Aktion gab es auch einen sogenannten "bunten Finger". Was war die Absicht dahinter? Haben sich die Erwartungen erfüllt?

Der bunte Finger war ein wunderbares Projekt. Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen haben sich mit erfahrenen Leuten zusammengetan, die schon öfter bei Aktionen waren, und haben gesagt: He, wir wollen anderen Leuten mit körperlichen Beeinträchtigungen die Möglichkeit geben, auch beim Klimaprotest mitzumachen. Das war sozusagen ein extrem cooles inklusives Projekt. Wenn ich vorhin gemeint habe, Ende Gelände sei die progressivste Klimabewegung, dann ist das ein Beispiel dafür.

Menschen zum Beispiel mit Rollstühlen konnten so auch an einer sehr radikalen Aktionsform teilnehmen und ein Gleis zum Kraftwerk Jänschwalde besetzen. Sie waren damit erfolgreich, hatten viel Medienpräsenz und keinen Polizeikontakt

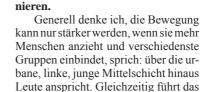
Du hast die Inklusion angesprochen – wie würdest du generell die Zusammensetzung der Gruppen bei der Lausitz-Aktion beschreiben? Mich interessiert vor allem, welche gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind und welche nicht?

Da sprichst du einen wunden Punkt an. Wir setzen uns bei Ende Gelände viel mit Rassismus, rassistischer Repression und Ähnlichem auseinander, gleichzeitig sind Leute mit Migrationshintergrund, "People of Color" und so weiter extrem unterrepräsentiert. Im Zweifelsfall können sich vor allem "weiße" Menschen aus der Mittelschicht diese Form des Protests überhaupt leisten und zutrauen - weil damit natürlich erhebliche juristische Gefahren und teilweise auch körperliche Gefahren verbunden sind. Ich kann mir auch vorstellen, dass Leute, die nicht als "weiß" gesehen werden, in unserer Gesellschaft ganz andere Kämpfe zu kämpfen haben. Es ist unsere Verantwortung, quasi auch stellvertretend für sie für das Klima zu streiten und ihnen gleichzeitig immer die Möglichkeit zu geben, sich uns anzuschließen, wenn sie es wollen.

Gibt es Personengruppen, die bewusst von der Aktion ausgeschlossen werden? Beispielsweise ein Ökobauer, der sich für Klimaschutz interessiert und gleichzeitig rechtsradikale Ansichten äußert.

Da gibt es glücklicherweise den Aktionskonsens von Ende Gelände, der ganz klar sagt: Wir verweigern uns jeder Vereinnahmung durch rechte, menschenfeindliche oder rassistische Ideologien. Sprich, wenn der Ökobauer ein Nazi ist, dann hat er bei uns nichts zu suchen. (lacht)

Wie steht die Ende-Gelände-Bewegung Menschen gegenüber, die den Klimawandel leugnen oder ignorieren? Wie versucht sie, diese Leute abzuholen? Oder wird das gar nicht versucht, weil da vielleicht zu wenig zu holen ist und die Kraft für etwas anderes gebündelt werden soll?



zum Beispiel durch Menschen, die

sich vielleicht nicht links positio-

Es gab jetzt zum Beispiel Berichte

natürlich auch zu Problemen, die man

aber lösen kann.



"Anti-Kohle-Kids" und "bunter Finger" sperrten in der Lausitz ein Gleis.

Foto: Leonhard Lenz

Wir sind zwischen den Aktionen sehr oft auf Infoveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, organisieren auch eigene Veranstaltungen. Im Vorfeld der Lausitz-Aktion gab es eine Diskussion an der TU Cottbus, dort waren auch Ende-Gelände-Vertreter mit auf dem Podium. Das ist für uns, glaube ich, der einzige Weg, auf dem wir Leute erreichen können, die Klimawandelskeptisch sind. Die werden dann mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gleich bei unseren Aktionen mitmachen, aber wenn wir sie dazu bringen, wenigstens anzuerkennen, dass es ein Problem gibt, haben wir schon viel erreicht.

Unsere Teilnehmer kommen dann auch eher über Fridays-for-Future-Demos oder ähnliche Aktivitäten zu uns. So gab es jetzt die Anti-Kohle-Kids als eine Gruppe, die an der Aktion in der Lausitz teilgenommen hat. Die waren bei Fridays for Future und haben gesagt: Das reicht uns nicht, wir müssen deutlicher in Aktion treten, zivilen Ungehorsam leisten – denn selbst mit 1,4 Millionen Menschen auf der Straße wie bei Fridays for Future bringen wir in diesem Land offensichtlich nichts voran.

Denkst du, mehr Vielfalt in der Bewegung könnte auch Probleme mit sich bringen? Oder würdest du dir wünschen, dass der Zulauf zu Ende Gelände deutlich breiter wird? Also von Freunden, die in der Lausitz in einer internationalen Gruppe waren. Da wurde vornehmlich Englisch gesprochen, aber gleichzeitig gab es auch Leute, die nicht so gut Englisch konnten. Das hat zu einigen Kommunikations- und Entscheidungsproblemen geführt. Wir schauen uns aber immer wieder an, was nicht so gut gelaufen ist, und finden fast immer gute Lösungen.

Du bist auch Parteimitglied bei den Grünen. Wie siehst du aus dieser Perspektive die Wirkkraft der Ende-Gelände-Aktionen auf die öffentliche Klimadebatte? Spielen solche Klimaaktionen den Grünen bei ihren parteipolitischen Forderungen in die Hände?

Natürlich sind die Grünen Teil der Politik und auf jeden Fall unsere Verbündeten. Oder, also ... (lacht)

... in deiner Wahrnehmung?

Ja, in meiner Wahrnehmung als Ende-Gelände-Aktivist sind die Grünen vielleicht noch ein bisschen zu lasch. Die lassen sich manchmal auf ein paar ungute Kompromisse ein. Als Grünen-Mitglied muss ich sagen, dass ich sehr glücklich bin, dass es Ende Gelände gibt. (lacht)

In dieser Doppelrolle bin ich halt die ganze Zeit – denn Ende Gelände schafft Diskursräume und gibt radikalere Ideen vor, die wir Grünen dann auch aufgreifen und in politische Handlungen übersetzen können. Und das ist wunderbar. Gleichzeitig schafft Ende Gelände Aufmerksamkeit für unser Herzensanliegen: die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt.

Hast du während der Lausitz-Aktion Spaltungen oder Polarisierungen innerhalb der Ende-Gelände-Bewegung wahrgenommen? Es gibt ja viele verschiedene Herangehensweisen im Umgang mit der Klimakrise – äußert sich das auch in den internen Diskussionen?

Nein, während einer Aktion findet so etwas extrem wenig statt. Davor gibt es genug Prozesse, um sich darüber klar zu werden, welche Ziele wir verfolgen, welche Ziele Untergruppen von uns verfolgen und welche Ziele an dieser Stelle außen vor gelassen werden.

Andererseits gab es in meiner Struktur, mit der ich in der Grube unterwegs war, eine Gruppe – wie nennt man das – Trotzkisten, glaube ich. Spannendes Völkchen. Da merkt man dann schon, dass man andere Prioritäten verfolgt, aber sich darauf einigen kann, dass der Klimawandel eines der wichtigsten Probleme ist, die wir zu lösen haben. Die Trotzkisten würden vielleicht erstmal den Kapitalismus abschaffen wollen, um dadurch den Klimawandel zu stoppen. Mir ist das Klima im Augenblick ein bisschen wichtiger als die Abschaffung des Kapitalismus.

Vielen Dank für das Gespräch!

Ich danke dir auch für das Interview.

Weitere Informationen: www.ende-gelaende.org (Lausitz 2019 – Aktionskonsens) www.eg-berlin.org

- Anzeige



Nachhaltig wirtschaften – aber wie?

Teil 2: Weniger Globalisierung und Wachstum durch Corona – eine Chance zum Umsteuern?

er erste Teil dieses Beitrags (Rabe Ralf Februar 2020, Seite 18) endete mit dem Vorschlag, das Ziel der Ökonomie im Nachhaltigkeitsdreieck durch "Demokratie" zu ersetzen. Nun ist Demokratie ein großes Wort, vielleicht einer der am meisten missbrauchten Begriffe unserer Zeit. Aber was bedeutet das in Zeiten von Corona, wo schnelles Entscheiden und Handeln gefragt ist? Aus aktuellem Anlass hat dieser Beitrag einen anderen Schwerpunkt als ursprünglich geplant.

Sachzwang und Zeitdruck können - im Großen wie im Kleinen - entdemokratisierend wirken. In der Krise sind Politikerinnen und Politiker gefragt, das "Richtige" zu entscheiden. Immerhin sind sie durch Wahlen legitimiert, trotz aller Unzulänglichkeiten der parlamentarischen Demokratie. Auf Corona war niemand vorbereitet. Und nun geschieht im Weltmaßstab etwas, das so schnell trotz Klimakatastrophe und Fridays for Future undenkbar war: Die Lufthansa halbiert ihr Flugangebot, Ryanair will um 30 Prozent reduzieren, der weltweite Flugverkehr wird drastisch eingeschränkt und die Börsenkurse der Airlines fallen.

Plötzlich sind schnelle Änderungen möglich - angesichts von Corona viel wirksamer als Verhaltensänderungen durch "Flugscham". Auch der Klimaschutz erfordert schnelles Handeln und es wäre problematisch darauf zu warten, dass sich kulturell verankerte Gewohnheiten und Verhaltensmuster langsam verändern. Es reicht nicht aus. von Einzelnen zu verlangen, zu verzichten und ihr privates Flugverhalten zu ändern. Wenn Gutwillige sich gegenseitig darin bestätigen, auf der richtigen Seite zu stehen, und dies stolz auf "Social"-Media-Kanälen vermarkten, kann zudem der Eindruck entstehen, es ginge mehr um konkurrente Selbstdarstellung als um Klimaschutz.

Mit sinkenden Preisen wurde das Fliegen für viele zugänglich, wurde praktisch demokratisiert und hat drastisch zugenommen, zumal Bahnfahren sehr teurer ist. Dass Kerosin nicht besteuert wird, ist eine fragwürdige



Logo für den "Global Degrowth Day" am 6. Juni, der nun umgeplant werden muss.

Grafik: degrowth.de/globalday

indirekte Subventionierung. Aber muss Fliegen deswegen teurer werden zum Schutz des Klimas? Rein marktwirtschaftliche Regulierungen haben immer eine unsoziale Komponente. Hinzu kommt, dass nicht einzusehen

ist, warum das Recht auf Schädigung der Umwelt käuflich sein sollte. Statt Ärmere vom Fliegen auszuschließen, gehören Flüge drastisch reduziert – so wie es nun aufgrund von Corona geschieht. Das gilt auch für Kreuzfahrten und den Tourismus insgesamt.

Zum Schutz des Klimas wurde über Schäden durch Fliegen und Tourismus bisher nur diskutiert und ein wenig Greenwashing betrieben. Wegen Corona geschieht nun wirklich etwas, auch in vielen anderen Bereichen – mit teils problematischen Folgen, etwa für die Demokratie. Nicht nur Fußballspiele, Messen und Großveranstaltungen werden abgesagt, sondern

Zusammenkünfte jeder Art, auch Kundgebungen und politische Demonstrationen. Gastronomische und kulturelle Betriebe müssen schließen, das soziale Leben wird heruntergefahren.

Das heilige Wirtschaftswachstum schrumpft

Corona führt zu einem Sinken des Wirtschaftswachstums. War zunächst noch von einem geringeren Anstieg des Bruttosozialprodukts als erwartet die Rede, ist nun immer häufiger der Begriff Rezession zu hören. Die Weltwirtschaft könnte schrumpfen, so wie zuletzt in der Finanzmarktkrise 2008 Bei diesen Aussichten fallen die Börsenkurse. Dabei verlieren die einen innerhalb kürzester Zeit ihr Vermögen, während andere mit der Spekulation auf den Kursverfall gewinnen, zum Beispiel mit sogenannten Leerverkäufen. Sie leihen sich Aktien mit fallendem Kurs gegen eine Gebühr und verkaufen sie zu einem noch akzeptablen Preis. Wenn der Kurs dann im Keller ist - was durch einen Verkauf im großen Stil beschleunigt werden kann – kaufen sie die Aktien billiger wieder ein und geben sie zurück. Solche Transaktionen finden automatisiert statt und können mit geringem finanziellem Einsatzhohe Gewinne bringen.

Dass eine Rücknahme des Wirtschaftswachstums (englisch "degrowth")notwendigist, vertreten Aktive der Klimagerechtigkeitsbewegung schon lange. Es sei allerdings die Frage, ob dieses Degrowth "by design or by disaster" stattfinde, ob es also sozial verträglich gestaltet werde oder mit desaströsen Zuständen einhergehe. Die

Krise in Griechenland ab 2014 gilt als Beispiel für "degrowth by disaster". Damals hatte die Europäische Union unter Federführung der deutschen Regierung dem Land ein zerstörerisches Sparprogramm auferlegt. Die Folgen

Ökologie

NACHHALTIGKEIT

Demokratie Ökonomie

Soziales

Die drei "Säulen" der Nachhaltigkeit

Grafik: Elisabeth Voß, Felix Erlbeck

spüren die Menschen bis heute.

Die Folgen von Corona zeigen sich hierzulande erst langsam, aber schon jetzt ist deutlich, dass vor allem diejenigen, die ohnehin schon am wenigsten haben, von den materiellen Auswirkungen am härtesten getroffen werden. Nicht nur Großbetriebe, sondern viele Klein- und Kleinstunternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe oder im Veranstaltungs- und Messebau verlieren Kundschaft und Aufträge, Soloselbstständige und freiberuflich Tätige werden arbeitslos. Arbeitsplätze werden abgebaut werden, auch wenn großzügiges Kurzarbeitsgeld angeboten wird. Die Berliner Tafel zur Lebensmittelversorgung für Bedürftige hat ihre Ausgabestellen teilweise geschlossen. Menschen in Sammelunterkünften für Geflüchtete werden von den Behörden nicht ausreichend informiert. . Spätestens wenn das Gesundheitssystem an seine Grenzen kommt und die Krankenhausbetten nicht mehr ausreichen. dann ist das Desaster da.

Angesichts des zu erwartenden sozialen Elends wäre es zynisch, darauf zu hoffen, dass Corona wenigstens der Umwelt nützt. In China ist die Luft wohl deutlich sauberer geworden, nachdem die Millionenstadt Wuhan, wo der Virus zuerst ausgebrochen war, unter Quarantäne gestellt, der Verkehr eingestellt und viele Produktionsstätten geschlossen wurden. Aber das ist ja kein Dauerzustand. Sobald die Corona-Krise überstanden ist, wird die Wirtschaft wieder angekurbelt. Das ist in China teilweise schon der Fall, und im Moment rechnen Wirtschaftsinstitute auch für Deutschland ab dem Herbst wieder mit wirtschaftlichem Aufschwung. Besonders betroffene kleine Unternehmen und Selbstständige werden so lange kaum durchhalten und vom Markt verschwinden.

In Krisenzeiten mag es angeraten scheinen, möglichst schnell wieder in gewohnte Bahnen zurückzufinden.

Aber es war ja auch vor Corona nicht alles gut, im Gegenteil. Nicht zuletzt dank Fridays for Future schien die Welt langsam zu begreifen, dass ein Weiter-so einem kollektiven Selbstmord gleichkäme. Diese ausbeuterische, auf Wachstum angelegte Wirtschaft hat keine Zukunft. Darum sollte jede Gelegenheit genutzt werden, deutlich umzusteuern.

Zeit zum Innehalten: Was tun?

Wirtschaft und Gesellschaft sind durch Corona erschüttert. Ist das soziale Leben weitgehend eingefroren, bleibt Zeit zum Innehalten, Nachdenken und Nachspüren. Könnte

nicht diese zunächst erzwungene Ruhe genutzt werden, um anschließend anders weiterzumachen? Was ist wirklich wichtig im Leben, worauf kommt es an? Welche Produkte und Leistungen sind notwendig – für die Bedürfnisse, nicht für Profite - und legitim im Sinne globaler Gerechtigkeit? Welche Schritte wären erforderlich, um nicht länger auf Kosten anderer zu leben? Wie könnte - statt wieder die gleichen Wachstumsautomatismen und klimaschädigenden Pfadabhängigkeiten aufzubauen - die notwendige Re-Strukturierung unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation erfolgen? Wie ließe sich ein "degrowth by design" einleiten als Prozess einer schrittweisen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mit sozial-ökologischen Zielsetzungen?

Die Grundlagen dafür müssten heute geschaffen werden. Beispielsweise indem die Politik nicht wieder den Fehler der Bankenkrise macht und große private Unternehmen bedingungslos unterstützt. Stattdessen dürfte öffentliches Geld zur Rettung von Unternehmen nur eingesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass damit auch öffentliche Miteigentums- oder zumindest Mitentscheidungsrechte gesichert werden. Denn es ist nicht einzusehen, warum die Privaten in wirtschaftlich guten Zeiten die Gewinne als private Profite einstreichen, aber in schlechten Zeiten die Verluste von der öffentlichen Hand ersetzt bekommen. Bedingungslos und vor allem schnell sollten prekär Beschäftigte und kleine Selbstständige und Betriebe unterstützt werden, damit sie nach der Wirtschaftskrise wieder auf die Beine kommen.

Statt besonders klimaschädigende Unternehmen wie Flug- und Kreuzfahrtgesellschaften oder Tourismuskonzerne mit öffentlicher Beteiligung zu demokratisieren, um vielleicht auf lange Sicht eine Konversion in andere, sozial-ökologischere Geschäftsfelder zu vollziehen, könnte stattdessen in manchen Branchen schon jetzt eine unternehmensübergreifende Konversion eingeleitet werden. Warum nicht, statt Arbeitsplätze bei der Lufthansa zu retten, das Unternehmen schrumpfen lassen und einen Großteil der Beschäftigten in Betriebe des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs übernehmen, mit begleitenden Qualifizierungen?

Lebensnotwendige Produktionsund Dienstleistungsbereiche könnten in öffentliche Hand und in öffentliche, demokratische Kontrolle überführt werden. Nicht als patriarchal-autoritär geführte Staatsbetriebe, die bei jedem politischen Richtungswechsel wieder von Privatisierung bedroht sind, sondern als weitgehend lokal wirtschaftende Betriebe "für alle". Wenn solche neuen öffentlichen Unternehmen sowohl nach innen als auch nach außen demokratisiert sind, wenn also sowohl die Beschäftigten als auch diejenigen, die ihre Leistungen nutzen, belastbare Mitentscheidungsrechte haben, dann sollten sie schon dadurch vor zukünftig drohenden Privatisierungen geschützt sein.

Corona hat unverhoffte Einschränkungen der Globalisierung und ein Bewusstsein für deren Risiken mit sich gebracht. Auch große Unternehmen denken nun über eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft nach. Das könnte ein guter Moment sein für den Aufbau weitgehend lokaler Wirtschaftskreisläufe, wodurch auch die sozialen Ungleichheiten zwischen den Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land schrittweise behoben werden könnten. Dem Verkehr kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ein Verbot von Inlandsflügen und die deutliche Einschränkung von Langstreckenflügen müssten verbunden werden mit einem weitgehenden Umstieg bei Personen- und Gütertransporten auf Schienen. Dafür wäre ein deutlicher Ausbau des Streckennetzes unter dem Gesichtspunkt der Versorgung, nicht der Profitabilität, notwendig.

All diese Maßnahmen kostet sehr viel Geld. Umso wichtiger ist es, dieses Geld gezielt und entsprechend den Interessen breiter Schichten der Bevölkerung einzusetzen, statt ohnehin Privilegierte und Mächtige zu fördern. Geld ist genug vorhanden, nur leider oft in falschen Händen. Corona könnte auch ein Anlass sein, gerechtere Besteuerungsregeln einzuführen und beispielsweise auf Profite aus Kursabstürzen an den Börsen empfindliche Steuern zu erheben.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich durch Corona weiter öffnen. Die Politik diskutiert Hilfestellungen wie eine vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer oder ein sogenanntes Helikoptergeld als einmalige finanzielle Unterstützung. Es ist bezeichnend, dass diese Instrumente nicht etwa mit sozialem Ausgleich, sondern mit der Verbesserung der Kaufkraft im Sinne einer

Netzwerke und Bündnisse wie "Stay Grounded" oder "Ende Gelände" und Bewegungen wie "Fridays for Future" legitimieren sich durch ihr fachlich kompetentes und sozial verantwortliches Handeln selbst und treten für die Interessen der Vielen ein. Vielleicht vergleichbar mit den Forderungen nach Demokratie seit 2011 bei den Platzbesetzungen in den



Am Boden bleiben und Nachtzüge erhalten, fordert das Netzwerk "Stay Grounded".

Foto: Stay Grounded

Stützung von Unternehmen begründet werden. Wäre es nicht Zeit, nun endlich das entwürdigende Hartz-IV-System mit seinen Sanktionen abzuschaffen und durch eine gerechte Grundsicherung oder gar ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ersetzen?

Ein gutes Leben für alle, wirklich für alle!

All dies könnten Schritte in die Richtung sein, die beispielsweise das globale Netzwerk "Stay Grounded" ("Am Boden bleiben") anstrebt. Es setzt im Kampf gegen den zerstörerischen Flugverkehr nicht auf moralische Appelle, sondern auf strukturelle Veränderungen. Die vermeintliche Lösung, sich für jede Flugreise mit Kompensationszahlungen freizukaufen, lehnt das Netzwerk als Greenwashing ab: "Die Kompensation ist ein moderner Ablasshandel: Sie ist wirkungslos, führt zu Landnahme im globalen Süden und löst das Problem nicht." In einem Positionspapier fordert Stay Grounded eine "Wirtschaft der kurzen Wege"und einen "gerechten Übergang" ("Just Transition") zu einem "Ende der Abhängigkeit von den umwelt- und klimaschädlichsten Transportarten". Unterzeichnet haben aus Deutschland unter anderem die Umweltverbände BUND und der Dachverband DNR sowie das globalisierungskritische Netzwerk Attac.

arabischen Ländern, in Spanien oder Griechenland sowie in der weltweiten Occupy-Bewegung. Lautstarke Proteste sind wegen Corona zurzeit auf den Straßen weniger deutlich wahrnehmbar. Ob verstärkte digitale Aufrufe und Petitionen wirklich etwas bewirken können, sei dahingestellt. Was jedoch in Zeiten von Corona dringend nottut, sind wirtschaftliche Alternativen, die im Sinne einer echten Nachhaltigkeit sozial-ökologisch wirksam sind und demokratisch gestaltet werden. Dafür

gibt es in den sozialen Bewegungen seit Jahrzehnten Ideen und Konzepte sowie eine Reihe praktischer Ansätze.

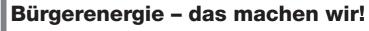
Es geht nicht darum, die Wirtschaft zu retten, sondern es geht um Menschen. Um ein gutes Leben für alle, um würdige Arbeit ohne Ausbeutung, um das Recht auf Wohnen und – ganz aktuell – um eine Gesundheitsversorgung für alle. Die nächste Krise kommt bestimmt, umso wichtiger sind tragfähige Strukturen, die verhindern, dass sich doch wieder die Interessen der Stärkeren und wirtschaftlich Mächtigen durchsetzen.

Es wäre jedoch fatal, wenn dabei diejenigen in Vergessenheit gerieten, für die es zunächst schlicht ums Überleben geht. Von Corona in besonderem Maße bedroht sind die Schutzsuchenden an den europäischen Außengrenzen. Auf Lesbos und anderen griechischen Inseln müssen 42.000 Gestrandete unter unmenschlichen Bedingungen ausharren. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen fordert "angesichts der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus Covid-19 die umgehende Evakuierung der EU-Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln". Prominente aus aller Welt rufen – unabhängig von Corona – dazu auf, "dass allen Personen, die sich an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei, also an unserer gemeinsamen Außengrenze als EU, in Not befinden, ein vorläufiger Schutz-Status eingeräumt wird. Das gilt ebenso für die Menschen, welche unter ganz unbeschreiblichen Bedingungen in Lagern auf den Ägäis-Inseln festgehalten werden."

Menschenrechte sind unteilbar, doch sie werden durch eine wachstumsgetriebene, profitorientierte Wirtschaft permanent gebrochen. Überlegungen zu einer nachhaltigen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft folgen im nächsten Raben Ralf.

. Elisabeth Voβ

Anzeige



Die EWS sind nach dem Super-Gau von Tschernobyl aus einer Bürgerinitiative entstanden. Heute versorgen wir bundesweit mehr als 155.000 Haushalte mit Ökostrom und Biogas und bringen die Energiewende aktiv voran: Zum Beispiel mit über 2.575 Rebellenkraftwerken, politischen Kampagnen und Energiespartipps.

Machen Sie mit! Sebastian Sladek, Vorstand der Netzkauf EWS eG



Ökosozialer Lebensraum

Die Wagenburg Osnabrück, ein alternatives Gemeinschaftsprojekt und Biotop, ist bedroht

uf das im Stadtgebiet von Osnabrück gelegene Projekt "WabOS" wurde ich zufällig aufmerksam. Seit einiger Zeit ist die "Wagenburg Osnabrück" – wie auch angrenzende Grundstücke – gefährdet, weil auch die südniedersächsische 165.000-Einwohner-Stadt händeringend Grundstücke für den Wohnungsbau sucht.

Das Projekt besteht seit über 20 Jahren auf einer 7.000 Quadratmeter großen, von der Stadt gepachteten Fläche am westlichen Stadtrand und wird zurzeit von zehn Mitgliedern verschiedener Altersstufen bewohnt, die sich hier wohl und verwurzelt fühlen – einige leben schon seit 16 Jahren hier. Gewohnt wird in kreativ gestalteten und selbst ausgebauten Bauwagen, die über den Platz verteilt sind. Das verwendete Baumaterial entspricht

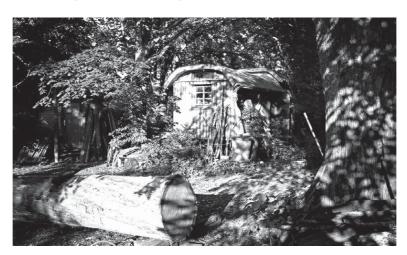


Hier lässt es sich gut leben: Bewohner vor einem der selbst ausgebauten Bauwagen

meist ökologischen Kriterien und ist zum Teil recycelt. Oft kommt Besuch von Bekannten und Interessierten, so dass die Idee des gemeinschaftlichen und ökologischen Lebens auch anderen Menschen nahegebracht werden kann.

Habitate, die es in Stadtgärten kaum noch gibt

Das Projekt ist organisiert in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Auf dem Gelände gibt es eine Komposttoilette und einen Kompostplatz. Für die Ofenheizungen in den Bauwagen dürfen keine Kohle-Briketts eingesetzt werden. Es gibt gische Vielfalt an Pflanzen und auch Tieren ist sehr groß. Die Eingriffe in die Natur sind so gering wie möglich gehalten. So konnten im Laufe der Zeit diverse Habitate entstehen, die in gängigen Stadtgärten wenig bis gar nicht vorhanden sind. Die hier Wohnenden sind davon überzeugt, dass sich ihr Wagenplatz hervorragend in das Gelände einfügt, ohne die vorhandenen Biotope zu gefährden. Der fortschreitenden Vernichtung ökologischer Nischen und der allgemeinen Umweltzerstörung setzen sie neue Ideen entgegen. So wäre beim Weiterbestehen des Projekts auch gewährleistet, dass der "Grüne Finger" erhalten bleibt.



Ein Ort des Rückzugs – auch das sollte es in einer Stadt geben.

Fotos: Benne Ochs

Wegen des großen Bedarfs: Wieder erhältlich!

RABE-RALF-Serien

Klassiker aus den 1990ern

Wir können auch ganz anders Grundsätzliche Alternativen

Leben in Gemeinschaft Ideen und Praxis (2 Diplomarbeiten)

Politik mit dem Einkaufskorb Lob und Kritik des fairen Handels

Wir sehnen uns nach dem, was wir zerstört haben Wurzeln der Naturzerstörung

"Hier steht jeder auf zwei Beinen"

Gärten und Kleinlandwirtschaft in Osteuropa

Wachstum und Nachhaltigkeit lst "nachhaltiges Wachstum" möglich?

Die Öko-Falle

Warum grüner Kapitalismus nicht funktioniert

Das Leben ist unökonomisch Subsistenz – Abschied vom ökonomischen Kalkül

Direkt im Internet lesen! www.grueneliga-berlin.de/ rabenserien

Gegen Einsendung von 2 Euro + Spende in Briefmarken an die Redaktion schicken wir auch Kopien. keinen Strom- oder Telefonanschluss. Der elektrische Strom wird mit Solarmodulen selbst hergestellt, bei Veranstaltungen wird ein Generator angeworfen, ebenso zum Einsatz von Werkzeugmaschinen. Regenwasser wird aufgefangen und selbst genutzt, Trinkwasser in Kanistern von außen geholt.

Das Gelände ist abwechslungsreich und mit Büschen und sehr großen, alten Bäumen bewachsen. Die bioloEs geht hier aber auch um ein anderes Zusammenleben, ohne soziale Isolation und Vereinzelung, wie sie in der heutigen Gesellschaft – auch aufgrund der Wohnverhältnisse – um sich greift. Veranstaltungen werden gemeinsam organisiert, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen – jede Stimme zählt. Außerdem sollen neue Wohn- und Lebensformen ausprobiert werden. Die Wagenburg wird als Freiraum verstanden, als Ort der

Selbstverwaltung und -entfaltung. Es wird auch Raum geboten für diverse Workshops und Kleinkunst. Mit anderen Wagenburgen und Wohnprojekten besteht ein reger Austausch, auch über Grenzen hinweg.

Ein Wagenplatz ist deshalb ein nicht wegzudenkender Stein im bunten Mosaik einer vielseitigen Stadt.

Kommerzialisierung lässt Städte ästhetisch verarmen

Die Bewohnerinnen und Bewohner sehen die aktuelle Bedrohung nicht als isolierten Einzelfall, sondern als Teil des Trends zur Gentrifizierung der Städte, wie sie auf der ganzen Welt um sich greift. Gentrifizierung ist nicht gleichzusetzen mit Modernisierung, sondern mit einer weitgehenden Kommerzialisierung des Lebensraums Stadt. Das führt leider auch zu einer ästhetischen Verarmung der Städte.

Verwaltung und Politik der Stadt Osnabrück hatten die Projektfläche als mögliches Wohnbauland ausgewählt. Aufgrund der guten Öffentlichkeitsarbeit des Projekts sind inzwischen Grüne, Linke und Piraten sowie die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) für den Erhalt der Wagenburg. SPD und CDU setzen sich bislang leider für eine Bebauung ein und die FDP ist für eine Verkleinerung der Fläche. Vor dem Hintergrund, dass ein Bebauungsplan und ein Gutachten für die Gesamtfläche in Arbeit sind, herrscht zurzeit Funkstille. In der Wagenburg hoffen alle, dass ihr schönes Projekt weiterbestehen kann.

Leider ist auch von einer Umsiedlung des Projekts durch die Stadt die Rede. Dabei werden wenig attraktive "Alternativflächen" angeboten, sodass nur von Verdrängung gesprochen werden kann. Die Stadt sollte sich eines Besseren besinnen und dafür sorgen, dass dieses interessante ökosoziale Projekt erhalten bleibt und im besten Fall sogar gefördert wird.

Rolf Brinkmann, ecovillage e.V.

Weitere Informationen: www.wabos.org Tel. 01573-0645511

- Anzeige



Beim Kesselberg brennt's

Das Ökologische Kulturzentrum Kesselberg vor den Toren Berlins braucht Hilfe

chon seit 2003 wird der Kesselberg bei Neu Zittau von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Lebensweisen und Weltansichten belebt, die sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben. Das Kulturzentrum Kesselberg ist ein ökologischer und kreativer Raum für Kinder und Erwachsene. Selbstbestimmt und eigenständig kann sich jeder die Freiheit nehmen, die er braucht, um seine Ideen in die Realität umzusetzen. Um einen guten Rahmen für ein Projekt mit solch offenen Strukturen zu bewahren, braucht es viel Toleranz. Umso wichtiger ist es aber auch, als Gruppe und Verein zusammenarbeiten zu können.

Ein Verein mit Vielfalt

Dass die Menschen vom Kesselberg genau dazu in der Lage sind, zeigt der Erfolg unzähliger Projekte. In den Kreativräumen, zu denen die Fahrrad-, Holz-, Metall- und Nähwerkstätten gehören, wird fleißig gebastelt, und heraus kommen beispielsweise die liebevoll gestalteten Bauwägen, Lehmbauten oder Metallskulpturen, restaurierte Autos und vieles mehr.

Zusätzlich verfügt der Verein über ein mobiles Sägewerk und eine Kleiderkammer. Doch auf dem Kesselberg kann man sich nicht nur im Handwerk austoben: Erholung kommt auch nicht zu kurz. Um einen Ausgleich zu bieten, stehen Yoga- und Meditationsraum, Sauna, Bibliothek, Dancehall und bald eine Skatehalle zur Verfügung. Es ist also an alles gedacht, um eine Wohlfühlatmosphäre und einen Ort für Begegnung zu schaffen.

Nachhaltigkeit spielt auf dem Gelände eine große Rolle. Seit einiger Zeit wird an einer Photovoltaik-Anlage



Der ausgebrannte Dachstuhl

Foto: Kai Simon, Ökologisches Kulturzentrum Kesselberg

gearbeitet. Auch die Wiederinstandsetzung der Solarthermieanlage und der beiden Windmühlen ist geplant.

Das Herzstück der Vereinsarbeit ist jedoch die Pflege des Waldes am Kesselberg. Der Kiefernforst soll wieder zum Mischwald werden. Jedes Jahr werden Bäume und Büsche gepflanzt und an den Rändern Benjeshecken angelegt und erweitert. Bis jetzt wurden mehr als 90 verschiedene Arten angepflanzt. Lichtungen verwandeln sich Stück für Stück in Waldgärten. Außerdem wird Terra preta, ein fruchtbarer Gartenboden, hergestellt.

Für das Gelände wurde ein umweltfreundlicher Kreislauf entwickelt: Das eigene Brunnenwasser wird nach Gebrauch in einer ganz speziellen Pflanzenkläranlage gereinigt, bevor es wieder in die Erde versickert, Komposttoiletten tragen zum Humusaufbau für den in der Region verbreiteten extrem nährstoffarmen Sandboden bei. Der Wunsch nach einer hohen Artenvielfalt motiviert die Menschen vom Kesselberg zu all der Arbeit. Der jährliche Zuwachs von Insekten und Vögeln ist der Dank dafür.

Hilferuf

In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember 2019 brannte der Dachstuhl des Hauptgebäudes auf dem Kesselberg vollständig ab – übrig geblieben ist nur Schutt, Asche und Arbeit. Dank der Freiwilligen Feuerwehr breitete sich der Brand glücklicherweise nicht weiter aus und sowohl Menschen als auch Tiere blieben unverletzt.

Nachdem der Schock überwunden ist, geht es jetzt darum, das Gebäude wieder instand zu setzen. Zudem müssen die Vereinsmitglieder die gesamte Gebäudestruktur überprüfen und gegebenenfalls modernisieren. Bis zum Brand war der Kesselberg autark und jede finanzielle Hürde wurde privat gemeistert. Doch die Herausforderungen, die jetzt auf den Verein zukommen, übersteigen seine eigenen Kapazitäten sowohl in fachlicher als auch finanzieller Hinsicht. Deswegen rufen die Kesselbergleute zur Hilfe auf:

"In erster Linie brauchen wir Geld. Aber auch Fachkenntnisse sind gefragt, sowohl für den Wiederaufbau unseres Hauptgebäudes und die Löschbrunnensanierung als auch für die parallel anstehenden Arbeiten an den anderen Gebäuden. Momentan benötigen wir fachliche Unterstützung in den Bereichen Brunnensanierung, Gebäudestatik und Heizsysteminstallation. Falls etwas davon euer Fachgebiet ist und ihr Kapazitäten habt, nehmt gerne Kontakt zu uns auf. Auch Materialspenden sind uns willkommen - da sich der Bedarf hier aber immer wieder ändert, freuen wir uns auch hier über eine Mail vorab." Rebecca Lange

> Weitere Informationen: www.kesselberg.info Tel. 03362 / 887303

> > Anzeige

graswurzel revolution

GWR 446+447 März



Schwerpunkt: Klimakämpfe

Probeexemplar kostenlos: www.graswurzel.net

LESERINNENBRIEFE LESERBRIEFE

Die Vermessenheit des kurzfristigen Denkens

Zum geplanten Tesla-Autowerk in Grünheide bei Erkner

Wie intelligent die Strategie der Grünen Liga Brandenburg in Bezug auf die neue Autofabrik in Grünheide war, wird sicher auch für Debatten im Umweltverband sorgen. Nichtsdestotrotz verlieren wir in Deutschland jeden Tag einen weiteren Quadratkilometer Naturfläche für neue Infrastruktur. Die Bäume in Grünheide kann man sicher durch höherwertigen Mischwald ersetzen, nur die Fläche eben nicht.

Mit Blick auf den globalen Flächen- und Ressourcenverbrauch bei starkem Bevölkerungszuwachs meint der Naturschutzprofessor Matthias Glaubrecht in seinem Buch "Das Ende der Evolution", dass die Selbstverständlichkeit, mit der wir die gewebten Netze der Biosphäre zerstören, in ein sechstes Massenaussterben führt, selbst wenn man die



Trauerseeeschwalbe

Foto: Ómar Runólfsson, commons.wikimedia.org/ ?curid=15516777

kommende Klimakatastrophe als radikalen Beschleunigungsfaktor außen vor lassen würde. Wir werden unsere Verkehrs- und Klimaprobleme ganz sicher nicht mit überdimensionierten Tesla-Elektroautos lösen können, deren große "ökologische Rucksäcke" ausgeblendet bleiben.

Schaut man nur fünf Kilometer westlich von Grünheide, kann man die vom Aussterben bedrohte Trauerseeschwalbe finden, ich habe sie im Sommer erstmals selbst beobachtet. Dummerweise quartiert sie direkt unter dem zukünftigen östlichen Landeanflug für die südliche Schönefelder Landebahn, wo die Flieger dann im Minutentakt mit 80 Dezibel ein Natur- und Vogelschutzgebiet durchschneiden. Diese staatlich organisierte Umweltkriminalität in Berlin gehörte in der Tat an den Pranger gestellt! Da wünschte man sich aktivere Umweltverbände.

Marko Ferst, Gosen

Kritisch und selbstkritisch

Bei einer Studie über Jugend und Umwelt konnten Jugendliche selbst mitreden

mwelt und Klima: Wohin wollen wir?" Unter diesem Titel wurden auf einem Forum Ende Januar in Berlin die Ergebnisse der Studie "Jugend? Zukunft fragen!" vorgestellt. Die etwa 60 jugendlichen Teilnehmer diskutierten über ihre daraus entwickelten Forderungen mit der Bundesumweltministerin und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes.

Die Studie wurde von Sommer 2017 bis Dezember 2019 vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag des Umweltministeriums zum zweiten Mal durchgeführt und ist als Erweiterung zur zweijährigen,,Umweltbewusstseinsstudie" des Ministeriums gedacht. Die Besonderheit der IÖW-Studie ist der eigens eingerichtete Jugendprojektbeirat, dem ich als einer von zehn Jugendlichen angehöre. Wir haben die Studie während ihrer gesamten Laufzeit begleitet und dabei immer wieder zusammen mit dem Forschungsteam am IÖW recherchiert, diskutiert und Ergebnisse kommentiert.

Kein Abschieben der Verantwortung

Hauptbestandteil der Studie war eine Erhebung mit rund tausend repräsentativ ausgewählten Jugendlichen. Auf die Frage, welche der aktuellen Probleme sie am meisten beschäftigten, nannten 78 Prozent der Befragten den Umwelt- und Klimaschutz als "sehr wichtig" oder "eher wichtig". Damit rangiert der Umweltschutz auf Platz drei der wichtigsten politischen Themen,



hinter dem Zustand des Bildungssystems (80 Prozent) und der sozialen Gerechtigkeit (81 Prozent).

Interessant war auch das folgende Ergebnis: 61 Prozent der Befragten gaben an, dass "jede und jeder Einzelne" einen wichtigen Beitrag für Umweltund Klimaschutz leisten könnten. Erst danach folgte die Industrie (50 Prozent) und die Bundesregierung (48 Prozent) sowie Umweltverbände und weitere Akteure. Allerdings stellten die Befragten genau diesen drei wichtigsten Akteuren ein sehr schlechtes Zeugnis in ihren Taten aus. Nur 15 Prozent fanden, die Industrie tue "genug" oder "eher genug" für den Umwelt- und Klimaschutz, von der Bundesregierung sagten das 22 Prozent und dass "jede und jeder Einzelne" genug oder eher genug tue, fanden nur 21 Prozent. Dass Jugendliche die Verantwortung nur Politik und Wirtschaft zuschreiben, lässt sich nicht bestätigen, ganz im Gegenteil. Gleichzeitig wird

selbstkritisch erkannt, dass nicht nur diese beiden Akteure, sondern eben auch jede und jeder für sich bisher nicht genug getan hat.

Politische Forderungen

Anfang Februar haben wir mit zusätzlich eingeladenen Jugendlichen bei einem Treffen in Heidelberg Forderungen an die Politik formuliert. Dabei orientierten wir uns sowohl an den bisherigen Ergebnissen der Studie als auch an weiteren Forderungen, zum Beispiel denen von Fridays for Future. Am folgenden Tag stellten wir diese Forderungen auf einer Jugendklimakonferenz in

auf einer Jugendklimakonferenz in Heidelberg vor und sammelten Rückmeldungen von den Teilnehmern, die wir in die Forderungen einfließen ließen. Die Ergebnisse sind in einer Broschüre zusammengefasst.

Die Arbeit im Jugendprojektbeirat war spannend und hat mir großen Spaß gemacht. Ich habe viel gelernt, konnte aber auch viel bewegen. Das Forschungsteam hat immer wieder Rücksprache mit dem Jugendprojektbeirat gehalten und uns in den Entscheidungsprozess eingebunden, sodass wir die Studie nicht nur begleiten, sondern auch mitgestalten konnten.

Nils König

Broschüre mit Ergebnissen der Studie und Forderungen des Jugendbeirats kostenlos herunterladen oder bestellen: www.bmu.de/pu581 Kontakt:

E-Mail: nils.koenig01@hotmail.de

Forderungen

Unter anderem fordert der Jugendbeirat:

Wirtschaft, Soziales, Bildung

- gemeinwohl- statt wachstumsorientierte Wirtschaft
- soziale Grundsicherung für alle
- Finanztransaktionssteuer für Umwelt- und Klimaschutz
- breite Vermittlung von Sachwissen zu den tatsächlichen Auswirkungen des menschlichen Handelns auf die Umwelt
- dauerhafte politische Beteiligung etwa durch repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene

Klima, Energie

- Deutschland soll 2035 klimaneutral sein
- hoher CO₂-Preis mit Pro-Kopf-Rückzahlung
- zügige Energiewende zu 100 Prozent Erneuerbaren
- sozial gerechter Kohleausstieg bis 2030
- Gesamt-Energieverbrauch konsequent senken

Verkehr

- Ausbau des Radverkehrs und des ÖPNV, der kostenlos sein soll
- Autofahren in Städten und Inlandsflüge unattraktiv machen
- umweltfreundliche Mobilität für Menschen auf dem Land

Ernährung

- nur noch ökologische Landwirtschaft subventionieren
- Massentierhaltung abschaffen
- Pestizideinsatz und Überdüngung langfristig stoppen
- Lebensmittelverschwendung beenden
- gesundes, öko-faires Essen muss bezahlbar sein

Unsere gemeinsame Zukunft

Selbstorganisierte internationale Jugendkonferenz bewertet Pläne Europas und Afrikas

berall auf der Welt erheben die Jugendlichen ihre Stimme. Auf Straßen, Schulhöfen und in Parlamenten fordert eine neue Generation ihr Recht auf eine klimafreundliche, nachhaltige und lebenswerte Welt ein.

Die Konferenz "Unsere gemeinsame Zukunft" brachte deshalb im vergangenen Dezember 142 junge Visionäre aus 22 Ländern und fünf Kontinenten in Köln zusammen, um sich über ihre Vorstellungen von nachhaltiger Entwicklung auszutauschen. Es ging darum, die Nachhaltigkeitsziele

der Vereinten Nationen für 2030 und die der Afrikanischen Union für 2063 zu bewerten und zu hinterfragen. Im



Einige der Beteiligten, vorn links der Autor

Foto: Carolline Nakabugo

Mittelpunkt standen sowohl der nachhaltige Konsum auf der individuellen Ebene als auch ein umfassender Blick darauf, wie soziale Innovationen Gesellschaften im Sinne der Nachhaltigkeitsziele verändern können.

Zeit zum Handeln

Das Programm der Konferenz wurde von jungen Menschen aus Benin, Burkina Faso, Deutschland, Kamerun, Malawi und Südafrika organisiert, die alle Themen und Veranstaltungsformate selbst festlegten.

Klar wurde: Angesichts der vielen drängenden Probleme braucht es neue Formen der Kooperation. Die Teilnehmer diskutierten

alternative Ansätze, wie die Debatten über die UN-Ziele gestaltet werden können. Sie erfuhren, wie sie sich für die Nachhaltigkeitsziele der Afrikanischen Union engagieren können, die einen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Wandel auf dem Kontinent ermöglichen sollen, tauschten sich über ihre Projekte aus und planten gemeinsame Aktionen – von lokal bis global.

Ezenge Robincrusoe Angeli

Weitere Informationen: www.countdown2030.net

Die Konferenz wurde durch das Bundesentwicklungsministerium, das Land Berlin und mehrere Stiftungen gefördert.

Nachdenken, Überdenken, Umdenken

"Die volle und die leere Welt" gibt eine Chance zum Perspektivwechsel

ie beiden Sachbücher von Fabian Scheidler fanden in den letzten Jahren begeisterte Anhänger: "Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation" und "Chaos. Das neue Zeitalter der Revolutionen". Nun erschien im vergangenen Oktober der Essayband "Die volle und leere Welt".

In diesem Buch des studierten Historikers und langjährigen Grips-Theater-Dramaturgen dreht sich alles um die heutige Gesellschaft und darum, worauf dieses soziale System gestützt ist, wie es funktioniert und wie der Mensch als sein Hauptbestandteil handelt und fühlt. Vierzehn "Foto-Synthesen" begleiten den Inhalt.

Leben als "Nicht-Sterben"

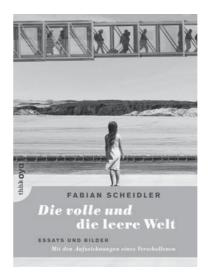
Das Buch ist in zehn Sinnabschnitte unterteilt, die aufeinander aufbauen und teilweise in starker Abhängigkeit zueinander stehen. Scheidler beleuchtet den Kulturbegriff im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Natur. In bildhafter Sprache macht er deutlich, wie unsere Vorfahren eine Kultur entwickelten. Die Natur als eigenständiges Wesen spielte dabei eine tragende Rolle, aber auch Erfahrungen, Bräuche und Traditionen, die sich von Generation zu Generation zur Kultur

einer Gemeinschaft entwickelten. Indem die Menschen Zusammenhänge mit sich und der Natur bildeten, entstanden sowohl eine Abhängigkeit als auch ein Miteinander. So wurden bestimmte Orte, Ereignisse, Tänze, Gegenstände und vieles andere mit Bedeutung aufgeladen.

Scheidler macht im Folgenden deutlich, welche Entwicklung von diesem Zustand zum heutigen Zustand stattgefunden hat.

Nicht nur das heutige Zusammenleben mit der Natur und mit Kulturgütern wird kritisiert, sondern auch die Gesellschaft, in die sich alle Menschen einfügen. Scheidler begreift unser heutiges Leben nicht als Leben, sondern als "Nicht-Sterben". Er zeigt auf, wie die angeborene Kreativität der Kinder durch die Einschränkungen des Schulsystems untergraben wird und was das für Folgen hat. Es wird deutlich, dass eine Art Vereinheitlichung des Individuums stattfindet. Alle durchleben Jahre sehr ähnlich oder gar gleich. Es werden Punkte, Noten, Geld oder Kontakte gesammelt, um irgendwann in das versprochene lebenswerte Leben starten zu können, nur um herauszufinden, dass es genau das – nach Scheidler – nicht gibt.

Was passiert mit lebensfrohen Kindern auf dem Weg zum Erwachsenwerden? Warum sind Kinder so unter-



schiedlich, während sich Erwachsene immer mehr ähneln? Solche Fragen beschäftigen den Autor.

Doch nicht nur die Gesellschaft, auch das Ich findet im Buch Platz. Es geht darum, wie wir uns selbst wahrnehmen, wodurch diese Wahrnehmung gebildet wird und was für einen Einfluss unser Umfeld darauf hat. Es bleibt aber nicht bei der Eigenwahrnehmung: Die Wahrnehmung durch andere ist ebenso Bestandteil von Scheidlers Überlegungen. Dazu gehört, wie Menschen in der Öffentlichkeit miteinander umgehen und

wie das Verhalten der Gesellschaft die Dynamik von Menschengruppen formt.

Geht es um Wahrnehmung, ist auch unsere Wahrnehmung der Welt für Scheidler bedeutend. Er geht darauf ein, wie der Mensch Städte oder Natur erlebt und wie dabei die Köpfe durch Illusionen beherrscht werden.

Horizonterweiternd

Scheidler befasst sich in diesem Buch mit vielen unterschiedlichen Fragen. Dabei kritisiert er die heutige Lebensweise, das Miteinander, Denkweisen, manche Entwicklungen und unsere Verschlossenheit gegenüber der Natur beziehungsweise dem Ursprung.

Die Leserin wird in eine vollkommen andere Gedankenwelt eingeführt und erhält dadurch die Möglichkeit, gesellschaftliche Aspekte aus anderen Blickwinkeln zu überdenken. "Die volle und die leere Welt" erweitert den Horizont und lässt viel Raum zur Diskussion und zum Hinterfragen.

Rebecca Lange

Fabian Scheidler: Die volle und die leere Welt Essays und Bilder Thinkoya, Lassan 2019 144 Seiten, 22,80 Euro ISBN 978-3-947296-06-4

So werden Autofahrer zu Radfahrern

Wie Fahrradfahren in Stadt und Land attraktiver gemacht werden kann

In ihrem kürzlich erschienenen Buch "Straßenkampf" untersucht Kerstin Finkelstein den Zustand des Radverkehrs in Deutschland am Beginn der 2020er Jahre.

Von Jahr zu Jahr fluten immer mehr Autos unsere Städte. Nicht nur



die schiere Zahl der Kraftfahrzeuge steigt an, auch die Größe, das Gewicht, die PS-Zahl und damit das potenzielle Zerstörungsvermögen. Autos zerstören Leben und Gesundheit der Menschen, geparkte Autos verwandeln unsere Kieze in lebensfeindliche Orte.

Für mehr entspannten Radverkehr

Dass das anders werden kann und muss, dessen ist sich ein großer Teil der Menschen in der Stadt sicher. Zahllose Volksentscheide und Bürgerbegehren zeigen, dass sich die Bürger eine andere Form unserer Mobilität wünschen, mit mehr Fuß- und Radverkehr, mit besserem und komfortablerem öffentlichen Nahverkehr und mit deutlich weniger Autos.

Dagegen stehen Politik, Rechtsprechung, Verwaltung und Autolobby auf der Seite der beharrenden Kräfte, die das Primat der "Flüssigkeit des Verkehrs" verteidigen.

Finkelstein zeigt die Fehlentwicklungen in der deutschen Verkehrspolitik auf und belegt mit Beispielen, wie es besser wäre für alle. Die ehemalige Chefredakteurin der Zeitschrift "Radzeit"plädiert für mehr entspannten Radverkehr, für eine wirklich nachhaltige Mobilität nicht nur in unseren Städten.

Klaus Höpner

Kerstin Finkelstein: Straßenkampf Warum wir eine neue Fahrradpolitik brauchen Ch. Links Verlag, Berlin 2020 184 Seiten, 15 Euro ISBN 978-3-96289-081-0

Weitere Informationen: www.rad-spannerei.de (Blog)





Vegane Bolognese

Deftige Pastasoße mit Linsen und Räuchertofu

iese rein pflanzliche AÎternative zur klassischen Bolognese mit Hackfleisch wird mit viel Gemüse, Räuchertofu und Linsen zubereitet. Gerne kann auch der Anteil an Räuchertofu und Linsen nach Geschmack variiert werden - durch den Räuchertofu hat die Bolognese einen deftigen Geschmack, den manche mehr, manche weniger mögen. Wichtig ist, Linsen zu

verwenden, die eine kurze Kochzeit von 20 Minuten besitzen. Diese müssen auch nicht eingeweicht werden. Die Soße lässt sich auch gut einfrieren oder für andere Gerichte wie Lasagne verwenden.

Zutaten (für 4 Portionen)

1 Zwiebel 1-2 Zehen Knoblauch Wurzelgemüse (z.B. ¼ Knollen-



Foto: Nina Fuchs

sellerie, 1 Petersilienwurzel, 1 kleine Möhre) ½ Fenchel 150 g rote Linsen (Kochzeit 20 min) 150 g Räuchertofu 1 EL Tomatenmark 1 Dose oder Glas Tomaten, stückig oder Cocktailtomaten 0,5 l Tomatenpassata 1 TL mediterrane Kräuter,

getrocknet (z.B. Thymian,

Majoran, Rosmarin, Lorbeer) 1 Schuss Wein

- 3 TL Hefeflocken und
- 2 EL gemahlene Mandeln (statt Parmesan)

Salz, Pfeffer, Olivenöl etwas Petersilie oder Basilikum zum Garnieren

- Zwiebeln in Würfel schneiden, Knoblauch grob hacken, Gemüse schälen und in kleine Würfel schneiden.
- 2. Linsen abwiegen, Tofu mit den Händen zerkrümeln.
- 3. Öl in einer großen Pfanne oder einem Topf erhitzen, Zwiebeln unter Rühren glasig dünsten.
- Gewürze kurz mit anbraten, dann Gemüsewürfel, Knoblauch und Tofu dazugeben und alles unter Rühren anschwitzen.
- 1 EL Tomatenmark unterrühren und kurz mit anbraten, dann mit einem kräftigen Schuss Wein ablöschen und kurz einkochen.
- 6. Die Linsen und die Tomaten (Passata und stückige Tomaten) hinzufügen, mit Salz und Pfeffer würzen und alles etwa 20 Minuten bei geringer Hitze einköcheln lassen. Ab und zu

- umrühren und darauf achten, dass genug Flüssigkeit für die aufweichenden Linsen vorhanden ist. Nach Bedarf etwas Nudelwasser hinzufügen. Am Ende mit Salz und Pfeffer abschmecken.
- 7. Währenddessen die gewünschte Nudelmenge kochen.
- 8. Für den Mandelstaub die Hefeflocken mit den Mandeln vermischen und etwas salzen.
- Nudeln mit der gewünschten Menge Soße anrichten und mit dem Mandelstaub bestreuen. Nach Belieben mit frischen Kräutern garnieren.

Guten Appetit! Nina Fuchs





Rüge für die Rübe

Wie ein sinnvoller Umgang mit Zucker aussehen kann, zeigte ein Workshop in Theorie und Praxis

is, Kuchen, Mixgetränke, Schokolade – jeden Tag warten neue süße Verführungen auf uns, denen wir lernen müssen zu widerstehen. Denn gesund sind sie nicht, zumindest dann nicht, wenn die Naschereien zur alltäglichen Angewohnheit werden.

Dass Zucker ein wichtiges Thema ist, wird allein dadurch klar, dass in Deutschland durchschnittlich 30 Kilogramm Zucker pro Person und Jahr gegessen werden. Am Tag sind das ungefähr 86 Gramm oder mehr als 28 Stück Würfelzucker.

Aber woher kommt Zucker eigentlich? Was für Zuckersorten gibt es? Wie werden sie hergestellt? Ist die Herstellung fair und nachhaltig? Diese Fragen versuchte die Grüne Liga Berlin kürzlich bei einem öffentlichen Workshop mit Vorträgen und Diskussionen zu klären.

Eingeleitet wurde die Nachmittagsveranstaltung durch eine Umfrage, welche Zuckersorten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für nachhaltig halten. Zur Auswahl standen verbreitete Süßungsmittel wie Rohrzucker oder Kristallzucker, aber auch alternative wie Birkenzucker, Apfeldicksaft oder Ahornsirup. Die Frage sollte dann später weiter diskutiert werden.

Neues altes Laster

René Spierling vom Kuratorenteam der Dauerausstellung "Alles Zucker!" im Deutschen Technikmuseum machte die Teilnehmer mit dem Zucker aus der Sicht eines Biologen vertraut und erzählte auch einiges über die Geschichte des süßen Stoffs.

Es gibt viele verschiedene Arten von Zucker, zum Beispiel Milch-,

Trauben- oder Fruchtzucker. Honig galt lange als das süßeste Mittel und wurde erst spät durch den Haushaltszucker ersetzt. Dieser wird aus Rüben oder Zuckerrohr hergestellt.

Zuckerrohr stammt aus Ostasien. Zur Gewinnung des Zuckers wurde es in Ost- und Südasien zunächst nur gepresst. Vor 1.400 Jahren erfand man dann eine Methode, bei der der Saft eingekocht und in eine Zuckerhut-Form gegossen wird. Der Sirup tropfte ab, und in der Form blieben

Kristalle zurück. Der Vorgang wurde mit dem abgetropften Sirup wiederholt. Das wird als "affinieren" bezeichnet (von französisch affiner, reinigen). Aus "raffinieren" (von raffiner, verfeinern) leitet sich die Bezeichnung "Raffinade" für den weißen, feinkörnigen Zucker ab.

In früheren Jahrhunderten wurden für den Zuckerrohranbau und für die Herstellung von Rum, der ein Ne-



Schwere Arbeit: Zuckerrohrernte in Brasilien

Foto: Kurt Damm

benprodukt der Zuckerherstellung ist, Menschen versklavt und als Waren getauscht. Erst in der Folge von Sklavenaufständen und dem Merkantilismus kam die Herstellung von Zucker auch nach Europa. In Deutschland wurden verschiedene Formen der Zuckergewinnung getestet, darunter auch Zucker aus Ahornbäumen. 1747 entdeckte Andreas Sigismund Marggraf die Möglichkeit, Zucker aus der Runkelrübe zu gewinnen. Die Zuckerrübe hat sich dann in Deutschland für den Anbau durchgesetzt. Heute ist der Zuckerrübenanbau mechanisiert, aber früher war er schwere Handarbeit, vor allem mit der Hacke

Auf die Frage, was guter und was schlechter Zucker ist, lässt sich keine

Die Erdnusskekse wurden mit Apfelmark gesüßt.

klare Antwort geben. Als guter Zucker gelten jedoch alle Kohlenhydrate mit einem Energiegehalt von ungefähr vier Kilokalorien pro Gramm. Wichtig bei der Ernährung ist ein ausgewogenes Verhältnis aus raffiniertem Zucker, braunem Zucker, Rohrzucker, Saccharose, Frucht- und Traubenzucker. Da Zucker kein essenzielles Nahrungsmittel für den Körper ist, ist der Umgang

und die Menge eine Entscheidung, die individuell getroffen werden muss.

Regenwald-Abholzung für Zuckerrohr

Im Vortrag von Kurt Damm ging es vor allem um den Zucker-Weltmarkt, um Bio-Ethanol, um Anbau und Ernte von Zucker in Brasilien und deren Auswirkungen.

Brasilien war lange der weltgrößte Zucker-Exporteur, bevor das Land von Indien überholt wurde. Der Zucker wird dort aus Zuckerrohr gewonnen. Die Arbeit auf den brasilianischen Plantagen wurde früher von afrikanischen Sklaven ausgeführt und ist auch heute noch ein schlecht bezahlter Beruf mit extremen

Arbeitsbedingungen. Für die Ernte werden die Zuckerrohr-Pflanzen mit Benzin übergossen und angezündet, um die Blätter zu entfernen. Die restliche Arbeit erledigen die Landarbeiter mit Macheten. Für die Neubepflanzung wird ein Zuckerrohr in den Boden gelegt, aus dem dann neue Sprösslinge wachsen. Zwanzig Prozent des geernteten Zuckerrohrs werden für die Neupflanzung verwendet.

verwendet.
Aus dem größten Teil der Zuckerrohrernte wird nicht Zucker, sondern Ethanol hergestellt. Für einen Liter Ethanol werden mehr als 2.100 Liter Wasser benötigt, und das, obwohl in vielen Teilen Brasiliens großer Wassermangel herrscht. Da die Flächen nach dem häufigen Monokultur-Anbau kaum noch Nährstoffe enthalten, werden viele Agrarchemikalien verwendet. Darunter

Foto: Anke Küttner

sind Ackergifte, die in der EU nicht zugelassen sind.

Brasilien ist heute das einzige Land, das noch große unbebaute Flächen zur Verfügung hat. Doch der Boden im Amazonasbecken hat nur eine dünne Schicht Humus und ist zum Zuckerrohranbau nicht geeignet. Trotzdem werden große Flächen Regenwald gerodet, um dort Zuckerrohr anzupflanzen.

Peanut Butter Cookies – Erdnuss-Kekse

Florence Howells, eine französische Konditorin, half den Teilnehmern des Workshops, verschiedene süße Naschereien zu backen. Ziel war es, die Backwaren ohne industriellen Zucker zu süßen und verschiedene Süßungsmittel auszuprobieren. Zum Beispiel bei diesen Erdnuss-Keksen.

Zutaten für etwa 25 Kekse

75 g Reismehl 10 g Natron 175 g Vollrohrzucker 1 Prise Salz gemahlene Vanille 325 g Erdnussmus (nicht Erdnusscreme, die Palmfett und Zucker enthält) 80 g Apfelmark (nicht Apfelmus, das gezuckert ist)

- 1. Alle trockenen Zutaten in eine Schüssel geben und vermischen.
- Erdnussmus und Apfelmark dazugeben und rühren, bis ein gleichmäßiger Teig entsteht.
- 3. Aus dem Teig kleine Bällchen formen und diese auf ein mit Backpapier ausgelegtes Backblech legen.
- Wenn weiche Cookies gewünscht sind, die Bällchen vor dem Backen eine Stunde kühl stellen.
- 5. Die Teigbällchen im vorgeheizten Ofen bei 180 Grad (Ober-/Unterhitze) etwa acht Minuten backen.
- Nach dem Backen die Cookies etwa zehn Minuten auskühlen lassen, damit sie fester werden.

Superfood

Beim nächsten Forum der Grünen Liga Berlin soll es um sogenanntes Superfood gehen – Nahrungsmittel mit tatsächlichen oder angeblichen Gesundheitswirkungen. Es wird wieder spannende Vorträge geben, und es wird Superfood vorgestellt, das regional und leichter zu besorgen ist. Anschließend wird wieder gemeinsam gekocht.

Paula Rinderle

Das Projekt "Food Diaries" wird von Engagement Global im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums gefördert.

Nachhaltig leben in Berlin

Kleiner Berliner Nachhaltigkeits-Leitfaden gibt Ökotipps für alle Lebensbereiche

Bei wem liegt die Verantwortung, wenn es um eine nachhaltige Gesellschaft geht? Die Frage führt oft zu hitzigen Diskussionen, am Ende steht meist die Erkenntnis, dass auch eine Einzelperson in der Lage ist, ihr Verhalten zu ändern und so ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Niko Rollmann vom Bildungsverein Robert-Tillmanns-Haus hat deshalb in der Nachbereitung einer Konferenz mit mehreren Partnern einen Nachhaltigkeits-Leitfaden entwickelt, der sich hauptsächlich an Menschen richtet, die in Berlin leben.

Nachhaltigkeit kann auch einfach sein

Die Broschüre betrachtet alle Lebensbereiche und gibt konkrete Anregungen für Verbesserungen. Unterteilt ist das Heft in fünf Kapitel und zahlreiche Unterkapitel. So findet man unter "Konsum und Mobilität" Anweisungen wie: "Bei allen Anschaffungen … sollte man sich informieren, ob es auch eine 'grüne' Variante des erwünschten Produktes gibt." Hinzu kommen Empfehlungen, wo man in Berlin "fair" hergestellte und



ökologische Produkte finden kann. Ein Beispiel ist der Laden "Original Unverpackt", bei dem man Lebensmittel und Haushaltsprodukte ohne Verpackungen kaufen kann, wenn man eigene Behältnisse mitbringt.

Das Kapitel "Nachhaltigkeit daheim" hat Tipps zur Wohnung und zum Leben zuhause, zu Garten, Büro und sogar für Nachhaltigkeit bis zum Tod. Teilweise zeigen die Tipps, dass Nachhaltigkeit auch einfach sein kann und oft schon das Ändern einiger Angewohnheiten im Alltag Fortschritte in Richtung eines ökologischeren Lebens bringen kann.

Hilfreicher Überblick

"Nachhaltige Wirtschaft" ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Hier werden unter anderem nachhaltige Banken, Fonds und Ökostrom-Anbieter aufgelistet, was einen umweltfreundlicheren Umgang mit Geld ermöglichen soll, sodass man nicht nur ein gutes Gewissen, sondern auch die Möglichkeit zur Vorsorge hat. Wer sich zu Umweltthemen weiterbilden, Veranstaltungen besuchen oder einfach die Natur genießen möchte, wird in den letzten zwei Kapiteln fündig. Ein Ausflug zur Domäne Dahlem, ein Kaffee im Café Morgenrot, nachhaltigen Konsum lernen bei der Messe Heldenmarkt oder sich in einer Umweltorganisation engagieren - die meisten sollten in der Auflistung etwas finden, das sie interessiert

Sieht man das 28-seitige Heft als

einen Helfer, der einen guten Überblick schafft, ist es sehr praktisch und spart Zeit, die sonst für eine nervige Suche im Internet oder in anderen Quellen draufgehen würde. Für neu Zugezogene ist das vielleicht besonders hilfreich.

An einigen Stellen überschneiden sich die Tipps mit Bekanntem und erscheinen manchmal unnötig. Es ist aber immer eine persönliche Sache, wie viel Vorwissen man mitbringt. Gut gefallen hat mir etwa die Übersicht mit nachhaltigen Orten, Veranstaltungen und Webseiten.

Paula Rinderle

Niko Rollmann: Kleiner Berliner Nachhaltigkeits-Leitfaden Edition RTH, Berlin 2019 28 Seiten, 3,50 Euro ISBN 978-3-00-062864-1

Bezug: Samstags 18-22 Uhr an der Bar der Teepeeland-Siedlung am Spreeufer bei der Schillingbrücke in Berlin-Mitte, oder gegen zusätzlich 1,70 Euro Versandkosten beim Robert-Tillmanns-Haus, E-Mail: nrollmann@rth-berlin.de, Tel. (030) 8036602

Die Verhältnisse ändern, nicht das Verhalten

Warum Ökomoral nicht weiterführt und was man trotzdem tun kann

Das Buch ist gedacht als Ergänzung zum vorigen Buch des Autors, "Ökoroutine" (Rabe Ralf Dezember 2016, S. 23). Das Konzept zielt darauf ab, Gesetze und strukturelle Rahmenbedingungen zu etablieren, die es einfach und logisch machen, nachhaltig zu handeln, ohne lange darüber nachdenken zu müssen.

In den ersten Kapiteln beleuchtet Michael Kopatz die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik, erklärt, wie Lobbyismus funktioniert und wie Werbung gestrickt ist. Er entlarvt Falschmeldungen und erteilt dem Mythos von der Macht der Konsumenten eine klare Absage. Weil Strukturen so sind, wie sie sind, verstricken wir uns auch mit den besten Vorsätzen immer in Widersprüche. "Das Konzept der Ökoroutine beginnt nicht in den Köpfen, sondern in der Infrastruktur",



sagt der Autor, und das sei Sache der Politik. Schlechtes Gewissen sei nicht angebracht, wenn wir beim Versuch, nachhaltig zu handeln, scheitern. Anstatt individuelles Verhalten zu ändern, gelte es vielmehr, sich an politischen Protesten zu beteiligen.

Funktionierende Beispiele

In den Abschnitten Mobilität, Konsum, Essen und Wohnen zeigt der Autor, wo die Probleme liegen, macht konkrete Lösungsvorschläge und weist auf funktionierende Beispiele hin. Die Leserin erfährt etwa, dass es in Singapur oder Dänemark wirksame Maßnahmen gibt, um die Zahl der zugelassenen Privatautos zu beschränken, oder dass in Ruanda schon seit 2008 Plastiktragetaschen verboten sind.

Abschließend gibt es Hinweise, welchen Bewegungen man sich jeweils anschließen kann, um Druck auf die Politik zu machen. Wieder in Urlaub geflogen, weil das Flugticket nur einen Bruchteil der Zugfahrkarte gekostet hat? Dann aber nichts wie hin zur nächsten Demo gegen den Ausbau des Flughafens! Doch wieder das billige Fleisch im Supermarkt gekauft? Dann beteilige dich doch zumindest an den Aktionen von "Wir haben es satt!".



Entlastung und Motivation zugleich

Und das sei nicht scheinheilig, so Kopatz. Man könne Begrenzung fordern, ohne sich selbst zu begrenzen. "Es ist Aufgabe der Politik, die Konsumenten von der Last zu befreien, die "richtige" Entscheidung treffen zu müssen." Möglich sei das durch Standards, Limits und Übergangsfristen. Dass es funktioniert, sieht man etwa beim Rauchverbot oder bei Bauvorschriften für Wärmedämmung.

Wer jetzt meint, das sei alles nicht neu, liegt richtig. Auch das immer wiederkehrende flapsige "Arsch hoch!" nutzt sich im Laufe der Lektüre ab. Die kompakte Form, die leichte Lesbarkeit, die Kombination von sachlicher Information, politischem Hintergrundwissen und praktischen Beispielen sowie die konkrete Aufforderung zu politischem Engagement – und all das nicht speziell an eine linke Zielgruppe gerichtet heben das Buch jedoch von anderen ab. Es bietet gleichzeitig Entlastung und Motivation zum Handeln, nicht als Konsumentin, sondern als politisches Subjekt. Zum Weiterlesen lohnt auch ein Blick auf die Internetseite des Autors www.oekomoral.de.

Brigitte Kratzwald

Michael Kopatz: Schluss mit der Ökomoral Wie wir die Welt retten, ohne ständig daran zu denken Oekom Verlag, München 2019 240 Seiten, 20 Euro ISBN 978-3-96238-131-8 www.oekomoral.de

> Die Rezension erschien zuerst in Contraste 424, www.contraste.org

Die Zukunft der Arbeit

Arbeit und soziale Absicherung in einer Gesellschaft ohne Wachstum

as wird aus der Arbeit, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst – oder nicht mehr wachsen soll? Das ist das Thema des vorliegenden Bandes. Die Antwort der Herausgeberinnen lautet: Aus der Erwerbsarbeit muss ein "Tätigsein" werden. Was Tätigsein ist oder sein kann, erfahren wir, wenn wir dieses Buch lesen.

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt haben vor zehn Jahren im selben Verlag ein Buch mit einem ähnlichen Titel veröffentlicht: "Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft". Nun legen sie nach, indem sie einen Schwachpunkt in der Diskussion über Nachhaltigkeit und Wachstumskritik aufgreifen, nämlich die Gestaltung der Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft, einer Gesellschaft nach dem Ende des Wachstums.

Die zentrale These im Buch lautet: "Soll sich unsere Gesellschaft aus der Fixierung auf Wirtschaftswachstum und Erwerbsarbeitsplätze lösen, muss das Erwerbsarbeitssystem umgebaut werden." Erwerbsarbeit darf nicht weiter ein so großes Gewicht haben und die Abhängigkeit des Sozialsystems

von der Erwerbsarbeit muss verringert werden. Das ist für sich genommen schon ein hehres Ziel. Hinzukommen muss aber ein anderes Verständnis von Arbeit, das neben der Erwerbsarbeit auch Sorge- und Freiwilligenarbeit, Selbstversorgung und andere Formen der Nicht-Erwerbsarbeit berücksichtigt und diesen einen höheren Stellenwert zuweist.

Nötig ist ein anderes Sozialsystem

Die Publikation gliedert sich neben dem einleitenden Artikel von Seidl und Zahrnt in vier Kapitel. Das erste Kapitel behandelt "Grundlegendes" und enthält drei Beiträge, die sich unter anderem mit der geschichtlichen Entwicklung der Arbeit sowie der Neubewertung von Arbeit befassen.

In Kapitel 2 geht es um die Handelnden bei einer Neuinterpretation von Arbeit als "Tätigsein". Das Kapitel beschreibt in vier Beiträgen die Rolle von vier gesellschaftlichen Kräften bei dieser neuen Form des Arbeitens: die Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten, der Unternehmen, der



Gewerkschaften und von gemeinnützigen Einrichtungen.

Kapitel 3 analysiert drei konkrete Bereiche des Tätigseins: Sorgearbeit, Landwirtschaft und Digitalisierung.

Die drei Aufsätze von Kapitel 4

behandeln den sozial-ökonomischen Kontext. Dort geht es um die soziale Sicherung, um ein anderes Abgabensystem, das vielfältiges Tätigsein fördert. Der Teil wird mit einem Exkurs zur Arbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern abgeschlossen.

Das Buch ist absolut empfehlenswert. Es ist voll anregender Ideen zur Art und Weise, wie Wirtschaft und Gesellschaft sich in Zukunft entwickeln werden oder entwickeln sollten. Der Begriff "Tätigsein" könnte im allgemeinen Sprachgebrauch heimisch werden, wenn es darum geht, die Postwachstumsgesellschaft arbeitspolitisch zu gestalten. Herbert Klemisch

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft Metropolis Verlag, Marburg 2019 262 Seiten, 18 Euro ISBN 978-3-7316-1405-0

Die Rezension erschien zuerst in "Contraste – Zeitung für Selbstorganisation" (www.contraste.org). Weitere Informationen: www.postwachstum.de (Suche: Tätigsein)

Radioaktiver Feinstaub in der Antarktis

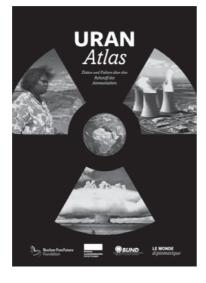
Der "Uranatlas" weist die auf die vielfältigen und teils kaum bekannten Probleme der Uranwirtschaft hin

Im Jahr 1789 isolierte Heinrich Klaproth ein neues Element aus dem Mineral Pechblende. Er benannte es nach dem Planeten Uranus. Uran ist ein radioaktives, instabiles Schwermetall, das nach Entdeckung der Kernspaltung 1938 der Grundstoff für Atombomben und Atomstrom wurde.

Neokoloniale Zustände

Der "Uranatlas" beschäftigt sich mit allen Aspekten der Uranwirtschaft, angefangen vom Abbau. Dieser kann laut den Autoren nicht losgelöst von kolonialen Kontinuitäten betrachtet werden. In Kanada und Australien wird Uranerz in Gebieten von indigenen Völkern abgebaut. Sie haben nur eingeschränkte Rechte an ihrem Land, das für die meisten eine große Bedeutung hat. In Australien müssen die Aborigines beweisen, dass sie eine ununterbrochene Bindung zum Land pflegen. Wird vor Gericht für sie entschieden, müssen sie trotzdem mit den Bergbaufirmen verhandeln. Kommt es zu keiner Lösung, hat der Bergbau Vorrang.

An Bergleuten der Diné wurde in den 1950er Jahren in den USA getestet, wie sich der Abbau auf die Gesundheit auswirkt. Heute weiß man, dass die radioaktive Strahlung starke gesundheitliche Schäden hervorruft. Am häufigsten ist



Lungenkrebs. Zudem kann die Strahlung die Erbsubstanz schädigen, sodass bösartige Tumore noch nach Jahrzehnten auftreten können. Weitere Folgen sind Totgeburten, sinkende Potenz, Leukämie, Herz-Kreislauf- oder Immunschwächeerkrankungen. Am meisten bedroht davon sind die Bergleute, die oft ohne richtigen Schutz arbeiten müssen. Durch Fein- und Grobstaub an Kleidung und Haaren kann die Strahlung an ihre Familien weitergeben werden. Die Entschädigungen für erkrankte Arbeiter

oder deren Familien fallen oft zu niedrig aus oder werden gar nicht gezahlt.

Durch die Verbreitung radioaktiver Partikel in der Umwelt ist die Aufnahme durch Trinkwasser und die Nahrungskette möglich. Die Strahlung kann schon beim Uranabbau in das Grundwasser gelangen. Der Abbau durch Laugung vor Ort, in Bergwerken oder Tagebauen ist gleichermaßen umweltschädlich.

Missbildungen bei Fischen

Die Sanierung nach der Schließung einer Urananlage wird oft nur ungenügend und teilweise gar nicht durchgeführt. So stehen einige Minen bis heute offen und machen das Gebiet sowohl für Menschen als auch Tiere unbewohnbar. In Kanada soll es Missbildungen bei Fischen und Elchen geben. In Afrika wird radioaktives Gestein für den Straßenbau benutzt. Mittlerweile wurde sogar radioaktiver Feinstaub in der Antarktis gefunden.

Aus 10.000 Tonnen Uranerz gewinnt man eine Tonne Uran und daraus 7,1 Kilogramm spaltbares Uran-235. Im Vergleich bleiben pro geförderte Tonne 999,9 Kilogramm Abfall zurück, der weiterhin die Umwelt belastet. Es gibt weltweit noch kein fertiges Endlager. Deutschland exportiert den Strahlenabfall nach Russland oder er steht unter freiem Himmel auf dem Gelände der Urananreicherungsanlage in Gronau.

Erschreckend und tragisch

Der Uranatlas ist inhaltlich umfangreich und hoch informativ. Er geht auf alle Themen von der Gewinnung über die Verwendung bis zur Entsorgung ein und zeigt die zahlreichen Probleme, die Uran mit sich bringt, wie die erschreckend unmenschlichen Arbeitsbedingungen im Uranbergbau.

Der Uranatlas spricht ein breites Lesepublikum an, und fast jeder wird hier noch etwas Neues erfahren. Schockierend ist, dass die Auswirkungen nicht Grund genug sind, um auf Uran zu verzichten. Uranabbau ist ein tragisches Beispiel dafür, wie Menschen für vermeintliche wirtschaftliche Vorteile andere Menschen und die Natur ausbeuten.

Paula Rinderle

Claus Biegert, Horst Hamm u.a.: Uranatlas. Daten und Fakten über den Rohstoff des Atomzeitalters RLS, Berlin 2019 52 Seiten, kostenlos

> Bezug und Download: www.bund.net/uranatlas Weitere Informationen: www.nuclear-free.com

Dasselbe in Grün ist keine Lösung

Statt "grünes" Wachstum zu beschwören, müssen wir unser Wirtschaftsmodell grundlegend umbauen

ie Klimakrise hat 2019 eine nie dagewesene öffentliche Aufmerksamkeit erreicht. Wetterextreme weltweit, Dürresommer in Deutschland, Hunderttausende Jugendliche auf den Straßen und ein hektisch zusammengeflicktes, "Klimapaket" einer überforderten Bundesregierung haben das Klima zum Dauerthema gemacht. Weniger prominent, aber unübersehbar kam auch das Artensterben in den Fokus durch Themen wie Bienensterben, Pestizideinsatz und eine ökologisch ruinöse Landwirtschaft. Immer mehr Menschen wird bewusst, dass wir dabei sind, unseren Planeten unbewohnbar zu machen.

Doch die Reaktionen der Politik sind weitgehend die alten: Neue Fernziele und Aktionspläne, marktbasierte Anreizprogramme, ein paar steuerliche Korrekturen – und immer wieder die Beschwörung von mehr Wachstum. Immer mehr Menschen aber wird klar, dass dieses Vorgehen nicht ausreicht, um der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und den wachsenden sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken.

Trotz gesunkener Arbeitslosigkeit sind die Einkommensunterschiede hierzulande so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung. Und die vom realen Wirtschaftsleben abgekoppelte Finanzwirtschaft betreibt - wie vor dem Bankencrash 2009 - ihre hochspekulativen Geschäfte, sodass die Furcht vor einer neuerlichen Finanzkrise um sich greift. Das verunsichert die Menschen und sie gehen Bauernfängern in die Falle, die das Gestern versprechen. In einem der reichsten Länder der Welt werden auf diese Weise Wahlen von rechtsradikalen Parteien gewonnen, die den Klimawandel leugnen, Hass und Ausgrenzung propagieren und auf nationale Abschottung setzen.

Erfolglose Umweltverbände

Diese schlechten Nachrichten scheinen ohne Verbindung, tatsächlich aber stehen sie in direktem Zusammenhang. Denn ökologische, ökonomische und soziale Krisen haben eine gemeinsame Wurzel: Ihnen liegt ein Wirtschaftssystem zugrunde, das – trotz vereinzelter Erfolge–nicht nur Raubbau an der Natur und damit an den Lebensgrundlagen aller betreibt, sondern auch zu einer wachsenden Spaltung und Entfremdung in der Gesellschaft beiträgt.

Das seit Jahrzehnten ungebrochene Tempo von Klimaerhitzung, Artensterben und Bodenverlust zeigt eindrücklich, dass die bisherige Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik die fortschreitende Zerstörung nicht aufhalten konnte. Zu einer Abschwächung der globalen Trends kam es nicht durch Umweltpolitik, sondern durch ökonomische Krisen: die Ölkrisen der 1970er Jahre, der Zusammenbruch des Ostblocks oder die Bankenkrise von

2009 ließen die Kurven des Ressourcenverbrauchs zeitweilig leicht abflachen.

Die politischen Erfolge von Umweltund Naturschutzverbänden konnten, so wichtig sie lokal auch gewesen sein mögen, die Beschleunigung des Ressourcenverbrauchs nicht aufhalten, sie trugen allenfalls dazu bei, dass er räumlich oder zeitlich verlagert wurde. Die Politik konzentrierte sich auf Schadensreparatur und die Bekämpfung von Symptomen und sie agierte, als seien Klimakrise und Artensterben Betriebsunfälle in einem an sich funktionierenden System.

Doch Dürresommer, Bienensterben, Plastikstrudel im Meer oder Tierseuchen in Ställen sind Probleme, die nicht trotz, sondern wegen unserer Art des Wirtschaftens entstanden sind. Sie sind eine zwangsläufige Folge unseres wachstumsfixierten Wirtschafts- und Konsumsystems – und deshalb kann es ohne eine grundlegende Veränderung dieses Systems keine tragfähigen Lösungen für die Krisen unserer Zeit geben.

Auch die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bewirbt ihren kürzlich vorgestellten "Green Deal", der die europäische Wirtschaft auf Klimakurs bringen soll, als "Wachstumsstrategie für Europa". Von der Leyen stellt zutreffend fest, dass das alte, auf fossilen Energieträgern aufbauende Wachstumsmodell "nicht erdtauglich" sei. Ihre Antwort, die viele gute Ansätze enthält, bleibt aber dem Glauben verhaftet, Wirtschaftswachstum und neue Technologien seien die Lösung. Das alte Rezept "Wachstum" wird nicht infrage gestellt.

Mitmenschen und Natur auspressen?

Wachstum hat zweifellos die Antwort auf die soziale Frage über etliche Jahre erleichtert. Doch für viele Millionen Menschen ging das Versprechen, Wirtschaftswachstum gehe mit Wohlstand und einem guten Leben für alle einher, nicht in Erfüllung. Stattdessen wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. 2017 lag in Deutschland bei einem Viertel der Beschäftigten der Verdienst unterhalb der Niedriglohnschwelle. Anfang der 1990er Jahre war es nur ein Achtel. Trotz Wirtschaftswachstum verkündeten Unternehmen den Abbau Tausender Arbeitsplätze. Und trotz der Arbeit der Gewerkschaften entsteht ein erheblicher Teil des Stellenzuwachses in Deutschland in instabiler und häufig prekärer Beschäftigung.

Noch gravierender sind die Folgen unseres Wegwerf-Kapitalismus jedoch für Menschen in Ländern, auf deren Kosten unser Reichtum aufbaut. In den Fabriken für Billigtextilien in Asien, in den Steinkohlegruben Kolumbiens, den Lithiumseen Südamerikas und den Coltanminen Afrikas, aufbrasilianischen Sojaplantagen, die das Futter für unsere

Schweinemast produzieren: unser Wirtschafts- und Konsummodell geht untrennbar einher mit der Ausbeutung von Menschen und der Zerstörung von Natur.

Unser altes, auf fossilen Energieträgern beruhendes Wachstumsmodell muss also abdanken, wie es von der Leyen ankündigt, aber die Suche nach Lösungen muss weiter gehen und an der Wurzel der Probleme ansetzen.

Ressourcenverbrauch muss real sinken

Statt fortlaufend das Märchen vom unendlichen Wachstum auf einem endlichen Planeten zu wiederholen, braucht es ein Wirtschaftssystem, das für Stabilität und gerechte Verteilung sorgt, ohne dabei von Wirtschaftswachstum abhängig zu sein. Denn Wachstum geht immer einher mit einem Anstieg des Ressourcenverbrauchs, den wir uns schlicht nicht mehr leisten können, wenn wir unser Überleben auf diesem Planeten sichern wollen Im Umkehrschluss heißt das für unser Wirtschaften: Wir müssen den Verbrauch von Ressourcen und Rohstoffen nicht nur relativ, sondern absolut senken. Natürlich brauchen wir auch massive Investitionen in Effizienz - aber Effizienz allein ist keine Lösung.

Eine absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch wäre wunderbar. Aber alle Studien zeigen: Es wird sie nicht geben. Das zeigt auch ein Blick auf unsere Autos: Sie verbrauchen heute gemessen an ihrer Leistung deutlich weniger Sprit, trotzdem sind die Emissionen im Verkehr nicht gesunken. Denn die beträchtlichen Effizienzgewinne wurden von mehr Gewicht, größeren Motoren und einer höheren Fahrleistung überkompensiert.

Deshalb ist es auch nicht getan damit, die heutige Autoflotte zu elektrifizieren. Dasselbe in Grün löst nicht das Problem endlicher Ressourcen. Wir brauchen nicht nur andere Autos, wir brauchen vor allem viel weniger Autos.

Das kann jedoch nur gelingen, wenn ein konsequenter Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Städten und auf dem Landerfolgt, der mit mehr Lebensqualität und mehr Sicherheit für alle Menschen einhergeht. Nachhaltigkeit schließt also vereinzeltes Wachstum gesellschaftlich gewünschter Sektoren nicht aus – aber sie verlangt die Einordnung in ein dauerhaftes Gleichgewicht mit sinkendem Ressourcenverbrauch.

Genau wie ein funktionierender Nahverkehr sind gesunde Lebensmittel, sauberes Trinkwasser, gute Luft, bezahlbarer Wohnraum oder eine sichere Energieversorgung Beispiele für Gemeingüter, die elementare Bedürfnisse befriedigen und vor der Vereinnahmung durch privatwirtschaftliche Akteure geschützt sein müssen. Warum gestalten wir den Umgang etwa mit Wasser, Boden und Luft nicht so um, dass ihr Erhalt und der

Zugang zu ihnen für alle Menschen gleichermaßen gesichert sind? Um dorthin zu gelangen, benötigen wir aber eine neue "Software" für unsere Wirtschaft, die umschaltet vom Selbstzerstörungsmodus in den Modus "Gutes Leben für alle". Wir brauchen neue Regeln für eine sozial gerechte Wirtschaft, die das Überleben auf dem Planeten sichert

Wachstumsunabhängige Sozialsysteme

Auf diesem Weg stellen sich viele Fragen: Wennunendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich ist, wie können wir unsere Sozialsysteme vom Wachstum unabhängig machen? Wenn große Unternehmen mächtiger sind als Staaten und die Politik am nötigen Umbau der Wirtschaft hindern, warum begrenzen wir nicht ihre Größe? Warum führen wir keine Debatten über die gesellschaftliche Verantwortung von Eigentum? Warum gelten demokratische Prinzipien, die wir zur Maxime für unser gesellschaftliches Zusammenleben erhoben haben, nicht für Unternehmen?

Wenn durch Produktivitätssteigerungen Arbeit wegfällt, warum werden verbleibende Arbeit und gleichbleibende Gewinne dann nicht gerecht auf alle verteilt, statt neue Armut zu produzieren? Warum lassen wir zu, dass die Rohstoffindustrie weltweit aus endlichen Rohstoffen enorme Gewinne generiert und dabei regelmäßig Sozial- und Umweltstandards missachtet?

Warum stellen wir nicht sicher, dass nötige technologische Veränderungen nicht zulasten der Beschäftigten gehen, dass die Sanierung von Häusern nicht zulasten der Mieterinnen und Mieter geht? Warum erscheint es normal, dass aus dem Besitz von Grund und Boden leistungslose Gewinne erzielt werden, selbst wenn die Böden dabei vergiftet oder versiegelt werden?

Die Beantwortung dieser komplexen Fragen bedarf einer breiten gesellschaftlichen Debatte ohne Scheuklappen. Dass Wirtschaftswachstum die Grundlage für Beschäftigung und Frieden ist, ist kein Naturgesetz und wir müssen aufhören, es als solches zu behandeln. Wirtschaft darf kein Eigenleben mehr gegen Natur und Menschen führen, sondern muss der Gesellschaft und dem Gemeinwohl dienen. Dafür brauchen wir einen neuen Sinn für die Grenzen von Wachstum und Konsum, für Solidarität und Gerechtigkeit.

Wenn wir ein gutes Leben für alle schaffen wollen, müssen wir uns aus der Abhängigkeit vom Wachstum befreien. Olaf Bandt, Martin Kaiser, Kai Niebert, Hermann Ott

Die Autoren leiten die Umweltorganisationen BUND, Greenpeace, Deutscher Naturschutzring (DNR) und Client Earth in Deutschland. Weitere Informationen: www.dnr.de/transformation Auf dieser Seite stehen Berliner Umwelt-Termine (im weiteren Sinne). GRÜNE-LIGA-Termine sind mit dem Logo gekennzeichnet (grau: Mitarbeit).

Wir möchten besonders auch Termine kleinerer Umweltgrup-pen und Bls veröffentlichen und bitten um rechtzeitige Information bis zum 20. des Vormonats. Die Redaktion

Adressen: Seite 31

Mi 29.4.

Der Garten im Klimawandel: Naturerfahrungsraum und Bildungsmedium – Online-Veranstaltung

ca. 14-17:30 Uhr Wie können wir im Garten den Klimawandel, seine Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten als Bildungsthemen aufgreials bildungstrienten aufger-fen? Was haben der Anbau von Obst und Gemüse und unsere Ernährung damit zu tun? Welche Anknüpfungspunkte bieten die Rahmenlehrpläne? Wie kann ich so gärtnern, dass ich Hitze- und Trockenzeiten und die Sommer-ferien gut überstehe? Solchen Fragen wollen wir gemeinsam nachgehen. Wegen Covid-19 findet diese Veranstaltung in einer Online-Version als Webinar oder mit kurzen Videos statt. Anmeldung bis 24.4. per E-Mail: urbanegaerten@grueneliga-Info: www.agrarberatung.hu-

berlin.de/forschung/klimaoasen

Mi 6.5.

Die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), Digitalisierung und Big Data – Online-Seminar

14-15 Uhr
Digitalisierung braucht wirtschaftlich, ökologisch und sozial ausgewogene und gleichzeitig langfristig ausgelegte Rahmenbedingungen – ob im geschäftlichen Umfeld, im persönlichen Bereich oder für die notwendigte Infrastruktur. Mit den notwendige Infrastruktur. Mit den 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development - SDGs) existieren bereits Überprüfung helfen und so die unterschiedlichen Formen der Digitalisierung nachhaltig gestalten können. In dem Online-Seminar wird dies anhand einiger ausge-wählter Beispiele diskutiert. wanter Beispiele diskutiert.
Voraussetzungen: aktueller
Internet-Browser, ggf. Headset
Anmeldung: www.bitkomakademie.de/buchung/968/4016
Info: www.bitkom-akademie.de
E-Mail: c.ojala@bitkom-service.de
Tel. 27576-540

Sa 16.5.

GRÜNE IIGA

Superfood wächst überall! 10-15 Uhr

Tu-15 Unr
Exotische Früchtchen, Pülverchen
und Shots – Superfood-Trends
für angebliche Superkräfte
gibt es viele. Nicht selten sind
diese Superfoods weit gereist
und kostspielig für Mensch und Umwelt. Dabei sprießen bei uns überall heimische Powerbringer. Mit Ernährungsberaterin Elisabeth Westphal gehen wir auf Entde-ckungstour durch die heimische Wildkräutervielfalt. Gemeinsam Acai- oder Goji-Konsum für die Produzenten vor Ort bedeutet, und

lernen, wie wir unsere eigenen Superfoods auf die Fensterbank

den Balkon oder in den eigenen

Garten bringen. Für Kinder ab 12 und Frwachsene

Ort: Berlin, Details werden noch bekanntgegeben, eventuell findet die Veranstaltung online statt. Info/Anmeldung: E-Mail: anke.kuettner@grueneliga-berlin.de www.grueneliga-berlin.de

ab Mai/Juni

Berliner Energietage -

Digitaler EnergiesommerDie Leitveranstaltung der Energie wende in Deutschland bietet einen einmaligen Überblick über die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen. Sie ist seit 20 Jahren eine zentrale Plattform für den Austausch von Politik, Praxis und Forschung. In diesem Jahr finden die Ener-gietage digital statt, die Details werden noch festgelegt. Info: www.energietage.de

Achtung! Generell können die meisten Veranstaltungen zurzeit nicht wie geplant stattfinden, bitte informieren Sie sich vorher elektronisch oder telefonisch.

Ausstellungen

ab 28.3.

Frühblühende Pflanzen im Britzer Garten

9-16 Uhr
Viele Frühblüher bilden Überwinterungsorgane wie Zwiebeln und Knollen aus und können sich so auch bei Frost und Schnee entwickeln. Die meisten Arten nutzen das Frühjahr zur Bildung von Blättern, Blüten und Früchten. Danach fallen die Pflanzen bis zur Austriebszeit im nächsten Frühjahr in ein Ruhestadium, das sie im Boden verbringen. Den größten Teil der Ausstellung bilden Porträts vieler frühblühender Pflanzen in Text und Foto. Weitere Themen sind Vermehrung, Bestäubung, Samenverbreitung und Bütenökologie. Der Aspekt Blumenzwiebelhandel und Artenschutz wird leitisch belückter. kritisch beleuchtet.

Ort: Freilandlabor Britz im Britzer Garten, Buckower Damm 168, 12349 Berlin-Neukölln Anfahrt: Bus M44 Britzer Garten Kosten: 3/1,50 Euro Info: www.freilandlabor-britz.de

Tel. 7033020

Auswärts

30.4.-3.5./ 15.-18.10.

Interkommune-Seminar

Ihr habt Interesse an Kommune-Leben, könnt euch aber noch nicht so richtig vorstellen, wie das aussieht? Ihr wollt in eine Gemeinschaft einsteigen oder selbst eine Kommune gründen?
Ihr wollt euch mit Menschen austauschen, die in Kommune leben oder darüber nachdenken? Das Seminar behandelt Themen wie seminar benandert i nemen wie gemeinsame Ökonomie, Konsens Ökologie, Soziales und Kommunikation, Arbeit und Tätigsein sowie unser linkes Politikverständnis. unser linkes Politikverstandnis.
In Workshops geben wir unsere
Erfahrungen weiter und beantworten eure Fragen.
Ort: Lossehof, Leipziger Str. 518,
34260 Kaufungen bei Kassel (im
eigenen Zelt)
Anmeldung bis 20.4.:
E-Mail: thomas@lossehof.de
Info: www.kommuja.de

Öko-Märkte

Ökomarkt am Leopoldplatz Wedding Di+Fr 10-17 Uhr

TERMINE/ KLEIN-ANZEIGEN

U6, U9 Leopoldplatz www.bbm-maerkte.de

Ökomarkt am Nordbahnhof Mitte, Invalidenstraße/Elisabeth-Schwarzhaupt-Platz

Mi 11-18 Uhr S1, S2, S 25, Tram M8, M10, Bus 245, 247 Nordbahnhof. Tel. 0170-4832058, www.marktzeit.berlin

Ökomarkt Thusneldaallee Moabit (vor der Heilandskir-che), Turmstraße/Alt-Moabit Mi 12-18 Uhr

U9 Turmstraße. Tel. 0170-4832058 www.marktzeit.berlin

ÖkomarktinderAkazienstraße Schöneberg (an der Apostel-Paulus-Kirche)

Do 12-18 Uhr U7 Eisenacher Straße. Tel. 0170-4832058, www.marktzeit.berlin

Ökomarkt am Kollwitzplatz Prenzlauer Berg Wörther Straße

Do 12-19 Uhr

Januar-März bis 18 Uhr U2 Senefelderplatz. Tel. 44339148 www.grueneliga-berlin.de

Ökomarkt im Hansaviertel Tiergarten, Altonaer/Ecke Klopstockstr. Fr 12-18.30 Uhr

U9 Hansaplatz. Tel. 0170-4832058 www.ökomarkt-im-hansaviertel.de

Ökomarkt Domäne Dahlem Königin-Luise-Str. 49 Sa 8-13 Uhr

U3 Dahlem-Dorf. Tel. 66630024 www.domaene-dahlem.de

Ökomarkt Chamissoplatz Kreuzberg Sa 9-15 Uhr

U6 Platz der Luftbrücke, U6, U7 Mehringdamm. Tel. 8430043 www.oekomarkt-chamissoplatz.de

Regelmäßig

GRÜNE LIGA

montags

Tomate sucht Gießkanne

Heinrich-Roller-Str. 4 (Friedhofseingang), Prenzlauer Berg GRÜNE LIGA Berlin, Anke Küttner, Tel. 4433910

Projektgruppe Schäfersee
1.+3. Mo 17 Uhr
QM-Büro, Mickestr. 4, Reinickendorf, Tel. 0152-33794404, www.projektgruppe-schaefersee.de

AK Stadtnaturschutz

1. Mo 18 Uhr BUND, Crellestr. 35, Schöneberg Tel. 0171-5861640, www.bundberlin.de (Über uns - Gruppen)

Weltküche mit entwicklungspolitischem Nachschlag

Mo 20 Uhr K19, Kreutzigerstr. 19, Friedrichshain, www.soned.de, Tel. 2945401

Initiative Grundeinkommen

letzter Mo 19-22 Uhr Franz-Mehring-Platz 1 (1. Etage, Seminarraum 6), Friedrichshain www.grundeinkommen-berlin.de

dienstags

Kohleausstieg Berlin
3. Di 18.30 Uhr
BBK-Büro, Greifswalder Str. 4,
Hinterhof Aufgang A, 1. Etage,
Prenzlauer Berg, Tel. 24357803
www.kohleausstieg-berlin.de

1. Di 19 Uhr Baubüro, Crellestr. 43, Schöneberg

Attac Berlin

3. Di 19 Uhr Attac-Treff, Grünberger Str. 24, Friedrichshain, Tel. 6946101 www.attacberlin.de

Robin Wood Berlin

4. Di 20 Uhr Neue Republik Reger, Bouchéstr. 79a, Treptow, Tel. 12085616 www.robinwood.de/berlin

mittwochs

PINiE e.V. - Pankowei Initiative zur Nutzung

innovativer Energiequellen meist 3. Mi, 18 Uhr NABU Berlin, Wollankstr. 4, Pankow www.pinie-solar.de

Berliner Energietisch 2. Mi 19 Uhr Franz-Mehring-Platz 1, Raum 739, Friedrichshain, Tel. 0176-62015902 www.berliner-energietisch.net

Anti Atom Berlin

1. Mi 20 Uhr
Warschauer Str. 23, Friedrichshain, Tel. 61201791
www.antiatomberlin.de

Ende Gelände Berlin

3. Mi 20 Uhr Café Cralle, Hochstädter Str. 10a, Wedding, www.eg-berlin.org

donnerstags

AktionsbündnisA100stoppen

Jugendclub E-Lok, Laskerstr. 6-8 (Hof), Friedrichshain (am Ostkreuz), Tel. 2913749, www.a100stoppen.de

Extinction Rebellion Café

19-21 Uhr Stadteilladen Halk Köşesi, Crelle-str. 38, Schöneberg, www.twitter.com/xrberlin

freitags

Fridays for Future 12 Uhr

Invalidenpark, Mitte (zwischen U6 Naturkundemuseum und Hauptbahnhof). www.fridaysforfuture.berlin

After Work Gardening 15-18 Uhr Frieda Süd, Friedrichstr. 18,

Kreuzberg, www.2000m2.eu

Repair-Café

2. Fr 16-19 Uhr
Café Grenzenlos, Plesser Str. 1,
Treptow, Tel. 53216201,
www.cafe-grenzenlos.de

samstags

Natur-Erlebnis-Tag

1. Sa

Naturschule. www.naturschuleberlin-brandenburg.de

Kleinanzeigen

Private Kleinanzeigen kosten nicht die Welt, sondern 0,70 Euro pro Zeile (30 Zeichen), bitte Vorkasse (Briefmarken, bar). Für 1,60 Euro zusätzlich schicken wir ein Belegexemplar. Redaktionsadresse siehe Impressum oder Titelseite.

Dass sich die Klimakatastrophe noch aufhalten ließe, ist eine Illusion. Aber auch die zukünftige Erde wird Bedingungen bieten, unter denen Menschen leben können. Allerdings werden die meisten Infrastrukturen zerstört sein, die das zivilisierte Leben hervorgebracht hat. Wie können wir uns auf eine solche Zeit vorbereiten, ohne sie genau vorhersagen zu können? Dazu gibt dieses Buch wichtige Impulse. Der Autor ist Diplom-Meteorologe und Philosoph. Jörg Phil Friedrich: Was kommt nach dem Klimawandel? Eine Spekulation. Heise Medien, Hannover 2019. E-Book, 84 Seiten, 4,99 Euro, ISBN 978-3-95788-179-3. Oder online lesen:

www.heise.de/-4563924

Gastfamilien gesucht für 3, 6 oder 12 Monate. Im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligenprogramms von Brot für die Welt suchen wir für junge Menschen aus Costa Rica, Georgien, Kamerun und Kambodscha (18 bis 28 Jahre) Unterkünfte in Berlin und Umgebung (Biesenthal, Neuruppin, Potsdam, Königs Wusterhausen). Gastfamilien erhalten einen monatlichen Unterkunftszuschuss von 100 Euro sowie eine Verpflegungspauschale nach Absprache. Holen Sie sich ein Stückchen "Welt" in ihren Lebensalltag. Weitere Informationen unter www.bfdw.de - Suchwort: Gastfamilien.

Kontakt: Brot für die Welt, Süd-Nord-Freiwilligenprogramm, Tel. (030) 65211-1332, Fax -3332, E-Mail: incoming-freiwilligendienst@

Private Kleinanzeigen im Raben Ralf sind erfolgreich!

brot-fuer-die-welt de



30 April / Mai 2020 DER RABE RALF

IMPRESSUM

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung

GRÜNE LIGA Berlin e.V. Prenzlauer Allee 8 10405 Berlin-Prenzlauer Berg (Tram M2 Metzer Str.; U2 Senefelderplatz) Tel. (030) 44 33 91-47, -0, Fax -33 E-Mail: raberalf@grueneliga.de www.raberalf.grueneliga-berlin.de

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V. **ISSN:** 1438-8065

V.i.S.d.P.: Leif Miller

Redaktion: Matthias Bauer, Jörg Parsiegla, Rebecca Lange, Paula Rinderle, Sarah Buron, Nils Lassak

Satz: Evelin Bulling, www.mixcurve.com Vignetten: Luwie, www.kuhnstalle.de Karikaturen: Paul Pribbernow, Freimut Wössner, www.f-woessner.de

Post-Bezug: siehe Abo-Coupon auf Seite 11 Konto-Nr.: 3060502, BLZ: 10020500 IBAN: DE38 1002 0500 0003 0605 02 BIC: BFSWDE33BER

Bank für Sozialwirtschaft
Adressenänderung bitte melden!

Erscheinen: zu Beginn gerader Monate Redaktionsschluss: 10. des Vormonats, Anzeigen und Termine bis 20. des Vormonats

Auflage: 5.500 Druck: Union Druckerei Berlin, www.udb.de

Anzeigenvertretung:

GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. (030) 443391-0, Fax -33, E-Mail: raberalf@grueneliga.de Grundpreis:0,80 Euro je Spalte und mm (s/w, netto)

Kleinanzeigen: über die Redaktion, je Zeile (30 Zeichen) 0,70 Euro, nur Vorkasse (Briefmarken, bar)

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Die Redaktion behält sich das Bearbeiten von Beiträgen vor. Für unverlangt eingesandte Texte und Materialien keine Haftung. Beiträge bitte möglichst per E-Mail senden. Nachdruck nach Rücksprache gestattet und erwünscht, bitte Quelle angeben, gern Belegexemplar schicken.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Herausgeber zurückzusenden.





GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle:

Prenzlauer Allee 8 10405 Berlin-Prenzlauer Berg Mo-Mi 9-17.30 Uhr, Fr 9-15 Uhr Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33 berlin@grueneliga.de

Projekte (Durchwahl, E-Mail):

Ornweitoiniorex: -30
hofberatung/Hofbegrünung: -44, -30
hofberatung@grueneliga-berlin.de
DER RABE RALF: -47
raberalf@grueneliga.de
Ökomarkt: -48, -58
oekomarkt. kollwitzplatz@
grueneliga-berlin.de
Presse/Öffentlichkeitsarbeit: -49
Internationales: -30
internationales@grueneliga.de
Umweltbildung: -59
umweltbildung@grueneliga-berlin.de

LESERINNENBRIEFE LESERBRIEFE

Wann kommt endlich die Inklusion der "bildungsfernen Schichten"?

"Ein Anfang, um sich aus der Starre zu befreien", Interview mit Tala Ziad von Rebecca Lange, DER RABE RALF Februar/ März 2020, S. 19

Vielen Dank für das Interview, das aus erster Hand einen Einblick in den "Bürgerrat Demokratie" gibt, von dem ich sonst gar nichts mitbekommen hätte. Ich stimme Frau Ziad unbedingt zu, dass wir mehr solcher Bürgerräte brauchen, damit endlich Politik für die Zukunft gemacht wird.

Lediglich in einem Punkt muss ich widersprechen. Dass Menschen mit Hauptschulabschluss bei dem bundesweiten Bürgerrat in Leipzig kaum vertreten waren, halte ich für einen großen Fehler. Wie richtig hervorgehoben wird, haben die Veranstalter (Mehr Demokratie e. V. und Schöpflin-Stiftung) große Anstrengungen unternommen, um

Spartipp: Hafermilch

Wer umweltbewusst ist und Geld sparen möchte, sollte einmal darüber nachdenken, Hafermilch selbst herzustellen. Dass die pflanzlichen Kuhmilch-Alternativen in der Herstellung klimafreundlicher sind, ist inzwischen bekannt. Besonders umweltschonend sind Anbau, Transport und Verarbeitung von Hafer. Die Herstellung von Hafermilch braucht im Vergleich zur Kuhmilch fast 80 Prozent weniger Fläche und 60 Prozent weniger Energie.



Findet die Herstellung dann auch noch in der eigenen Küche statt, wird auch noch Verpackung und Geld gespart. Eine 500-Gramm-Packung Haferflocken gibt es auch in bio schon ab 95 Cent. Für einen Liter selbstgemachte Hafermilch werden 100 Gramm feine Haferflocken benötigt, umgerechnet sind das also 19 Cent pro Liter.

Die Flocken werden für 20 Minuten in lauwarmem Wasser eingeweicht und danach im Standmixer oder mit dem Pürierstab zerkleinert. Währenddessen eine Prise Salz zugeben. Im Anschluss entweder durch ein feines Sieb geben oder durch ein sauberes Tuch abseihen. So bleiben die groben Rückstände zurück und man hat eine feine, cremige Hafermilch, die sich für Müsli, zum Backen und sogar für den Kaffee eignet. Wer möchte, fügt zum Salz noch etwas Zucker oder eine Dattel hinzu.

Innerhalb von drei Tagen sollte man die Hafermilch verbrauchen. Hierzu am besten in einer verschließbaren Glasflasche im Kühlschrank aufbewahren. Vor Gebrauch kurz schütteln, weil sich die Hafermilch meist am Grund absetzt.

Elisabeth Jedan

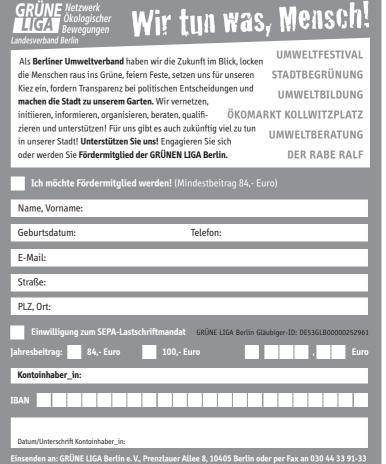
Menschen mit Migrationshintergrund, mit Kindern, mit Behinderung usw. die Beteiligung am Bürgerrat zu ermöglichen. Nur bei Menschen mit geringer Bildung war man nicht erfolgreich, heißt es.

In Deutschland beenden etwa 15 Prozent der jungen Menschen die Schule mit einem Hauptschulabschluss und sechs Prozent ohne Hauptschulabschluss. Zusammen ist das mehr als ein Fünftel. In den sechs Ost-Bundesländern liegen dabei die Prozentzahlen deutlich über dem Durchschnitt, erreichen in Ländern wie Sachsen-Anhalt sogar das Doppelte. In vielen entindustrialisierten Regionen ist die Perspektivlosigkeit groß, und wer eine geringe Bildung hat, ist besonders betroffen. Sind das nicht Bevölkerungsgruppen, die bei einem Zukunfts-Bürgerrat eine Stimme haben müssen?

Bei der Inklusion sind wir in unserer Demokratie ein großes Stück vorangekommen. Aber wann kommt endlich die Inklusion der "bildungsfernen Schichten"? Stattdessen erlebe ich Diskriminierung, wenn über Menschen gewitzelt und herablassend geredet wird, die den falschen Vornamen haben oder im falschen Stadtteil oder Landesteil wohnen, wodurch sie als ungebildet und zurückgeblieben stigmatisiert werden. Das geschieht in den ökologischen, alternativen und linksliberalen Kreisen, wo ich mich oft bewege, mit so großer Selbstverständlichkeit, wie früher über Schwule, Ausländer oder Frauen gewitzelt wurde. Dass die vermeintlich Dummen (das Wort wird nicht gesagt, aber gedacht) dann eine Einladung zum Bürgerrat ausschlagen, weil sie von den Bildungsbürgern nichts mehr erwarten, muss niemanden verwundern.

Vielleicht ist es schwerer, weniger gebildete Menschen als wichtig anzuerkennen, wenn man aus einem gegliederten Bildungssystem wie dem (west)deutschen kommt? Ich komme aus dem DDR-Einheitsschulsystem, das humanistische Traditionen aus den 1920er Jahren und modernere Erfahrungen aus Skandinavien zwar aufgriff, aber zentralistisch pervertierte. Dennoch scheint die Grunderfahrung prägend zu sein, die sich daraus ergibt, dass alle Schüler bis zum Jugendalter zusammenbleiben.

Peter Kroll, Berlin-Marzahn



Die GRÜNE LIGA Berlin erhebt und verarbeitet Ihre Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO im Rahmen der satzungsgemäßen Vereinszwecke für die Betreuung der Mitgliedschaft. Unter der untengenannten Anschrift erreichen Sie unseren Datenschutzbeauftragten. Die Nutzung Ihrer Adressdaten für werbliche Zwecke erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Einer solchen Nutzung Können Sie jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.grueneliga-berlin.de/datenschutz

Aus Platzgründen kann hier nur eine Auswahl von Umwelt-Adressen in Berlin und Umgebung veröffentlicht werden. Die grau unterlegten Adressen sind Mitglieder der GRÜNEN LIGA.

ADFC - Allgemeiner Deutscher Fahr-rad-Club, Yorck- 25, 10965 (Kreuzberg) T 4484724, F 44340520 www.adfc-berlin.de

AG Kleinlandwirtschaft, Allmende Kontor Gemeinschaftsgarten, Bülow-74, 10783 (Schöneberg), T 2612287 userpage.fu-berlin.de/garten www.allmende-kontor.de

www.allmende-kontor.de
Agenda-Agentur Berlin Trautenau10717 (Wilmersdorf) T 96 534 777
www.agenda-agentur.de
Aktionsbündnis A100 stoppen! c/o Jugendclub E-LOK, Lasker- 6-8, 10245
(Friedrichshain), T 2913749
www.a100stoppen.de

www.a100stoppen.de
Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck
c/o Büro Rheinlaender, Crelle-43
10827 (Schöneberg) T 7883396
Matthias Bauer, T 2151135
www.gleisdreieck-blog.de
Aktion Tier – Menschen für Tiere e.V.
Kaiserdamm 97 14057/Charlottan-

Kaiserdamm 97, 14057(Charlotten-burg) T 30103831, F -34

burg) 1 30103831, F-34 www.aktiontier.org A-Laden Brunnen- 7, 10119 (Mitte) T 83108085 (AB) www.a-laden.or Anti-Atom-Plenum Waldemar- 46 10999 (Kreuzberg)

www.squat.net/aap-berlin Anti Atom Berlin

c/o Stadtteilladen Friedrichshain Warschauer- 23, 10243, T 61201791 www.antiatomberlin.de

www.antatomberlin.de
Arbeitskreis Igelschutz Berliner-79a
13467 (Hermsdorf) T 4049409
www.igelschutzberlin.de
Arbeitskreis Nordkaukasus c/o Vitalij
Kovalev, NABU, Charité-3
10117 (Mitte) T 284984-0
Arbeitskreis Werkehr und Umwelt

10117 (Mitte) T 284984-0
Arbeitskreis Verkehr und Umwelt
(UMKEHR) e.V. Exerzier- 20, 13357
(Wedding) T 4927-473, F -972
www.umkehr.de
Attac Gneisenau- 2a, 10961 (Kreuzberg) T 69517791, F 6926590
www.attacberlin.de
autofrei leben! e.V. Körting- 63b,12107
(Tempelhof) T 23135674
www.autofrei de

autofrei de

BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V. BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V. 10405 (Prenzl. Berg) Greifswalder - 4 T 4426174, F 44359066 www.baobab-infoladen.de Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Berliner - 52 16331 Bergau, T.E. 03338/5500

16321 Bernau, T/F 03338/5590

16321 Bernau, T/F 03338/5590 www.dosto.de/gengruppe B.A.U.C.H. e.V. Verein für Umweltchemie, Wilsnacker- 15, 10559 (Moabit) T 394-4908, F -7379 bauch@alab-berlin.de BauFachFrau e.V. Berufliche Umweltbildung, Lehder- 108 13086 (Weißensee) T 92092176

www.baufachfrau-berlin.de www.baufachfrau-berlin.de

Baumschutzgemeinschaft
c/o A. Solmsdorf, Windscheid- 40
10627 (Charlottenb.) T 0170 2147676
www.bmsgb.de

Bauwerkarchitekt Lutz Dimter, Naturbahnhof, Brüssower Allee 90, 17291
Prenzlau, T 03984-834679-14
lutz dimter@omx de

Prenzlau, T 03984-834679-14
lutz.dimter@gmx.de
Berliner Entwicklungspolitischer
Ratschlag Greifswalder-4
10405 (Prenzl. Berg) T 4285-1587
www.ber-landesnetzwerk.de
Berliner Netzwerk für Grünzüge
c/o Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN) Potsdamer68, 10785 (Tiergarten) T 26550864
www.grünzüge-für-berlin.de
Berlin 21 Greifswalder- 4, 10405
(Prenzl. Berg) T 498 54 107
www.berlin21.net
B.F.S.S. Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH Müller- 155, 13353
(Wedding) T 4617771
www.bfss-berlin.de

BI Berliner Luft Hohenschönhausen Ahrenshooper- 5, Zi. 1, 13051, T/F 9621033, www.selbsthilfe-lichtenberg.de BI "Nein zum Kohlekraftwerk" Alte Schmiede, Spitta- 40, 10317 (Lichtenberg) www.kraftwerksneubau.de

Biochemischer Verein Greifswalder - 4
10405 (Prenzl. Berg) T 2044599
www.biochemischerverein-berlin.de
BI Rettet die Marienfelder Feldmark
M. Delor, Marienfelder- 85, 12309
bimfeldmark@aol.com
BI Westtangente (BIW) Crelle- 43
10827 (Schöneberg) T 7883396
F 7811059, www.bi-westtangente.de
B-Laden Lehrter - 27-30
10557 (Moabit) T/F 3975238
BLN – Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz Potsdamer- 68
10785 (Tiergarten) T 2655-0864,
-0865, www.bin-berlin.de
BLUE 21 – Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwick-Biochemischer Verein Greifswalder - 4

gemeinschaft Umwelt und Entwick-lung do FDCL, Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg) T 6946101 F 6926590, www.blue21.de Botanischer Verein Königin-Luise- 6-8 14195 (Dahlem) T 033768969-14 Herr Sonnenberg, www.botanischer-verein-brandenburg de

verein-brandenburg.de BUND Crelle- 35, 10827 (Schöneberg) T 787900-0, F -18 www.bund-berlin.de

Www.bund-berlin.de
BUNDjugend LandesGSt ErichWeinert- 82, 10439 (Prenzl. Berg)
T 392-8280, F 80 94 14 77
BundesGst Am Köllnischen Park 1
10179 (Mitte) T 275865-0, F -55
www.berlin.bundjugend.de

Bundesumweltministerium Strese-mann- 128-130, 10117 (Mitte) T 18305-0 F -2044, www.bmu.de

Bündnis 90/Die Grünen Landesverb., Bereich Umwelt Kommandanten- 80 10117 (Mitte) T 615005-0, F -99 www.gruene-berlin.de Grüne Jugend Dirschauer 10245 (Friedrichshain) T 66763000

10245 (Friedrichshain) T 66763000 www.gj-berlin.de Abgeordnetenhaus Niederkirchner- 5 10111 (Mitte) T 232524-00, F -09 Umwelt-11, Verkehr-64 Bundestag, Bereich Umwelt, Luisen-32-34, 10117 (Mitte) T 227 567 89 F -55, akz@gruenefraktion.de Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) gegen Flughafen Schönefeld Wilhelm-Grunewald-48-50, 15827 Blankenfelde, T 03379/2014-34, F -35, www.bvbb-ev.de

Blankenfelde, T 03379/2014-34, F-35, www.bubb-ev.de Changing Cities e.V. Netzwerk Lebens-werte Stadt Lychener - 74, 10437 (Prenzl. Berg), T 25781125 www.changing-cities.org Cöllnische Heide e.V. c/o Dr. Erxleben Dörpfeld

T 67187381

www.adlershoferbuergerverein.de

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
(DFG-VK) c/o BamM (Buchladen Schwarze Risse) Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg) www.dfg-vk.de www.schwarzerisse.de

Deutsche Umwelthilfe (DUH) Ha-

Deutsche Umweithilfe (DUH) Ha-ckescher Markt 4, 10178 (Mitte) T 2400867-0, F -19, www.duh.de Deutscher Bahnkundenverband (DBV) Wilmersdorfer - 113-114, 10627 (Charlottenburg) 634970-76, F -99 www.bahnkunden.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) Marien-19/20, 10117 (Mitte) T 6781775-70, F -80, www.dnr.de

1 67817/5-70, F -80, www.dnr.de Diözesanrat der Katholiken, Sachaus-schuss Eine Welt und Bewahrung der Schöpfung, Niederwall- 8/9 10117 (Mitte) T 32684-206, F -203 www.dioezesanrat-berlin.de ecovillage e.V. c/o H.-R. Brinkmann

ecovillage e.v. c/o H.-R. Brinkmann
Glogauer Weg 38, 49088 Osnabrück
T/F 0541/445941, www.ecovillage.de
Extinction Rebellion Berlin
www.extinctionrebellion.de/ortsgruppen
www.twitter.com/xrberlin
www.facebook.com/xrberlin
FIAN – Food First Information and
Action Network Life Stephani.

Action Network Ute Stephani, T 39878204, www.fian-berlin.de

Fördergemeinschaft Brandenburger Landwaren Oranien- 47a, 10969 (Kreuzberg), T 69534420 www.fblweb.wordpress.com Förderverein Landschaftspark

Nordost Dorf- 4a (Dorfkate Falkenberg) 13057, T 9244003, F 63370289 www.dorfkate-falkenberg-berlin.de

UMWELTADRESSEN

Forum Umwelt und Entwicklung Forum unwert und Entwicklung Marien-19-20, 10117 (Mitte) T 6781775910, www.forumue.de Forum Ökologisch-Soziale Marktwirt-schaft (FÖS) Schweden- 15a 13357 (Wedding) T 7623991-30, F -59

FUSS e.V. – Fußgängerschutzverein

Exerzier- 20, 13357 (Wedding) T 4927-473, F -972, www.fuss-Gen-ethisches Netzwerk (GeN) Stephan- 13, 10559 (Moabit) T 6857073, F 6841183

www.gen-ethisches-netzwerk.de Germanwatch Stresemann- 72, 10963 (Mitte) T 288835-60, F -61 www.germanwatch.org

Gesellschaft Naturforschender Gesellschaft Naturforschender
Freunde c/o Institut für Zoologie der FU
Königin-Luise- 1-3, 14195 (Dahlem)
T 8104 1411, gnf.jotpee.de
Fridays for Future Berlin
www.fridaysforfuture de/regionalgruppen
www.twitter.com/fff_berlin
www.facebook.com/fridaysforfutureberlin
Gesundheitsladen Veteranen, 21

www.facebook.com/fridaysforfutureberlin Gesundheitsladen Veteranen- 21 10119 (im ACUD) T 6932090 www.gesundheitsladen-berlin.de gegenstromberlin kapitalismuskritische Klimagruppe, Berlin-Kreuzberg, www.gegenstromberlin.org GIZ Landesbüro Berlin/Brandenburg Lützowufer 6, 10785 (Tiergarten) T 254820, F -423, www.giz.de

1 254820, F -423, www.gz.de Greenhouse Infopool Duncker- 14/15 10437 (Prenzl. Berg) www.jpberlin.de/greenhouse Greenpeace Chaussee- 84 10115 (Mitte) T 28043322

www.greenpeace-berlin.de

Achtung!

Zurzeit sind die meisten Einrichtungen geschlossen, bitte informieren Sie sich elektronisch oder telefonisch

GRÜNE LIGA e.V. BundesGSt., Red. ALLIGATOR Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg) T 2044745 www.grueneliga.de BKst Wasser, Michael Bender T 40393530, wasser@grueneliga.de GRÜNE LIGA Berlin e.V. LandesGSt. Prenzlauer Allee 8, 10405 (Prenzl. Berg) T 443391-0 www.grueneliga-berlin.de

Berg) T 443391-0 www.grueneliga-berlin.de Grüne Radler Crelle- 43, 10827 (Schö-neberg) Dieter Hertwig, T 6236833 Grünes Haus für Hellersdorf Boizenburger- 52-54, 12619 (Hellers-dorf) T 56298081, F 56499950 www.gruenes-haus-hellersdorf.de

www.gruenes-haus-hellersdorf.de Haus der Natur Potsdam Linden- 34 14467, T 0331/20155-0 F-27, www.hausdematur-brandenburg.de Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) T -15, F -16 Arbeitskreis Naturschutzgeschich-te T -25, F -27 ARGUS Umweltbiblioth., T -11, F -12 Förderverein für Öffentlichkeitsar-beit im Natur- und Umweltschutz (FÖN) T -35, F -36 GRÜNE LIGA Brandenburg T -20

GRÜNE LIGA Brandenburg T -20

F -22
Landesbüro anerkannter Natur-schutzverbände T -50, F -55
NaturFreunde Brandenburg T -41
Naturschutzbund NABU LV
Brandenburg T -70, F -77
Naturschutzjugend LV Brandenburg
T -75 F -78

Naturschutzjugend LV Brandenbur, T-75, F-78 VCD - Verkehrsclub Deutschland LV Brandenburg T-60, F-66 HOLON e.V. Friedrich-Engels-25 15711 (Königs Wusterhausen) T 03375-211817 F-294636 HU-RefRat Referat Ökologie und Umwelt Linden 6, 10099

Umwelt, Unter den Linden 6, 10099 (Mitte) T 2093-46662, F -2396 (Mitte) 1 2093-4002, F - 2396 www.refrat.hu-berlin.de/oeko IUGR e.V. Studienarchiv Umwelt-geschichte, Brodaer - 2, 17033 (Neubrandenburg) T 0395/5693-8201, -4500 F - 74500, www.iugr.net www.naturschutzgeschichte-ost.de

www.naturschutzgeschichte-ost.de IGBB e.V. Fahrgastverband S-Bhf. Lichtenberg, Weitling- 22, 10317 (Lichtenberg) T 787055-11, F -10, www.igeb.org
IG Saubere Energie Berlin, Wandlitz-13, 10318 (Lichtenberg) www.ig-biomasse.de
IG Wuhletal c/o Andreas Ratsch, Sewan- 181, 10319 (Friedrichsfelde) T 5122816
Infrastrukturelles Netzwerk Umwelt-

Infrastrukturelles Netzwerk Umwelt-

Infrastrukturelles Netzwerk Umwelt-schutz (INU) Zingster- 6, 13051 (Ho-henschönh.) T 934427-10, F -29 www.inu-ggmbh.de Initiative gegen die Verletzung ökolo-gischer Kinderrechte Wundt- 40 14057 (Charlottenburg) T 3257443 Institut für ökologische Wirtschafts-forschung (IÖW) Potsdamer- 105

10785 (Tiergarten) T 884594-0 F 8825439, www.ioew.de
Institut für Zukunftsstudien und

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Schopenhauer- 26, 14129 (Nikolassee) T 803088-0, F-88, www.izt.de IPPNW Ärzte gegen Atom Körte- 10 10967 (Kreuzberg) T 6980740 F-8166, www.ippnw.de Jugendfarm Moritzhof Schwedter- 90 10437 (Prenzl. Berg) T 44024220 F-22, www.jugendfarm-moritzhof.de Jugendnaturschutzakademie Brückentin. Brückentin 8. 17237 Dabe-

Brückentin, Brückentin 8, 17237 Dabelow, T/F 039825/20281 www.brueckentin.de KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung Greifswalder. 4

Entwicklung Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg) T 440531-10 -09, www.kate-berlin.de Kinderbauernhof Pinke Panke

Kinderbauernhof Pinke Panke Am Bürgerpark 15-18 13156 (Pankow) T 47552593 www.kinderbauernhof-pinke-panke.de KMGNE Kolleg für Managment und Ge-staltung nachhaltiger Entwicklung Reichenberger-150, 10999 (Kreuzb.) T 293679-40, F -49, www.kmgne.de Kunst-Stoffe-Berlin Berliner-17, 13189 Borlin T 34090940

Berlin, T 34089840 www.kunst-stoffe-berlin.de www.kunst-stoffe-berlin.de Linkspartei Kl. Alexander- 28 10178 (Mitte) Ökologische Plattform T 24009-0, F 2411046 www.oekologische-plattform.de Abgeordnetenhaus, AG Umwelt clo

Abgeordnetenhaus, AG Umwelt c/o
Marion Platta MdA, Niederkirchner-5
10111 (Mitte) T 23252500, F -05
platta@linksfraktion-berlin.de
Lokale Agenda 21 siehe Berlin 21
und GRÜNE LIGA Berlin
www.agenda21berlin.de
Messzelle e. V. (Umweltanalytik) MüllerBreslau- 10, 10623 (Charlottenburg)
T 3142-5806, F -6863
www.messzelle de www.messzelle.de

www.messzeile.de Moabiter Ratschlag Rostocker-32 10553, T 390812-0, F -29 www.moabiter-ratschlag.de NaturFreunde Landesverb. Paretzei 10713 (Wilmersdorf) T 810560250 info@paturferunde berdin de

info@naturfreunde-berlin.de Bundesverb. Warschauer- 58a+59a, 10243 (Friedrichshain) T 297732-60, -80. www.naturfreunde.de

F -80, www.naturreunde.de

Naturfreundejugend Berlin

Weichsel- 13, 12045 (Neukölln)

T 325327-70, F -71

www.naturfreundejugend-berlin.de

Naturschutz- und Grünflächenämter

wichs Calbe Saites Redis Sessione

siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: "Landesre-

(vom) oder Telefonbuch: "Landesre-gierung – Bezirksämter" (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer NABU Wollank- 4, 13187 (Pankow) T 986-08370, F -7051 www.berlin.nabu.de Bezirksgr. Pankow T 986083718 Freilandlabor Flughafensee 4325155 Naturschutz Berlin-Malchow Dorf- 35, 13061 T 027098, 30 F - 31

13051, T 927998-30, F -31 www.naturschutz-malchow.de Naturschutzzentrum Schleipfuhl

Naturschutzzentrum Schleipfuhl
Hermsdorfer- 11a
12627 (Hellersdorf) T 9989184
www.naturschutz-malchow.de
NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg
T/F 2169105, www.netz-bb.de
Netzwerk SPIEL/KULTUR Lychener - 74
10437 (Prenz) Berg 1 446778550

10437 (Prenzl. Berg) T 446778550 www.netzwerkspielkultur.de

www.netzwerkspielkultur.de Nichtraucherbund Greifswalder-4 10405 (Prenzl. Berg) T 2044583 www.nichtraucher-berlin.de Ökologisch-Demokratische Partei ödp Erich-Weinert- 134, 10409 (Prenzl. Berg) T 49854050

www.oedp.de www.oedp.de

oekogekko Zentrum für Ökologie, Gesundheit, Kunst und Kommunikation,
An den Bergen 106, 14552 Wilhelmshorst, T 033205-309396

www.oekogekko.com

ÖkoLeA Hohensteiner Weg 3, 15377
Oberbarnim, OT Klosterdorf, T 033413593930, F -50, www.oekolea.de

Ökowerk Naturschutzzentrum Teufels-Okowerk Naturschutzentrum leutel seechaussee 22-24, 14193 (Grunewald) T 300005-0, F -15 www.oekowerk.de Pankgräfin e.V./Wagendorf Karow Pankgrafen - 12d, 13125 (Buchholz) T 22029049, F -25

T 22029049, F -25
www.pankgraefin.de
Peace of Land Gemeinschaftsgarten
und Lernort für Permakultur Am Weingarten 14, 10407 (Prenzlauer Berg)
T 0163 9201763, www.peaceof.land
per pedes e.V., c/o Heiko Balsmeyer
Wilhelm-Kuhr- 82, 13187 (Pankow)
T 57707707, www.perpedes-ev.de
PINIE e.V. Pankow c/o NABU
Wollank- 4, 13187 (Pankow)
F 9867051, www.pinie-solar.de
PowerShift Verein für eine ökologischsolidarische Energie- und Weltwirtschaft Greifswalder - 4, 10405
(Prenzl. Berg) T 27875736
www.power-shift.de
Projektlabor BANA Bernd Phillipsenburg, Themse- 6, 13349 (Wedding)
berndp@banastudenten.de

berndp@banastudenten.de

Robin Wood Bölsche- 60, 12587 (Friedrichshagen) T 12085616 www.robinwood.de

Schutzgemeinschaft Deutschei

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Königsweg 4/Jagen 57, 14193 (Dahlem) T/F 84721920 post@sdw-berlin.de Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) Württembergische - 6, 10707 (Wilmersdorf) T 90139-3000, Umwelt-Tel. 9025-1111

Umwelf-18I. 9025-11111 www.stadtentwicklung.berlin.de Solarverein Berlin e.V. Paulsen-55/56 12163 (Steglitz) T 82097-236, F -366 www.solarverein-berlin.de Stiffung Naturschutz Berlin Potsdamer-68 10785 (Tierrarten) Potsdamer- 68, 10785 (Tiergarten) T 26394140, F 2615277

T 26394140, F 2615277
www.stiftung-naturschutz.de
Tauschring Friedrichshain T 2918348
www.tauschring-friedrichshain.de
Tierschutzverein – Tierheim Berlin
Hausvaterweg 39, 13057 (Falkenberg) T 76888-0
www.tierschutz-berlin.de
Tierversuchsgegner Dahlmann- 16
10629 (Wilmersdorf) T 3418043
www.tieryersuchsgenner-berlin-

www.tierversuchsgegner-berlin-

www.tierversuchsgegner-berlinbrandenburg.de
TU-Energieseminar March- 18, 10587
(Charlottenb.) T 314-25280, F -73379
www.energieseminar.de
TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen – kubus
Fraunhofer- 33-36, Sekr. FH 10-1
10587 (Charlottenburg) T 314-21580
F-24276, www.zewk.tu-berlin.de
Ufa-Fabrik/id22 Viktoria- 10-18
12105 (Tempelhof) T 75503-0
F-110, www.ufafabrik.de
UMKEHR e.V. siehe Arbeitskreis Verkehr
Umsonstladen www.umsonstladen.de
UfU – Unabhängiges Institut für
Umweltfragen Greifswalder- 4
10405 (Prenzl. Berg) T 4284993-0
F 42800485, www.ufu.de
Umwelt und Bildung e.V.

F 42800485, www.ufu.de
Umwelt und Bildung e.V.
Walter-Rathenau- 5, 16225 Eberswalde, T/F 03362/8432, info@umbi.de
Umweltämter der Bezirke siehe Gelbe
Seiten: Berlin-Service (vorn) oder
Telefonbuch: "Landesregierung –
Bezirksämter" (grau) oder
www.berlin.de/verwaltungsfuehrer
Umweltbeauftragter der Ev. Kirche
Pfr. Hans-Georg Baaske, Georgenkirch-69-70, 10249 (Friedrichshain)
T 24344-418 F - 333
www.ekbo.de/umwelt
Umweltbürc Lichtenberg Passower35, 13057 (Neu-Hohenschönhausen)

35, 13057 (IN T 92901866 13057 (Neu-Hohenschönhausen) www.umweltbuero-lichtenberg.de

www.umweitouero-lichtenberg.de Umweltbüro Berlin-Pankow Hansa- 1824, 13088 (Weißensee) T 9209-1007 oder-0480, F-3007 www.umweltbuero-pankow.de Umweltforum Berlin Auferstehungs-

kirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain) T 5268021-0, F -10 www.besondere-orte.de

Umweltkontaktstelle Lichtenberg am

Unweltkontaktselle Lichtenberg am Interkulturellen Garten, Liebenwalder - 12-18, 13055, T 818590-98, F -97, www.sozdia.de/1327.html Unweltladen Lichtenberg Markt- 7 10317, T 65762647 Unweltladen Mitte Karl-Marx-Allee 31 10128 (Mitta). T 9012, 22081 10178 (Mitte), T 9018-22081 F-48822081, www.berlin.de/ba-mitte

r-4-oczuof, www.berim.de/ba-filitie (Politik – Amter – Umwelt) Urgewald Marien- 19/20, 10117 (Mitte) T 28482271, www.urgewald.org VCD – Verkehrsclub Deutschland LandesGSt Yorck - 48,10965 (Schöne-berg) T 4463-664 F -703

www.vcd-nordost.de BundesGSt Wall- 58 (Mitte) T 280351-0, www.vcd.org

Vebu – Vegetarierbund Deutschland

BundesGSt Genthiner - 48, 10785 (Schöneberg) T 29028253-0 www.vebu.de Verbraucher Initiative Berliner Allee

105, 13088 (Weißensee) T 536073-3, F -45 www.verbraucher.org

Verbraucherzentrale Hardenbergplatz verbraucherzehrale haldeinergieltz 2, 10623 (Charlottenburg) T 214850, F 2117201, www.vz-berlin.de Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend.) T 84107130 F 83229321 WEED Weltwirtschaft, Ökologie Fatwicklung Eldenger, 60, 10247

Entwicklung Eldenaer- 60, 10 (Friedrichshain) T 275-82163

(Friedrichsalan) 1 275-82163 F-96928, www.weed-online.org Wurzelwerk e.V. Food-Coop Oder-10 10247 (Friedrichshain) T/F 2941216 WWF Reinhardt-18, 10117 (Mitte) T 311777-0 Yeşil Çember – ökologisch interkul-turell Schweden, 15a 13357 (Wed-

turell Schweden- 15a, 13357 (Wedding), www.yesilcember.eu

Fehler gefunden? Bitte melden! Tel. 44 33 91-47,-0 Fax -33 raberalf@grueneliga.de

POSTFACH 1811 49008 OSNABRÜCK www.packpapierverlag.de

PACKPAPIER

VERLAG & VERSAND



Dank Corona: Abschied von der Raute.